

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis 2.50 Mark monatlich, 1.10 Mark wöchentlich...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgehaltene Kolonne über deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Donnerstag, den 5. Oktober 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der Kampf in der Elektro-Industrie.

Die Beamten der Industrie.

Die „Vossische Zeitung“ hat unter der Maske sächlicher Objektivität sich mit anerkenntniswerter Deutlichkeit in den Dienst des Notenauftrags gestellt. Bereits hat sie entdeckt, daß der „Vorwärts“ der eigentliche Schuldige in dem zwischen den Elektrizitätsfirmen und den Arbeitern ausgebrochenen Streit ist...

So ist die „Vossische Zeitung“, dies freisinnige Blatt, verhältnismäßig, daß sie sogar eine Bewegung diskreditiert, die gerade von freisinnigen Führern protegiert wird. Die „Vossische Zeitung“ meint, die Ingenieure seien nur „angeblich“ noch schlimmer dran, als das eigentliche Fabrikproletariat. Sie empört sich darüber, daß wir von ihrem Kultus und ihrer Lohnsklaverei gesprochen haben...

Unlängst hat sich ein „Bund der industriellen Beamten“ gebildet, der lediglich die Interessen dieser in der Industrie Angestellten gegen das Unternehmertum vertritt. In einem Kufus dieses Verbandes, der auf dem Umschlage eines von Dr. Potthoff gehaltenen Vortrages abgedruckt ist, heißt es:

„Noch niemals ist dieser Interessengegenstand klarer zum Ausdruck gekommen als in der Gegenwart. Unter seinem Einflusse haben sich zuerst die Arbeiter zusammengeschlossen und dadurch eine große Machtstellung errungen. Ihrem Beispiel sind dann die Angehörigen anderer, namentlich kaufmännischer Berufe gefolgt. Nur die technischen Beamten der Industrie standen bisher abseits, teilnahmslos dem Streite zusehend, der sich mit wechselnden Erfolgen auf der sozialen Weltbühne abspielt. Und doch hätten sie allen Grund, zur Wahrung ihrer Interessen wie ein Mann zusammenzutreten.“

Es wird dann weiter darauf hingewiesen, daß der Wert technischer Arbeit tief gesunken sei und noch weiter sinke. Dauernd ungewiß, gefährlich schon für den einzelnen ledigen Mann, absolut unzureichend aber sei die Lage für den Verheirateten. Die Gründung dieses Bundes der industriellen Beamten ist nach dem erwähnten Aufrufe „der scharfe Protest dagegen, daß die geistigen Arbeiter der Industrie im Erwerbekampf der großen Klassen bisher überhaupt nicht gehört wurden, der Protest gegen ihre vollständige Willkürfreiheit und die unbedingte Abhängigkeit den Arbeitgebern gegenüber...“

Mit anderen Worten, die Organisation der technischen Beamten steht selbst ein, daß sie mit den Arbeitnehmern, nicht mit den Arbeitgebern gemeinsame Interessen haben. Und trotzdem zwingt man sie nun unter Mißbrauch ihrer ungenügenden Organisation, denen in den Mäulen zu fallen, mit denen sie noch ihrer eigenen Auffassung gleiche Interessen haben, und demjenigen in ihren brutalen Machtkämpfen zu helfen, von deren Interessen sie durch eine weite Kluft getrennt sind.

Es ist auch von Wichtigkeit, die Forderungen der Organisation der technischen industriellen Beamten kennen zu lernen, die sie auf ihrer ersten Generalversammlung formuliert haben: achtstündige Arbeitszeit, Vergütung der Überstunden, Verbot der Sonntagsarbeit, Sonntagsruhe von mindestens 9 Stunden, Kündigungsfrist mindestens sechs Wochen zum Quartalschluß, monatliche Gehaltszahlungen, Beseitigung der Konkurrenzkaufel. Das Patentrecht ist einheitlich zu gestalten. Auf die Erfindungen des Angestellten hat der Arbeitgeber keinen Anspruch. Ihm wird nur ein Vorlaufrecht auf die praktische Verwertung der Erfindung innerhalb einer kurzen Frist zugestanden! Diese Forderung ist auf den vorstehenden bereits von uns erwähnten ungeheuerlichen Zustand zurückzuführen, daß die technischen Beamten für ihre miserablen Löhne auch noch ihr geistiges Eigentum an die Unternehmer verkaufen müssen.

Der Verband vertritt rein gewerkschaftliche Interessen. Er weist die „Anlehnung an wohlwollende Chefs und ältere Kollegen“ zurück. Die Wohlfahrtsvereine haben die Mitglieder in ihrer Hohlheit erkannt. Nach einer Ausstellung dieses Bundes haben von der halben Million technischer Arbeiter etwa die Hälfte ein monatliches Gehalt von 100 und 120 Mark und darunter! „In der blühenden Industrie ein erschreckendes Elend“ heißt es mit Recht.

Mit diesen Angaben wollen wir uns vorläufig begnügen. Wir begreifen wohl, daß es der „Vossischen Zeitung“ mangelt, wenn man darauf hinweist, daß auch die Arbeiter im Reich ebenso jämmerlich und noch jämmerlicher gestellt sind von der millionenreichen Industrie, wie die Proletarier in der Masse. Mutet man noch gar diesen Leuten zu, daß sie ihre Leidensgenossen in der Ausbeutung durch das Kapital verraten, so ist allerdings das Maß des sozialen Elends dieser Kategorie von Angestellten erschöpft. Wir bleiben dabei: Kein Lumpenproletarier ist mehr genötigt, so würdelose Handlangerdienste dem Kapital zu leisten, wie diese gebildeten Kopproletarier, die ihrer ganzen sozialen Stellung nach zur Arbeiterklasse gehören und die dennoch rat- und hilflos zwischen den Klassen gerrieben werden. Wir würden es angeht, dieser Lage begreifen, daß auch die technischen Beamten einmal zum Mittel des Streiks greifen würden. Daran hindert sie die mangelnde Organisation und das ungenügende Solidaritätsgefühl. Das eine aber sollte man auch heute schon von ihnen verlangen können, daß sie geschlossen gegen die Zumutung sich auflehnen, im Dienste des Kapitals, das sie fast noch grausamer

ausbeutet als die Handarbeiter, feige Streikbrecherdienste zu leisten! Und ferner wird die Frage der ernsthaften Organisation dieser Ausbeuteten immer mehr von dringender Bedeutung nicht nur für sie selbst, sondern auch für die allgemeine Arbeiterbewegung. Dieser „neue Mittelstand“, wie ihn die Schmeichler der kapitalistischen Ordnung genannt haben, bildet durch seine jetzige Zerfahrenheit als eine Art willenloser Söldnertruppe des Kapitals in kritischen Situationen auch eine Gefahr für die Lebensinteressen des Proletariats.

Eine weitere Ausdehnung der Aussperrung!

Die Kühnemannern nehmen nun den Kampf in vollem Anzuge. In den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller wird heute durch Anschlag folgendes bekannt gegeben:

Eine Anzahl von Arbeitern, der unserem Verbands angehörigen Firmen Siemens u. Halske, A.-G., und A. G. O. haben die Arbeit niedergelegt, weil von ihnen gestellte Forderungen nicht in vollem Umfange bewilligt werden konnten; sie haben dadurch den Weiterbetrieb großer Werke unmöglich gemacht. Der Vorstand Berliner Metallindustrieller hat nunmehr beschlossen, sich mit den betroffenen Firmen solidarisch zu erklären, und die Schlichtung der Betriebe der übrigen Verbandsmitglieder zum 14. Oktober angedeutet.

Es werden also am 14. d. Mts. weitere etwa 20 000 Personen auf die Straße geworfen! Mit den vom Metallarbeiter-Verband, den Maschinisten und Geizern und den anderen Verbänden aus den Betrieben herausgezogenen Leuten feiern jetzt schon etwa 40 000, so daß vom Zeitpunkt der völligen Aussperrung an 60 000 Personen arbeitslos sein und mit den Angehörigen 200 000 bis 300 000 Personen (die Einwohnerzahl einer Großstadt!) am Hungertuche nagen müssen, wenn nicht die Arbeiterschaft Deutschlands hinter den brutal auf die Straße Geworfenen steht.

Arbeiter Deutschlands! Die Taktik der Unternehmer geht darauf hinaus, die Ausgesperrten durch eine mehrwöchige Aussperrung müde zu machen, dann die Fabriken zur bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit zu öffnen. Sorgt für Munition, damit auch am Tage der Öffnung der Fabriken die Ausgesperrten nach wie vor noch wie die Mauern stehen!

Der Solidaritätsstreik der Maschinisten und Geizer

hat bisher noch keine wesentlichen Veränderungen gezeitigt. Wenigstens ist es nicht gelungen, die letzten 60-70 Verursachenden noch aus den Zentralen herauszulassen. Dagegen offenbart sich die Ungleichgültigkeit der „höheren“ Streikbrecher von Tag zu Tag in vernehmlicher Nähe. So ist in Ober-Schöneweide gestern bereits die zweite Kraftmaschine in Brand gesetzt worden. Zu spät wurden die technisch-theoretisch gebildeten Ueber-Streikbrecher gewahrt, daß an der Maschine Kosten und Rohre geschmolzen waren. Selbstverständlich mußte auch diese Maschine außer Betrieb gesetzt werden. Wenn es so weiter geht, dann dürfen sich die Herren Arbeitswilligen mit den hohen Stechroten bald selbst fomen und ferner überflüssig machen. Natürlich machen die Herren Direktoren jetzt gute Miene zum bösen Spiel. Einem wirklichen Maschinisten oder Geizer aber würden sie in solchem Falle zweifellos sagen, er verdiene nicht das tägliche Brot. Jedoch jenen Maschinenverberbern lassen sie das Essen sogar gratis und franco aus Restaurationen im Arbeitsaal servieren. — Wie der Staat in diesem Kampfe einseitig zugunsten der Unternehmer eingreift, das konnten die Streikposten gestern nacht an der Zentrale in der Kauerstraße beobachten. Dort leisteten nämlich sieben Geizer von der Stadtbahn Streikbrecherdienste. Natürlich sind die Leute „auf höheren Befehl“ zu dieser Dienstleistung beordert. So findet sich denn in den Zentralen so nach und nach Personal aus allen Staatsverwaltungen zusammen: Schuppleute, Feuerwehrlente, Eisenbahnbeizer usw. Sie alle müssen Arm in Arm mit den Schnapsbrütern, die aus den Herbergen „zur Heimat“ zum Kohlentarren engagiert worden sind, jetzt durch die Tat beweisen, daß sie auch wirklich „die für den Staat so besonders nützlichen Elemente“ sind. Würdige Repräsentanten! —

Herr Magistratsrat v. Schulz

hat dem „Lokal-Anzeiger“ folgende Zuschrift zur Veröffentlichung gegeben lassen:

„In verschiedenen Tageszeitungen wird heute der Inhalt einer Unterredung zwischen dem Vertreter eines hiesigen Korrespondenz-Bureaus und mir wiedergegeben. Es wird zunächst darin behauptet, daß ich geäußert hätte: Der resultierende Verlauf der Einigungsversuche hat seine Ursache darin, daß die Arbeitgeber erklärten, über das Maß ihrer bisherigen Konzessionen unter keinen Umständen weiter hinauszugehen zu können, während die Arbeiter wiederum auf der Durchsetzung der gestellten Forderungen beharrten. Hieron war nicht im entferntesten die Rede, und konnte auch nicht die Rede sein, weil mich die Arbeiter während der Verhandlungen beauftragt hatten, für sie und für die Arbeitgeber geeignete Vorschläge zu machen. Ferner ist es nicht richtig, daß ich den Eindruck gewonnen habe, daß diesmal die Arbeitgeber tatsächlich an die äußerste Grenze des Entgegenkommens gegangen seien; denn ich habe erst jüngst wieder versucht, Vorschläge zu unterbreiten, welche in verschiedenen Punkten über das Ultimatum hinausgehen. Wenn ferner in jenem Berichte gesagt wird, ich hätte die Arbeiter in diesem Kampfe für die Schwächeren, so muß ich das ebenfalls nur als ein großes Mißverständnis meiner Worte auffassen. Schließlich habe ich auch keine Avenierung dahin getan, daß Berlin, was den Verkehr und die Beleuchtung anbelangt, unter keinen Umständen leiden werde, auch dann nicht, wenn der Streik fortdauere. Eine solche Kennerung kann ich schon deshalb nicht getan haben, weil ich zurzeit gar nicht in der Lage bin, mit über diese Verhältnisse ein Urteil zu bilden.“

Die Forderungen des Herrn v. Schulz sind also offenbar durch entsprechende „Redaktion“ im Interesse des Unternehmens mißbraucht worden.

Die Firma Rand u. Hartmann

Über ihre Forderung weiter. In den Plakaten, die zu dem Besuche der heutigen Versammlungen auffordern, waren u. a. folgende Worte enthalten:

Arbeiter, Mitbürger, Parteigenossen!

Erscheint recht zahlreich in obigen Versammlungen, um Stellung zu nehmen zu der Ungehörlichkeit der verschiedenen Behörden, die in der offensiven Weise bei der gegenwärtigen Ausperrung für die Unternehmer Partei ergreifen.

Die Arbeiter sollen durch die Millionenfirmen an die Wand gedrückt werden und die Behörden helfen dabei nach Kräften mit. Dagegen gibt es Protest einzulegen und ist deshalb der Besuch der obigen Versammlungen dringend geboten.

Wenn dieser Ausruf der Firma Rand u. Hartmann auch nicht gefallen mag, so findet er hoffentlich desto größeres Verständnis bei der Arbeiterschaft.

Der Zentral-Arbeitsnachweis II

in der Räderstraße veröffentlichte gestern an den Anschlagtafeln folgende Plakate:

Arbeiterinnen

werden verlangt

Zentral-Arbeitsnachweis
Räderstraße.

Das Plakat erregte in Arbeiterkreisen ganz allgemein die Verwirrung, daß der bekanntlich mit städtischer Unterstützung arbeitende Nachweis Streikbrecherinnen für Siemens u. Halske und die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft suche.

Wir haben sofort bei der Verwaltung des Nachweises Auskunft erbeten und erhalten. Es wurde uns versichert, daß es grundsätzlich ausgeschlossen sei, daß der Nachweis durch Lieferung von Arbeitswilligen in Lokalkämpfen eingreife. Die in Frage kommenden Firmen hätten sich seit Monaten und auch jetzt nicht an den Nachweis gewandt. Das Plakat sei überdies schon am Sonnabend bestellt und nur wegen Ueberfüllung des zur Verfügung stehenden Raumes erst jetzt an den Anschlagtafeln erschienen. Gesucht würden Arbeiterinnen für Blech-Emballagen, galvanische Anstalten, für die Leuzopapier- und Rohrzugmittelbranche und allerdings auch für einige nicht bestimmte kleinere Elektrizitätsfirmen.

Für die Lohnzahlung

waren von den Gesellschaften besondere Vorkehrungen getroffen worden. Die Arbeiter wurden nicht in die Fabriken selbst hineingelassen, sondern in den Vorhöfen abgefertigt, um ihnen jeden Einblick in die leeren Fabriken und jede Berührung mit den paar Arbeitwilligen unmöglich zu machen. Zu diesem Zwecke wurde auch die Abperrung der Arbeitwilligen und auch der in Betriebe tätigen Beamten noch strenger als sonst durchgeführt. Alle wurden in den Arbeitsräumen zurückgehalten. Damit sie und — die Polizei keine Not leiden mögen, hatte die Firma Aichinger nach dem Werk der Brunnenstraße 200 Portionen Schweinebraten und 8000 belegte Brötchen geliefert. Für alle Fälle waren noch in den verschiedenen Teilen der Fabrik Schupente verteilt. Eine Abteilung befand sich in der ehemaligen Tischlerei, eine zweite Abteilung von 8 Mann war in der Hausverwaltung untergebracht, in der Mitte des Fabrikgebäudes gar 40 Mann! Die Lohnzahlung fand an dem Eingang von der Brunnenstraße aus vor dem Fabrikgebäude statt an Tischen, die auf dem Hofe platziert waren. Nachdem die 7000 Mann des Werkes abgefertigt waren, konnten auch die Schupente wieder abräumen, ohne daß zum Glück einer von ihnen der tödlichen Langeweile zum Opfer gefallen wäre.

Die kaufmännischen Angestellten der A. E. G.

sind aus Anlaß der Aussperrung vom Zentralverband der Handlungsgehilfen zu einer Versammlung geladen worden, die gestern in Fiedigs Saal, Ackerstraße, tagte. Das kaufmännische Personal der A. E. G. war dem Rufe in großer Zahl gefolgt. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. — Der Referent Kaliski wandte sich mit kräftigen, eindringlichen Worten an das Ehrgefühl der kaufmännischen Proletariat, um sie zur Solidarität mit den streikenden und ausgesperrten Arbeiter aufzurufen. Nachdem das Unternehmertum der Elektrizitäts-Industrie Zehntausende von Arbeitern auf die Straße geworfen hatten, kam die Kunde, daß Handlungsgehilfen schamlos genug waren, um Streikbrecherdienste zu leisten. (Hui!) Und die Handlungsangestellten, die sich so weit vergahen, den Unternehmern diese Schanddienste zu erweisen, sind nicht etwa solche, die bei Mathenau zu Lische geladen waren, sondern es sind Handlungsgehilfen, die mit einem Stundenlohn von 30 Pf., mit einem Monatsgehalt von 75 M. begahrt werden. Die kaufmännischen Angestellten, die sich so weit erniedrigen haben, stehen moralisch tief unter der Strafenbrühe, denn diese prostituiert sich doch nur ihres eigenen Ruhms wegen, oder nicht zum Gefallen anderer. (Beifall.) Die kaufmännischen Angestellten müssen es unter ihrer Würde halten, Arbeiten der Streikenden und Aussperrten zu verrichten. Wenn aber bei dem einen oder anderen das Ehrgefühl nicht ausreicht, um Streikbrecherdienste zu verweigern, so mögen sie daran denken, daß sie nach dem Gesetz zu keinen anderen als kaufmännischen Arbeiten verpflichtet sind. — Einer jener Handlungsgehilfen, die als Streikbrecher arbeiten, sagte, als er deswegen zur Rede gestellt wurde mit jynischer Dreistigkeit: „Ist denn Kohlen-schuppen eine ehrlose Handlung? — Nein, das nicht. Kohlen-schuppen ist eine ehrenwerte Arbeit, aber eine Schmach und Schande ist es, Kohlen zu schippen an Stelle ausgesperrter Arbeiter. (Beifall.) Nach dem Willen des Unternehmertums sollen die Aussperrten dem Hunger überantwortet werden. Sagte doch ein Vorgesetzter mit Bezug auf die Aussperrten: „Die Hunde müssen auf der Straße verrecken.“ (Hui!) Daß die schamlose Abkehr der Unternehmer und ihrer Helfer nicht gelingt, dafür müssen, so weit es an ihnen liegt, auch die kaufmännischen Angestellten sorgen. Niemand von ihnen darf Streikbrecherdienste verrichten, jeder muß auch unter seinen Kollegen dafür wirken, daß die Solidarität mit den ausgesperrten Arbeitern gewahrt wird und daß keiner die Hand rührt, um als Streikbrecher tätig zu sein. — Die Rede des Referenten fand stürmischen Beifall, dann wurde ohne Debatte die folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die in Fiedigs Saal versammelten kaufmännisch tätigen Angestellten der Elektro-Industrie erklären im Bewußtsein ihrer Stellung als Proletariat ihre volle Solidarität mit den ausgesperrten und streikenden Arbeitern. Sie weisen jede Zumutung, Streikbrecherdienste zu verrichten, als beschimpfend und ehrlos auf das entschiedenste zurück. Die Versammelten verpflichten sich, die Arbeiterschaft in dem durch das isolierte Unternehmertum erzeugten Kampfe in jeder Beziehung tatkräftig zu unterstützen.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Oktober.

Auswärtiges Selbstlob.

Herrn v. Bülow hält die Zeit für gekommen, der Welt seine märchenhaften Verdienste um die Beilegung des Marokko-zwistes anzugeben. Dem Vertreter eines Pariser Blattes hat er anvertraut, wie er über die deutsch-französischen Geschäfte des letzten Halbjahres und die gegenwärtige internationale Situation denkt, wie er aus ernstlichen Schwierigkeiten zu herrlichen Lösungen geführt hat, welche Ansprüche er hat an dem Dank Deutschlands, ja Europas. Aus dem „Petit Parisien“ erfährt die deutsche Öffentlichkeit alle diese interessanten Dinge.

Was lautet das bescheidene Geständnis glorreicher Diplomatie: „Zu gewissen Zeiten war Frankreichs Politik in einer Weise ge-

leitet worden, daß man es für ihr wesentlichstes Ziel halten mußte, Deutschland zu isolieren, und daß ihr leitender Grundgedanke, uns mit allen Mitteln feindselig zu sein. Ich möchte schließlich niemandem anreden, aber ich erinnere daran, daß ich vor 1 1/2 Jahren, als das französisch-englische Abkommen betreffs Marokko abgeschlossen wurde, im Reichstage die Erklärung abgab, das französisch-englische Abkommen sei eine keineswegs gegen Deutschland gerichtete zu sein, jedoch hinzusetzte, daß mir keinerlei offizielle Mitteilung davon gemacht worden sei. Glauben Sie nicht, daß man mir damals diese Mitteilung, die ich für notwendig hielt, hätte machen sollen? Nichts dergleichen geschah, und wir hatten einen Beweis mehr, daß die französische Politik uns nicht nur isolieren, sondern sogar verlegen wollte. Es kam der Tag, wo zweifellos zur Krönung ihres Werkes diese Auslieferungspolitik eine Tendenz verriet, Marokko in ein zweites Tunis umzugestalten. Deutschland, das an Marokkos Handel interessiert ist, und das ein Recht hatte, seine berechtigten Interessen zu verteidigen, sah sich genötigt, dies Recht geltend zu machen. Frankreich zeigte die Absicht, sich eine Sonderstellung in ganz Marokko zu schaffen. Dies war unvereinbar mit der Unabhängigkeit Marokkos, die durch internationale Verträge bekräftigt war, unvereinbar auch mit der wirtschaftlichen und handelspolitischen Freiheit, kurz eine ernste Lage war das Ergebnis und es schien schwer, aus dieser Lage herauszukommen, ohne daß die Würde eines der beiden Länder darunter litt. Wer hat dies verschuldet? Und wie kann man sagen, daß Deutschland durch seine Intervention irgendwelche Voreingenommenheit oder Hintergedanken an den Tag legte, daß es Frankreich feindselig war, während Deutschland doch nur für seine Staatsangehörigen und ihre Interessen sorgte, während es doch nur seine Pflicht als große Nation erfüllte wie Frankreich selbst es getan hätte! Um derartiges zu behaupten, muß man absichtlich vergessen, daß die Politik Deutschlands seit langem den Wunsch hegt, die Beziehungen mit Frankreich zu verbessern. Zeigen die soeben stattgefundenen Unterhandlungen nicht, daß wir uns darauf beschränkt haben, in Marokko das Regime der offenen Tür zu sichern, daß wir keine Vorteile besonderer Natur territorialer oder sonstiger Art für uns verlangten? Wir haben uns bereit, die besondere Situation Frankreichs anzuerkennen; im Vertrauen auf die Loyalität der französischen Regierung haben wir zugegeben, daß die Konferenz sich nicht mit der Polizeifrage an der algerisch-marokkanischen Grenze zu beschäftigen habe. Frankreich wiederum hat den Abschluß nebensächlicher Geschäfte, die zwischen dem Maghzen und deutschen Bankiers und Unternehmern vereinbart wurden, anerkannt. Da unsere wirtschaftlichen Interessen, die zu ihrem Schutze in Marokko nur des freien Wettbewerbs bedürfen, nunmehr nichts zu befürchten haben, und unsere nationale Würde vor jeder Verletzung sicher ist, haben wir Frankreich die besondere Stellung zuerkannt, die es seiner Grenze verdankt. Jeglicher der marokkanischen Frage selbst haben wir es gleichfalls und mit Rücksicht auf alle irgendwie beteiligten Nationen der Konferenz überlassen, diese Frage zu studieren und Abhilfe zu finden. Die eben stattgehabten Verhandlungen, das jüngst abgeschlossene Abkommen, haben den Deutschen gezeigt, daß ihnen gegenüber in Frankreich sich etwas geändert hat, und daß man seit einiger Zeit ihnen gegenüber eine loyale Politik verfolgt. Das ist ein für beide Völker glückliches Ereignis; ich freue mich, das Verdienst daran zum großen Teil Herrn Rouvier beizumessen, der die Lage von einem höheren Gesichtspunkt aus beurteilt und aufrichtig an dem Aufheben der Spannung mitgearbeitet hat. Ich weiß wohl, es gibt Unzufriedene, das war vorauszusetzen. Einige deutsche Blätter haben sich beklagt, daß Deutschland nicht versucht hat, besondere Vorteile zu erlangen. Sie vergessen, daß das niemals Zweck der deutschen Politik war. In Frankreich könnte bei Ihren Frondeuren der Verdacht bestehen, daß die gegenwärtige Politik Deutschlands in Marokko trotz alledem einen aggressiven Charakter behalte, und daß neue Schwierigkeiten vor, während oder nach der Konferenz hervorgerufen werden könnten. Das heißt vollständig vergessen, daß die deutsche Aktion seit Beginn der marokkanischen Angelegenheit eine ausschließlich defensive Aktion war. Ein Mißtrauen, wie es sich in dieser Annahme zeigt, ist durch nichts gerechtfertigt. Der Presse der beiden Länder liegt es ob, zwischen unseren beiden Völkern ein Gefühl des Vertrauens zu schaffen, die beiden Regierungen wünschen dies aufrichtig. Mit Verurteilung und mit Freude würde man die künftigen Zeiten erwarten können, wenn gewisse Franzosen und gewisse Deutsche sich nicht mehr als notgedrungenen traditionellen Feinde betrachten würden, wenn sie einsehen würden, wie fruchtbar der aufrichtige völlige Friede zwischen zwei großen Völkern ist, wieviel Großes er vermag. Die bereits erzielten Verbesserungen der deutsch-französischen Beziehungen werden nicht durch unsere Schuld verloren gehen, denn wir wollen in Algerien dieselbe Aufrichtigkeit zeigen wie in Paris. Auf den Einwand, was geschehen würde, wenn der Maghzen den Beschlüssen der Konferenz nicht Rechnung tragen sollte, antwortete der Reichskanzler: Die Aufrichterhaltung und Befestigung einer lokalen und offenen Politik zwischen Frankreich und Deutschland gestatte, dieser Eventualität sowie mancher anderen ohne Verzug entgegenzutreten.

Auf die Frage, was er über die russisch-deutsche Annäherung denke, antwortete der Reichskanzler: Alles mögliche Gute, die russisch-deutsche Freundschaft besteht und ich glaube, daß es Frankreich nur angenehm sein kann, Rußland mit uns in guten Beziehungen zu sehen. Die Franzosen haben ein Interesse daran, daß ihr Verbündeter einen Freund mehr hat; wir beglückwünschen uns aus demselben Grunde zu der französisch-italienischen Freundschaft.

Der Marokko-Zwist, der im Frühjahr Frankreich und Deutschland erregte, scheint nach langwierigen Verhandlungen beigelegt, und man darf allerdings erwarten, daß diese Angelegenheit auch fernherhin erster Kompensation nicht herbeiführen wird. Gleichwohl dürfen die Darlegungen des Fürsten Bülow nicht mit heiterem Verständnis für ungewöhnlich entwickelte Selbstzufriedenheit eines Staatsmannes ertragen werden. Nicht nur um der geschichtlichen Wahrheit willen, sondern ebenso wegen der nicht mit einigen wohlfeilen Wendungen zu beseitigenden bösen Folgen, welche die Bülowsche Marokko-Politik, trotz der Diminution des besonderen Streitgegenstandes, für das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland herbeiführt hat.

Nach der Darstellung des Reichskanzlers ist seine Politik gegenüber Frankreich völlig tadellos, und lediglich die feindselige Haltung des früheren französischen Ministers des Auswärtigen Delcassé habe Deutschland zur Abwehr genötigt. Die französische Politik habe Deutschland isolieren und sogar verlegen wollen, sie habe schließlich den deutschen Handel von Marokko ausschließen wollen.

Nun hat Delcassé allerdings eine Politik betrieben, die von denen aufs höchste verurteilt werden muß, welche ein gutes Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland wünschen. Es war eine lächerliche Torheit, das englisch-französische Abkommen der deutschen Regierung nicht offiziell mitzuteilen. Es war mehr als Torheit, es war ein Verbrechen, daß Delcassé später, als der Konflikt sich zugespitzt hatte, es auf gewaltsame Lösung ankommen zu lassen gedachte. Frankreich selbst vollbrachte die Täuschung dessen, der solche Pläne hegte: vor dem zornigen Unwillen ganz Frankreichs mußte Delcassé mit Schimpf und Schande seinen Posten verlassen.

Aber Delcassés Schuld bedeutet nichts weniger, als daß auf deutscher Seite nicht ebenso schwere Fehler begangen wären! Fürst Bülow beschränkt sich einer maßlosen Uebertreibung der Fehler Delcassés, um seine eigene Politik im reinsten Lichte erstreben zu lassen. Er stellt es so dar, als habe Delcassé Deutschland mit vollständiger Isolierung bedroht, gegen welche Bedrohung

die ernsteste Abwehr nötig gewesen sei. Diese Darstellung ist jedoch äußerst befremdlich, wenn man sich erinnert, was der Reichskanzler am 14. April 1904, als gerade das englisch-französische Abkommen im Reichstage besprochen wurde, über die Gefahr einer deutschen Isolierung geäußert hat. Vebel hatte damals auf eine solche Gefahr hingewiesen, indem er behauptete, daß die deutsche Politik es nicht verstanden habe, England die deutsche Seite zu halten. Da erklärte Fürst v. Bülow, damals noch Graf v. Bülow: „Ich erwidere ihm, daß wir mit zwei großen Mächten in einem festen Bündnisverhältnis stehen, zu fünf anderen großen Mächten stehen wir in freundschaftlichen Beziehungen, während unser Verhältnis zu Frankreich ein ruhiges und friedliches ist und, soweit das von uns abhängt, auch bleiben wird.“ Gerade als Frankreich jenes Abkommen geschlossen hatte, das später als Beweis des Isolierungsplanes angeführt worden ist, gerade in der Zeit, da Bülow zu der vollen Erkenntnis jenes Planes hätte gelangen müssen, damals ahnte der Arglose noch nichts von dem nahenden Verderben, damals sah er keinerlei Gefahr der Isolierung, er sah die Situation Deutschlands rosenrot, wie er sie auch jetzt wieder rosenrot sieht. Es ist das Spiel der hohen Diplomatie, den Völkern bald die schwärzesten Gefahren, bald die lichtesten Aussichten vorzugaukeln!

Aber auch die Darstellung vom Ursprung des Marokko-Konflikts ist falsch. So töricht die Unterlassung der offiziellen Bekanntgabe des englisch-französischen Abkommens war, so war sie doch keineswegs das, was nachher die deutschen Offiziere daraus gemacht haben und was jetzt Bülow wiederholt: „ein Beweis mehr, daß die französische Politik uns nicht nur isolieren, sondern sogar verlegen wollte.“ Schon die Tatsache, daß Delcassé auch den Vereinigten Staaten den Text des Abkommens nicht offiziell übermittelt hat, beweist, daß die Dinge nicht so gelegen haben. Und daß jene Unterlassung damals auf die deutsche Politik keineswegs den erschütternden Eindruck gemacht hat, wie es jetzt vorgegeben wird, das zeigen die bekannten Worte Bülows im Reichstage am 12. April 1904, daß er „keine Ursache habe, anzunehmen, das englisch-französische Kolonialabkommen enthalte ein Spige gegen irgend eine andere Macht“, und daß er „keinen Grund habe zu befürchten, daß unsere Interessen in Marokko von irgend einer Macht mißachtet oder verletzt werden könnten“. Nach dem „Petit Parisien“ soll Fürst Bülow jetzt sogar gesagt haben, er habe damals schon hinzugesetzt, daß ihm keinerlei offizielle Mitteilung von dem Abkommen gemacht worden sei, welche Behauptung offenbar beweisen soll, daß Fürst Bülow damals schon recht bedenklich gegen die Haltung Frankreichs gewesen sei. Tatsächlich gelingt es uns nicht, eine derartige Äußerung des Reichskanzlers aufzufinden!

So standen die Dinge im April 1904. Damals sah die deutsche Politik in dem Marokko-Abkommen nicht die geringste Möglichkeit eines Zwistes, fand keinen Anlaß, gegen Beeinträchtigung des deutschen Handels in Marokko Vorstellungen in Paris zu erheben, wozu sie berechtigt und verpflichtet war.

Aber im März 1905 war urplötzlich das Bild völlig verwandelt. Fürst Bülow sucht jetzt jenen jähen Umschwung damit zu begründen, daß Frankreich gezeigt hätte, es wolle in Marokko eine Auslieferungspolitik betreiben. War dies der Fall, so müßten die üblichen diplomatischen Vorstellungen voll auf genügen und umfomehr, als Frankreich nunmehr, infolge der furchtbaren Niederlage des alliierten Rußland, selbst in eine äußerst schwierige Situation geraten war und ganz gewiß nicht länger darauf spekulieren konnte, gegen Deutschland Pläne zu schmieden. Statt diplomatischer Nachstellungen wurde nun jedoch der größte diplomatische Theaterstreich des bösen französischen Nachbarn. Schließlich kam die Tangerreise des Kaisers und die Anfrage des Reichskanzlers bei dem Generalstab, ob die Armee kriegsbereit ist!

Wir haben niemals gemeint, daß die deutsche Regierung es sich gelüsten lassen werde, wegen Marokko einen Krieg zu beginnen, für den im deutschen Volk, ganz abgesehen von der Sozialdemokratie, nicht das geringste Empfinden vorhanden war. Das Verberbliche der Bülowschen Politik lag darin, daß in Frankreich mit Notwendigkeit der Eindruck entstehen mußte, Deutschland beabsichtige, unter irgend einem Vorwand über Frankreich herzufallen oder mindestens Frankreich in der Freiheit seiner auswärtigen Politik zu beeinträchtigen und zu demütigen. Unter Vorantritt der französischen Sozialdemokratie, welche schon längst zuvor die Politik Delcassés aufs schärfste bekämpft hatte, befehligte die Deputiertenkammer den Minister Delcassé und räumte damit jeden Anlaß fort, den Deutschland weiter hätte ausnützen können. Alle jene Ereignisse aber, auf die wir jetzt nicht nochmals näher eingehen können, mußten im französischen Volke die größten Zweifel an der deutschen Friedlichkeit und Aufrichtigkeit erwecken. Alles was der französische Sozialismus in langer Zeit gegen den Chauvinismus ausgerichtet hatte, drohte in Frage gestellt zu werden durch die Marokkopolitik der deutschen Diplomatie!

Wenn nach langen Wirren die Marokko-Angelegenheit jetzt endlich auf den Stand gelangt, den sie bei einiger politischer Vernunft niemals hätte verlassen können, so beweist dies das Gegenteil des Selbstlobes, das sich Fürst Bülow erteilt. Es beweist, wie schwere Gefahren den Nationen erwachsen, wenn sie die internationalen Beziehungen, wenn sie das hohe Gut des Friedens dem Spiel der Diplomaten überlassen.

Und vollends wird die Verderblichkeit der Wege, welche die auswärtige Politik Deutschlands wandelt, durch die kurzen, aber inhaltsreicheren Schlußbemerkungen des Fürsten Bülow erwiesen. Die auswärtige Staatskunst Bülows hat Deutschland in freies verschafften Gegenlag zu den kulturfeindlichen Westeuropas, zu England und Frankreich gebracht, sie hat dafür eingetauscht die russische Freundschaft! —

Ein Burenkomplott in Südwestafrika.

Die „Windhuker Nachrichten“ bringen eine höchst sensationelle Enthüllung über ein Burenkomplott in Südwestafrika. Der in der Kolonie ansässige Andries de Wet, der Neffe des bekannten Burengenerals, hat danach mit einer Reihe anderer Buren in allem Ernst die Pläne gezeichnet, eine Erhebung von Buren in Südwestafrika zu inszenieren. Die Verschwörer beabsichtigten, sich mit den Witbois in Verbindung zu setzen und auch die bis jetzt neutralen Vaistards zur Erhebung gegen die Deutschen zu veranlassen. Die an dem Komplott beteiligten Buren gehörten zu den „nationalen scouts“, jenen Burenelementen, die während des Burenkrieges auf die Seite der Engländer übergingen und gegen ihre eigenen Landsleute kämpften. Die Zahl dieser „nationalen Spione“ beläuft sich in Südwestafrika auf 15 000 Mann. Da sie von den übrigen Buren geachtet worden seien und auch von England nicht den erwarteten Dank erhalten hätten, bestanden sie zum guten Teil aus Desperados, die jedem heuteverheißenden Gewaltstreich geneigt seien. Die Gefahr für die deutsche Kolonie sei infolgedessen eine außerordentlich schwere gewesen, sofern es gelungen wäre, einen Teil dieser Burenelemente für die Verschwörung zu gewinnen. Die „Windhuker Nachrichten“

erklären, ihre Enthaltungen von amtlicher Seite erhalten zu haben. Am Dienstag, den 22. August, sei der Polizeibehörde in Windhuk die Anzeige zugegangen, daß seit einiger Zeit in dem Hause von Andries de Wet geheime Versammlungen abgehalten würden, um eine Erhebung und einen Handstreich auf Windhuk und andere Orte vorzubereiten. Am 23. August sei das Nest der Verschwörer ausgehoben worden. Fünf Buren, Führer der Verschwörung, seien verhaftet worden, ein sechster sei entkommen.

Die „Windhuker Nachrichten“ veröffentlichten gleichzeitig eine Erklärung einer Anzahl anderer Buren, in denen jede Gemeinsamkeit mit den Verschwörern abgelehnt und die herböse Verurteilung über den Plan ausgedrückt wird. Die Unterzeichneten bitten die Deutschen, sie nicht für die Handlungsweise der Verschwörer verantwortlich machen zu wollen.

Es kann nach alledem kaum ein Zweifel unterliegen, daß eine derartige Verschwörung tatsächlich vorbereitet war. Daß die „Windhuker Nachrichten“ die Sache so bitter ernst nehmen, beweist, daß man tatsächlich mit der Möglichkeit einer solchen Erhebung resp. eines solchen Burenaufstandes in Südwestafrika rechnet. War die Verschwörung wirklich ernst gemeint und bestand wirklich die Gefahr einer Erhebung, so müssen die Zustände in Südwestafrika in Wirklichkeit noch viel trostloser liegen, als man bisher angenommen hatte. Wenn trotz der 15 000 Mann, die sich in Südwestafrika befinden, und trotz aller „Niederlagen“, die den Eingeborenen bisher bereitet sein sollen, eine Anzahl mit dem Lande und den Verhältnissen genau vertrauter Buren einen so abenteuerlich erscheinenden Plan fassen konnte, so muß der Widerstand der Eingeborenen noch lange nicht niedergeboren sein, im Gegenteil muß die Ohnmacht der deutschen Truppen derartig jutage getreten sein, daß die Verschwörer die Hoffnung hegen konnten, mit Hilfe der aufständischen Eingeborenen wirklich etwas gegen die deutschen Truppen ausrichten zu können. Die Burenverschwörung wirkt deshalb ein außerordentlich trübes Schlaglicht auf die Lage in Südwestafrika. Sie beweist aber gleichzeitig, daß selbst dann, wenn der Aufstand der Hereros wirklich niedergeworfen oder friedlich beigelegt sein würde, unsere südwestafrikanische Kolonie von einer anderen Seite Gefahren drohen, an die bisher noch kaum jemand gedacht hat. Man hat ja so viel von der nationalen Bewegung der südwestafrikanischen Eingeborenen gesprochen, die man als eine schwere Gefahr für die weiße Bevölkerung überhaupt dargestellt hat. Sollten die „national scouts“ einmal daran denken, sich diese Bewegung der Eingeborenen zunutze zu machen, so könnte in Südwestafrika ein Krieg ausbrechen, der unsere Herrschaft in Südwestafrika in erster Linie völlig in Gefahr brächte. Es wäre deshalb das vernünftigste, wenn man die unglückselige Sandwüste, die man mit dem Blute Tausender Deutscher gedüngt hat und für die man Hunderte von Millionen zum Fenster hinausgeworfen hat, sich selbst überließe, statt sich für ein fast völlig wertloses Stück Land neuen wertvollen Opfern an Gut und Blut auszusetzen! —

Deutsches Reich.

Ein zwanzigtausendmark-Schwindel.

Im „Berliner Tageblatt“ ist zu lesen: „Eine unerquickliche Auseinandersetzung über die finanziellen Nachwehen des großen Bergarbeiterstreiks wurde gestern in Essen begonnen. Ein Privat-Telegramm aus Essen meldet uns darüber:

„Gestern nachmittag begann die angekündigte Sitzung der Siebenerskommission, der die Leitung des großen Bergarbeiterausstandes oblag. Als einziger Verhandlungspunkt stand die Generalabrechnung auf der Tagesordnung. Die einzelnen Zahlen sollen vorläufig geheim gehalten werden. Der christliche Gewerksverein wie der alte (sozialdemokratische) Bergarbeiterverband werden getrennt in ihren Blättern Abrechnung geben. Die Berechnung der rund 7/8 Millionen betragenden Gelder, die gemeinsam verwaltet wurden, erfolgte glatt. Die Abrechnung der Gesamtsumme, die bedeutend höher ist, wird von jeder Organisation einzeln erfolgen, da nach dem 7. März d. J. die gemeinsame Kasse aufgelöst wurde. Die bekannte 20 000 Mark-Affäre — bekanntlich sind 20 000 M. zur Unterstützung der russischen Revolutionäre verwendet worden — kam nicht zur Verhandlung. Der christliche Bergarbeiterführer Effert erklärte nur, es sei Sache der sozialdemokratischen Partei, sich wegen dieser Sache zu rechtfertigen. Im übrigen solle man den Ausgang des Prozesses, den der Vorstand des alten Bergarbeiterverbandes gegen den Redakteur des Zentrumsorgans „Eisener Volks-Zeitung“ in dieser Sache angestrengt hat, abwarten.“

Es ist nicht ohne Interesse, zu erfahren, in welchem Zusammenhang eigentlich der Ausstand der Bergarbeiter mit den russischen Revolutionären gestanden hat.

Das „Berliner Tageblatt“ scheint den Eisener Wahlkampf verschlafen zu haben; es redet von der bekannten Affäre, hat aber offenbar selbst nicht die geringste Kenntnis davon. Im Eisener Wahlkampf hat der Schwindel schon eine Rolle gespielt, Herr Effert, der christliche Bergarbeiterführer, hat auch Flugblätter unterzeichnet, in denen die Geschichte der 20 000 M. in ähnlicher Weise ausgeführt worden ist und Herr Effert wird nun als Schutzherr für den Bergarbeiterverband in der in dieser Sache angestregten Weisungsbeklage gegen den Zentrumsredakteur Hansamer aufgetreten und unter Eid die mit seinem Namen unterzeichneten Flugblätter verleugnen müssen.

Mit den 20 000 M. hat der Bergarbeiterverband und der Bergarbeiterfreier gar nichts zu tun. Wie es sich mit diesem Gelde verhält, ergibt der Bericht unseres Parteivorstandes an den Parteitag in Jena. Darin heißt es wörtlich in der Darstellung über die russische Revolution:

„Zunächst bewilligte der Parteivorstand 10 000 M. zur Unterstützung der Opfer. Wiederholt wurden dann den russischen Genossen kleinere Beiträge zur Verfügung gestellt. Als dann der Bergarbeiterfreier beendet war und noch ausstehende Beträge eingingen, wurden diese den Brüdern in Rußland zugewiesen. Im ganzen an 20 000 M.“

Daraus haben die Zentrumsblätter dann destilliert, daß die hungernden Bergarbeiter um 20 000 M. hätten bluten müssen und daß der Bergarbeiterverband das getan habe. Wie gesagt, hat dieser gar nichts damit zu tun. Was unser Parteivorstand aus noch ausstehenden Beträgen, die aus Parteifreien stammten, für die Unterstützung der russischen Revolution gegeben hat, das hat er gegeben, nachdem die Siebenerskommission längst aufgelöst war und nach vorheriger Zustimmung der Oberen. Und das waren überdies nicht 20 000 M., so groß war vielmehr die ganze Summe einschließlich der 10 000 M. und der verschiedenen kleineren Beträge.

Da das „Berliner Tageblatt“ bei seinen letzten Interesse vorausehrt für den angeblichen Zusammenhang der 20 000 M. mit dem Bergarbeiterfreier, so wird es ihnen wohl unsere Aufklärung, die im Wahlkampf in Essen wiederholt gegeben wurde, nicht vorenthalten.

Auch der Bergarbeiterverband hat allerdings streifende russische Bergarbeiter mit 5000 M. unterstützt, aber nicht aus Verbandsmitteln und auch nicht aus Mitteln, die für den Ruhestreik gegeben worden sind, sondern aus besonderen Sammlungen.

Der Segen des „Vorwärts“-Abonnements. Das „Berliner Tageblatt“ hatte im Wortlaut den Vortrag wiedergegeben, den Professor Brentano auf der Mannheimer Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik gehalten. Um diesen Sündenfall zu sühnen, der durch die gleich mitgegebene einschränkende Fußnote noch nicht genügend widerlesen war, veröffentlicht das „Vorwärts“ jetzt von einem „Praktiker“ energische kapitalistische Betrachtungen „wider Dujo Brentano“. Hatte Brentano einige Fragen ins gerade gerückt, so z. B. den Wohlstandsschwindel, so leiert dieser Praktiker das ganze Evangelium des Kapitalismus wieder her, der praktisch ebenso zielbewußt ist wie er „theoretisch“ sich konfus geberdet.

Der famosere Praktiker aber hat auch in das „Berliner Tageblatt“ eine Bomben-Quartalserklärung für den — „Vorwärts“ hineingeschmuggelt, auf die das dümmste Organ des freigeistigen Bürgerturns richtig hineingefallen ist. Der Praktiker hat nämlich in dem Blatte „ein kleines Erlebnis aus den letzten Tagen“ aufgetischt. Er will von einer Arbeiterfrau die Versicherung gehört haben: „Wir denken gar nicht daran, Sozialisten zu sein, aber mein Mann muß eine Operation durchmachen und für den Fall, daß diese misslingen sollte, muß ich auf den „Vorwärts“ abonnieren; dann bekomme ich Unterstützung. Ich selber brauche ihn zwar nicht zu lesen, aber man hat mir gesagt, wenn ich etwas wollte, müßte ihn mein Sohn jedenfalls lesen!“

Diese schöne Geschichte, daß Menschen, die 1.10 M. monatlich für den „Vorwärts“ bezahlen, gleichzeitig sich eine Art lebenslängliche Rente erwerben, müßten wir eigentlich, wenn wir nach dem Melanchematismen der Inzeratenfirma Rasse versuchen wollten, in allen Zeitungen inserieren. Wir sind sicher, daß wir uns dann vor den Millionen Abonnenten nicht mehr retten können. Wir glauben sogar, daß schließlich der Praktiker des „Berliner Tageblatt“ und der Redakteur, der diese „Vorwärts“-Klame aufgenommen hat, wenn sie sich einer Gehirnoperation unterziehen sollten, auch auf den „Vorwärts“ abonnieren müßten, da ihr Fall so schwer liegt, daß die Operation auf jeden Fall misslingen wird. Sie bekommen dann wenigstens eine Unterstützung von uns. —

Die Tarifreform. Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Karlsruhe vom 3. Oktober telegraphiert: Schon vor einigen Wochen war die Veröffentlichung einer Denkschrift über die Personaltarifreform und die Einberufung des Eisenbahnrates zu deren Beratung angekündigt worden. Wir sind neuerdings von unterrichteter Seite erfahren, daß die Denkschrift, die unter Durchführung eines ausführlichen statistischen Materials die Notwendigkeit der Reform begründet und zu der Frage der Kilometerbeste und der vierten Wagenklasse Stellung nimmt, fertiggestellt. Mit der Versendung soll jedoch gewartet werden, bis sich die Ergebnisse der in der nächsten Woche stattfindenden Betriebsmittelkonferenz übersehen lassen, die insofern von besonderer Bedeutung sein dürften, als dabei über die neuen von der bayerischen Regierung ausgehenden Vorschläge beraten werden soll. Bei dem engen Zusammenhange zwischen Betriebsmittelgemeinschaft und Personaltarifreform wird voraussichtlich das Schicksal der ersteren mitbestimmend auch für die Personaltarifreform werden.

Wie erinnerlich ist diese ganze „Reform“ nichts wie eine bürokratisch-fiskalische Verprechtung des deutschen Eisenbahnwesens. —

Wilhelm II. und der große Schweiger. Als Schlußstein des neuen Wolke-Denkmal in Berlin dient eine Granitplatte, die folgende Inschrift trägt:

„Was dieser Marmorstein einbindet,
Wohl keines Menschen Auge findet,
Solange dieses Denkmal steht,
Doch wenn es einst in Trümmern geht,
Lobpreise noch in letzter Stunde!
Der Felsen hier, aus unserm Mund:
Wie immer sich wenden des Schicksals Wege,
Wolke war und bleibt der größte Stratege.
Gott gebe in seinem gnädigen Willen
Uns Deutschen stets solche Heldgestalten.“

Graf v. Schlieffen, Erz. Chef des Generalstabes.
Bildhauer J. Ulpheus.
Architekt D. Schmalz.
Aktiengesellschaft für Marmor-Industrie Kiefer.“

Es ist nicht ersichtlich, wer dieses so beredete Poem auf den großen Schweiger verfertigt hat. Vielleicht einer der Unterzeichner? Der Graf Schlieffen oder die Aktiengesellschaft Kiefer? Immerhin sollte der Autor der Verse

Wie immer sich wenden des Schicksals Wege,
Wolke war und bleibt der größte Stratege
sich nennen.

Wie übrigens die Blätter melden, geht die Anregung zu dieser Wolke-Guldigung von Wilhelm II. aus. —

Ein Landarbeiter-Leben.

Aus dem Jüterburger Kreise meldet uns ein unbedingt zuverlässiger Berichterstatter auf Grund eigener sorgfältiger Recherchen einen Vorgang, der dringend der amtlichen Aufklärung bedarf. Am 27. August wurde auf dem Gute Kuttelheim im Kreise Jüterburg der 27 Jahre alte ledige Freiarbeiter Adolf Wolter von dem Inspektor Neufang mit dem Jagdgewehr erschossen. Der Tod trat zwar nicht sofort ein, aber am folgenden Tage ist Wolter im Krankenhaus in Jüterburg an der Schußwunde gestorben.

Der Vorfall soll sich folgendermaßen abgespielt haben. Auf dem Gute, das zu den herzoglich anhaltischen Besitzungen gehört und von dem Oberamtmann Vetsch bewirtschaftet wird, klagen die Arbeiter allgemein über ungewöhnlich schlechte Behandlung. Die Königsberger „Volkszeitung“ hat schon mehrfach Fälle schlechter Behandlung der Arbeiter auf diesem Gute behandelt. Auch Wolter, ein mühterner und fleißiger Arbeiter, war mit der Behandlung nicht zufrieden. Er hörte auf und besorgte sich in der Nähe andere Arbeit.

Einige Tage danach, Sonntag, den 27. August, kam er nachmittags auf das Gut, um sich seine Invalidentarte zu holen. Vor dem Gutshofe begegnete er dem Inspektor Neufang, der ihn nach seinem Begehre fragte. Wolter sagte, er wolle den Pächter selbst sprechen und seine Invalidentarte fordern. Zwischen beiden entspann sich nun ein Wortwechsel, den der Inspektor mit den Worten beendete: „Warte, ich will Dir geben, was Du brauchst.“ Danach ging der Inspektor in den Hof und kam bald darauf mit dem Jagdgewehr zurück. Und nun soll er ohne weiteres auf den Wolter angelegt und ihn niedergeschossen haben. Wolter habe noch vorher erschreckt gerufen: Herr Inspektor, schießen Sie doch nicht. Der schwer getroffene Arbeiter wurde von einem danebenstehenden Kameraden aufgefangen.

Ueber den Inhalt des Wortwechsels, ob etwa der Inspektor berechtigten Grund zur Abwehr gehabt, ob er vielleicht bedroht worden sei, wird uns nichts berichtet. Sicher scheint auf alle Fälle, daß Wolter keine Waffe gehabt hat, so daß selbst im Falle einer Drohung gegen den Inspektor dieser zum Schießen kein Recht gehabt hat. Ja, wenn es richtig ist, daß er erst sein Gewehr herzugeholt hat, dann kann von Nothwehr überhaupt keine Rede mehr sein.

Nachdem die Tat geschehen, kam der Pächter und andere Arbeiter hinzu und der Verwundete wurde auf ein Bett gelegt. In der Nacht kam der Arzt und ordnete die Ueberführung nach dem Jüterburger Krankenhaus an. Das wurde Montag früh mit dem ersten Zuge ausgeführt und im Krankenhaus ist dann Wolter nach wenigen Stunden gestorben. Die Arbeiter benachrichtigten den Gendarm in Rorfitten, und dieser erkundigte sich bei dem Pächter nach dem Gergange der

Sache. Der Inspektor war auf sein Zimmer gegangen. Montag früh erschien der Inspektor wie gewöhnlich auf dem Felde zur Beaufsichtigung der Leute. Diese weigerten sich jedoch, unter seiner Aufsicht zu arbeiten und der Pächter mußte ihn schließlich nach Hause schicken. Montag abend ließ der Pächter den Inspektor nach dem Bahnhofe fahren und dieser reiste ungehindert ab.

Es muß insbesondere befremden, daß der Täter abreisen durfte. Zweifellos liegt auch bei der mildesten Beurteilung eine Körperverletzung mit tödlichem Ausgange vor. Ob der Täter in Nothwehr gehandelt, ist eine Frage, die erst nach sorgfältiger Untersuchung gelöst werden könnte. Die Behörde hätte sich also auf alle Fälle des Täters versichern müssen. Das ist nach der uns gewordenen Darstellung nicht geschehen. Wir bringen den Fall deshalb zur öffentlichen Kenntnis in der Absicht, eine authentische Aufklärung namentlich darüber herbeizuführen, was geschehen ist, um die Tat nach dem Maße der vorhandenen Schuld zu sühnen. —

Soldatenmißhandlungen. Aus Ulm wird der „Frankf. Ztg.“ berichtet: Ein Soldatenschinder erster Güte hatte sich vor dem hiesigen Kriegsgericht zu verantworten in der Person des Unteroffiziers Franz August Carl von der 5. Batterie des 3. württembergischen Feldartillerieregiments Nr. 40. Wenn auch die Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand und das Gericht sogar soweit ging, dem Vertreter der Presse den Zutritt zu dem Gebäude (Militärarresthaus), in dessen erstem Stock sich das Verhandlungszimmer befindet, zu verwehren, sind wir dennoch in der Lage, über die Verhandlung eingehend zu berichten. Carl war zahlreicher, teils einfacher, teils fortgeschrittener Mißhandlungen angeklagt, die er im Dezember 1900 begangen hat. Erst jetzt kamen dieselben zur Kenntnis der Behörde, weil die Angehörigen des Kanoniers Schlipf aus Aalen, der von Carl zum fischen Menschen gemacht worden ist, Entschädigungsansprüche geltend machten. Schlipf ist ganz fürchterlich gequält worden. Gegen zehnmal mußte er den Kasernenhof herumlaufen, während das Geschütz im Galopp durch den Kasernenhof gefahren wurde, wodurch er bald auf diese, bald auf jene Seite geschleudert wurde. Sehr oft mußte er auch mit 30pfündigen Geschossen so lange stecken, bis er ohnmächtig zu Boden fiel oder die Geschosse seinen Händen entglitten. Bei fast jeder Turnübung mußte Schlipf gegen eine halbe Stunde hin- und herlaufen und darauf bis zur völligen Erschöpfung in der Kniebeuge die Arme strecken. Wenn er nicht mehr konnte, mußte er wieder auf- und abpringen, worauf dann abermals eine Portion Kniebeuge folgte. Am Querbaum war Schlipf ebenso der Peinigung ausgesetzt. Carl ließ ihn mehrfach mehrere Minuten hängen, und wenn er herunterfiel, wurde er wieder heraufgehoben. Ziel er nochmals, dann mußte er zur „Erholung“ auf dem Kasernenhof herumpringen, bis er abermals am Querbaum „üben“ mußte. Eine vier- bis fünfmal hat Schlipf von 9—12 Uhr nachts die Zimmer aufwachen müssen und bei jeder Gelegenheit kiffte Carl ihn berart in den Arm, daß fortgesetzt blaue Male vorhanden waren. Infolge solcher Behandlung erkrankte Schlipf, der als blühender junger Mann zum Militär gekommen war, dem aber dennoch der Dienst schwer fiel, schon nach einem Vierteljahr derart, daß er entlassen werden mußte. Jetzt ist er so heruntergekommen, daß er zu seiner gewohnten Arbeit mehr fähig ist. Der ärztliche Sachverständige bekundete, daß der Zustand des Schlipf aller Wahrscheinlichkeit nach durch die Mißhandlungen des Unteroffiziers verschuldet worden sei, sicher sei aber, daß er dadurch mit veranlaßt wurde. In ähnlicher Weise hat Carl auch andere Kanoniere behandelt, wenn auch nicht in so zahlreichen Fällen. Insgesamt bekundeten achtzehn Zeugen, mehr oder weniger arg von ihm „geschlaucht“ worden zu sein. Mehrere Zeugen gaben auch an, der Wachmeister Wälshorn habe es noch ärger getrieben. Sie wurden aber daran gehindert, gegen diesen Anklagen vorzubringen. Dennoch wurde so viel Gravierenes gegen ihn vorgebracht, daß jedenfalls eine Untersuchung dieserhalb eingeleitet werden muß. Der heutige Angeklagte Carl erhielt sieben Monat Gefängnis und wurde sofort in Haft genommen.

Die Klüßernung Trotha

soll nach einer Meldung auf mehrere Wochen verschoben worden sein. Nach den bisherigen Dispositionen sollte Trotha sein Kommando am 12. November abgeben, an dem Tage, den der neue Gouverneur v. Lindequist für seinen Amtsantritt bestimmt hatte. Die Abreise Lindequists sei nun vorläufig um zwei Wochen verschoben worden. Der Grund hierfür sei der, daß man Trotha noch Zeit lassen wolle, vielleicht doch noch im letzten Augenblick den geplanten Schlag gegen die Wilbois auszuführen. Der Kaiser speziell soll erklärt haben, wenn er einem General einen Auftrag erteilt habe, so müsse er abwarten, bis der General ihm melde, daß er den Auftrag ausgeführt habe, oder er (der Kaiser) müsse zu der Ueberzeugung gelangen, daß der General der ihm gestellten Aufgabe nicht gewachsen sei. Da es unwahrscheinlich sei, ob die vierzehntägige Frist ausreiche, den erwünschten Erfolg noch zu erzwingen, liege es, so heißt es in der Meldung, sehr nahe, daß der Chef des Militärkabinetts Graf Hülsh-Hofeler, dem Trotha auch verwandtschaftlich nahe steht, alles aufbieten werde, um dem General einen möglichst großen Zeitgewinn zu verschaffen. Wenn diese Mutmaßungen und Behauptungen zutreffen, so müssen wir also damit rechnen, daß die Kriegsführung des General Trotha, die bisher nichts als Mißerfolge und Skandale gebracht hat, noch auf unbestimmte Zeit fortgesetzt wird! —

Verlustliste. Berlin, 4. Oktober. Telegramm aus Windhuk: An Thyphus gestorben Sergeant Karl Rothang, geboren 16. 12. 78 zu Neu-Ulm am 1. Oktober im Lazarett Neetmannshoop.

Ausland.

Die norwegische Sozialdemokratie und das Uebereinkommen von Karlstad.

Mit 12 gegen 6 Stimmen hat das Spezialkomitee des Storting, wie bereits telegraphisch gemeldet wurde, die Annahme des Uebereinkommens von Karlstad empfohlen, und es ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß das Storting in demselben Sinne beschließen wird und ebenso der schwedische Reichstag. Damit wäre der gefährliche Konflikt glücklich beseitigt, und man darf wohl erwarten, daß vor allem die sozialdemokratischen Parteien der beiden Länder dafür sorgen werden, daß die Mängel des Schiedsgerichtsvertrages und die namentlich nach norwegischer Auffassung vorhandenen Mängel der Gestaltung der neutralen Zone von den militärischen Parteien nicht zu neuen Wettrüstungen, Festungs- oder Flottenstationsanlagen mißbraucht werden.

Unter den sechs Mitgliedern des Spezialkomitees, die gegen die Annahme des Uebereinkommens stimmten, war auch das einzige sozialdemokratische Mitglied des Storting, Dr. A. Ericksen. Unserem Vorkämpfer „Social-Demokraten“ hat Ericksen erklärt, er habe dagegen gestimmt, weil er einen Vorschlag unterzügen wolle, der darauf hinauslaufe, das Uebereinkommen selbst mit den Bedingungen in einem Schiedsgericht zur Beurteilung vorzulegen. Bereits einige Tage zuvor hatte Ericksen in „Social-Demokraten“ seine Ansicht über die Bedingungen, besonders über die Schließung der Grenzfestungen klargestellt. Er schrieb unter anderem:

„Die Forderung der Schließung der Festungen ist in den Kreisen Schwedens entstanden, wo die Kriegsmoral die größte Stärke hat und die Luft einen bewaffneten Ueberfall zu versuchen, am brennendsten war. Es sind nicht Friedensgedanken, sondern Kriegsgedanken, die dahinterstecken, wenn die schwedischen Unterhändler mit Schweden und Dänemark diese Forderung durchsetzen. Wenn Norwegen wirklich auf diese schwedische Forderung eingeht, so geschieht das nicht freiwillig und nicht mit Freude. Gezwungen, hart gepreßt dazu.“

unter Pein und Scham, werden wir die norwegischen Festungen niederreißen."

Man muß wirklich Mitleid haben mit demjenigen unserer norwegischen Parteigenossen, die so bittere Seelenqualen leiden, wenn nur die geliebten Festungen ein nach nationalistischen Begriffen "unrühmliches" Ende nehmen. Wir meinen, daß kein Volk Scham zu empfinden braucht, wenn es seine Kriegserklärungen einschränkt, um allerdingst, wenn es wie hier auf Grund eines Friedensvertrages mit dem Nachbar gekriegt.

Nach mehr nach Nationalismus schmeckt der Artikel, den ein anderer norwegischer Parteigenosse, Gjøsteen, in "Social-Demokraten" unter dem Titel "Die Kränkung" veröffentlicht und der ebenfalls auf dem für einen Sozialdemokraten etwas sonderbaren Gedanken fußt, daß "Norwegens Ehre" durch das Uebereinkommen "gekränkt" werde. In heftigen Worten macht Gjøsteen den sozialdemokratischen Mitgliedern des schwedischen Reichstages und namentlich Branting einen schweren Vorwurf daraus, daß sie für die schwedischen Bedingungen stimmten. Darauf, daß sie gegen die 100 Millionen Kriegsanleihe stimmten, legt Gjøsteen gar kein Gewicht.

Leider hat Branting recht, wenn er keine Antwort auf diese Angriffe mit den Worten einleitet: "Innerhalb der norwegischen Sozialdemokratie gibt es auch einen chauvinistischen Flügel".

Außerdem als Gjøsteen und anders als Storchingmann Grifsen denken die übrigen drei Sozialdemokraten in norwegischen Storting über das Uebereinkommen. Jörg Berge, Foshaug und Lind Johansen haben bereits erklärt, daß sie dafür stimmen werden und Foshaug bemerkte unter anderem:

"Jetzt haben wir nur zwischen zwei Dingen zu wählen: entweder wir nehmen das Uebereinkommen an oder wir stellen uns in Opposition dagegen und gegen die Regierung, und, vorausgesetzt, daß das ehrliche Volk sein soll, verschaffen wir uns die Mehrheit und stürzen die Regierung. Aber die Verantwortung kann ich in dieser Situation nicht übernehmen, und ich finde auch, daß es nicht mit unserem Parteiprogramm übereinstimmt, aus unionspolitischen Gründen eine Vürgerregierung zu stützen, wenn große internationale Verwickelungen daraus entstehen können. Unsere Arbeit muß zunächst und vor allem nach innen gerichtet sein, auf die soziale Befreiung der Arbeiterklasse. Einmal müssen wir doch endlich Schluss machen mit den unheimlichen Streitigkeiten. Die Forderungen von gestern geben uns auch einen Fingerzeig in dieser Richtung."

Das Storting hat nämlich am Freitag in geheimer Sitzung Forderungen auf Lebensmittel beschlossen, die jährlich ungefähr drei Millionen Kronen einbringen sollen, unter anderem eine Erhöhung des Zuckersolls um zehn Dore pro Rilo.

Am Sonntag haben Storchingmann Grifsen und der der Sozialdemokratie sehr nahe stehende Dr. Scharffenberg in einer Protestversammlung in der Turnhalle Kristiania gegen das starkfährliche Uebereinkommen gesprochen. Es wurde hier, allerdings bei weitem nicht einstimmig, eine Protestresolution angenommen, in der die Schleifung der Festungen als eine "Entwürdigung" Norwegens, eine Quelle fortgesetzter Meinungen mit Schweden und als eine Gefahr für Norwegens Sicherheit und Unabhängigkeit bezeichnet wird.

Eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins von Kristiania hat dagegen nach einem Vortrage des alten Führers der Partei, Buchdrucker Chr. Knudsen, über die Befreiung von der Union und Norwegens zukünftige Staatsform eine Resolution angenommen, die die Billigung des Uebereinkommens und ferner das Verlangen ausdrückt, daß durch Volksabstimmung über die Staatsform entschieden werde.

Oesterreich-Ungarn.

Die Neubildung des Kabinetts Fejervary

folll nach Meldungen aus Budapest und Wien unmittelbar bevorstehen. Da auch der Minister Kristoffy an den mehrfährigen Audienzen beim Kaiser teilgenommen hat, ist man der Ueberzeugung, daß das Programm des Kabinetts Fejervary auch das allgemeine Wahlrecht enthalten wird. Eine definitive Entscheidung hat allerdings trotz der eingehenden Konferenzen mit Fejervary, Kristoffy und Lanay der Kaiser noch nicht getroffen. Wie man weiß, steht der Hof dem Gedanken einer Wahlrechtsreform an sich sehr abgeneigt gegenüber; da er jedoch durch die Art der Verhandlung oder vielmehr des Nichtverhandelns mit den Konstitutionen die ungarischen Nationalisten so heftig vor den Kopf gestoßen und zum weiteren Kampfe gedrängt hat, wäre es nicht ausgeschlossen, daß er sich jetzt zu dem Schritte genötigt sieht, dem er noch vor kurzem völlig ablehnend gegenüber stand. Jedenfalls ist anzunehmen, daß Fejervary und Kristoffy nur unter der Bedingung, daß das allgemeine Wahlrecht eingeführt wird, mit der Reaktivierung des Kabinetts Fejervary einverstanden sind. Die endgültige Entscheidung steht indessen noch aus. Wie ein letztes Telegramm aus Wien meldet, wurde Fejervary heute abermals vom Kaiser in Audienz empfangen. An der Audienz nahm auch der Minister Solowowsky teil. Nach der Audienz erklärte Fejervary, daß die Entscheidung noch immer nicht gefallen sei. Die ungarischen Minister Kristoffy und Lanay sind heute früh nach Budapest zurückgekehrt. — Man erwartet, daß der Neubildung des Kabinetts Fejervary die Auflösung oder mindestens die Vertagung des Budapest Reichstages auf dem Fuße folgen würde.

Tschechische Ausschreitungen in Brünn.

Im Wiener Abgeordnetenhaus verbreitete sich Ministerpräsident v. Gautsch über die Brünnner Ereignisse. Er erklärte, er wolle die Ausschreitungen in Brünn durchaus nicht auf Rechnung der Parteien stellen, müsse jedoch konstatieren, daß ein Teil der Brünnner Bevölkerung durch gewissenlose Agitatoren, die sich im entscheidenden Moment der Verantwortung zu entziehen suchten, entsetzt zu Ruhestörungen und Angriffen auf fremdes Eigentum hingerufen ließ, die selbstverständlich unter allen Umständen auf das schärfste verurteilt werden müßten. Die eingeleitete Untersuchung werde völlig unparteiisch die Wahrheit feststellen und die Schuldigen der verdienstlichen Strafe zuführen. Die umfassendsten Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Ausschreitungen seien getroffen, doch sollten zunächst die bürgerlichen Freiheiten nicht eingeschränkt werden; nötigenfalls werde die Regierung jedoch auch zu außerordentlichen Maßnahmen schreiten. Der Ministerpräsident verwahrt die Regierung gegen den Vorwurf mangelnder Voraussicht und appelliert an die moralische Macht der Parteien, die allein die nationalen Leidenschaften einzudämmen vermöge und erklärt, die Regierung begenue dem in der Nationalitätenfrage bei beratigen Gelegenheiten gemachten Vortwurf, die Schuld an dem Ereignisse zu tragen, mit um so größerer Mühe, als sie sich bemüht sei, allen Parteien gegenüber gleiches Recht walten zu lassen. Auf die festgelegte sachliche Auffassung der Regierung aber würden die Argumente der Strafe in seiner Richtung und in keiner Weise Einfluß üben. (Weisfall.) Während der Rede des Ministerpräsidenten entstand ein heftiger Wortwechsel zwischen Tschechisch-Deutschen und Deutsch-Deutschen. — In fortgesetzter Verhandlung der Regierungserklärung sprechen Abg. Schraffl (Christlichsoz. Vereinigung) und Abg. Bartoli (italienische Vereinigung), worauf die Debatte geschlossen wird. Graf Sternberg wird zum Generalredner gewählt. Er beginnt seine Rede mit einer Polemik gegen den Ministerpräsidenten und den Abg. Lecher und wird wiederholt von dem Abg. Wolf durch Zwischen-

rufe unterbrochen. Er fordert denselben mit drastischen Ausdrücken auf, ihn nicht länger zu unterbrechen. Abgeordneter Sternberg, welcher in seiner Rede gerade den Baron Ludwigstorff angegriffen hat, erhält vom Präsidenten einen Ordnungsruf. Einen Augenblick später schließt Sternberg gegen Wolf, der ihn neuerlich unterbrochen hat, das neben ihm stehende Wasserglas, worauf ein unbeschreiblicher Tumult entsteht. Die Abgeordneten schreien, drohend gegen Sternberg gegendet. Der Präsident läutet vergebens; er erklärt, er glaube das Benehmen Sternbergs hinreichend qualifiziert zu haben und verführe leider über seine stärkeren Disziplinarmittel. Er ersucht den Redner, seine Rede fortzusetzen. (Anhaltende Aufe: Er darf nicht sprechen! Das Wort entziehen!) Da der Tumult fortwährend anhält, unterbricht der Präsident die Sitzung. Der Lärm dauert noch einige Zeit an, bis Abgeordneter Sternberg den Saal verläßt.

Nach einstündiger Unterbrechung wird die Sitzung wieder eröffnet. Der Präsident spricht zunächst sein tiefstes Bedauern über das Vorgehen des Abgeordneten Sternberg aus und erwartet, daß derselbe das Haus um Entschuldigung bitten werde. Er richte daher an das Haus die dringende Bitte, die Redefreiheit nicht zu stören. (Weisfall rechts. Stürmische Protestrufe der Deutschen.) Abg. Sternberg, welcher neuerdings das Wort erhält, spricht dem Hause das Bedauern darüber aus, daß er in der Notwehr (Stürmische Unterbrechungen) sich zu einer unparlamentarischen Handlungsweise hinreichend ließ. (Andauernder Lärm.) Sternberg erklärt, seine Handlungsweise sei nur Notwehr gegen die Terroristen des Parlaments gewesen. (Stürmische Entrüstungsrufe, andauernder Lärm.) Der Präsident entzieht Sternberg das Wort. Dieser ruft, den Präsidenten unterbrechend: Ich appelliere an das Haus! Der Präsident erklärt, der Appell gegen seine in Ausübung der diskretionären Gewalt verfügte Maßregel sei unzulässig. Unter andauerndem Lärm schließt der Präsident die Sitzung. (Stürmische Pfuirufe der Tschechisch-Deutschen und Tschechen.) Die Abgeordneten bleiben noch längere Zeit in großer Erregung im Saal. Nächste Sitzung morgen.

Frankreich.

Bestrafte Arbeitermörder.

Paris, Ende September. (Fig. Ver.) Herr Vertheaux hat sich mit den Scharfmachern gründlich verdröben, fast wie wenn er ein wirklicher Sozialdemokrat wäre. Das ist er nun beileibe nicht, aber er ist ein überzeugter Demokrat, der der Meinung ist, die Krone sei zum Schutze des Landes da und nicht zur Drangsalierung der Arbeiter in ihren Kämpfen gegen das Kapital. Darum hat er seinen Streikerlaß herausgegeben, der den Offizieren die bisher beliebte Intimität mit den Unternehmern, das Schmarotzen in den Fabrikantenvillen unterlag und Unparteilichkeit und Kalbfährigkeit bei Konflikten vorschreibt. Darum ist er auch, nachdem trotz dieses Erlasses, oder vielmehr, weil der reaktionäre Korpskommandant ihn gar nicht weiter gegeben hatte, in Longwy ein Arbeiterleben der Brutalität der Soldateska zum Opfer gefallen war, unangemeldet auf dem Streikschauplatz zu einer gründlichen Inspektion erschienen, wobei er sich nicht nur von den Ausbeutern und von der mit ihnen verflochtenen Beamenschaft, sondern auch von sozialistischen Arbeitern informieren ließ. Und darum hat er endlich, um den Mord zu sühnen und an der frontierenden Offiziersklasse ein Exempel zu statuieren, die Schuldigen ohne Rücksicht auf ihre Stellung empfindlich bestraft.

Das mag nun freilich den Traditionen des militärischen Staates ins Gesicht schlagen und gar in anderen, strenger noch im heiligen Ordnungsgedanken registrierten Ländern geradezu unbillig erscheinen. Man denke: Es hat einen Zusammenstoß zwischen streikenden Arbeitern, die gegen "Arbeitswille" demonstrierten und dem Militär gegeben und die Folge ist nicht, daß man einfach elliche Arbeiter herausgreift und auf einige Monate oder Jahre ins Gefängnis schießt, sondern, daß die Offiziere, die das blutige Ereignis veranlaßt haben, abgesetzt oder eingesperrt werden. Vertheaux hat den Leutnant Godron de Courcel in Disponibilität versetzt, weil er Arbeiter in eine Kilsperbeiligkeit geknetet hat. Er hat ferner dem Kommandanten des 20. Armeekorps, General Michal, einen offiziellen Tadel mit Eintragung in die Kondukte erteilt, weil er den Streikerlaß nicht an seine Truppen weitergegeben hat. Weiter hat er den Oberst Labet von den Ruiner-Dragnonern zu 15 Tagen Arrest verurteilt, weil er entgegen der ministeriellen Instruktion zwei Eskadronen mit ihren Lanzen ins Streikgebiet geschickt hat. Dieselbe Strafe bekam der Rittmeister distriert, der das halbe Regiment dort kommandiert und den Mannschaften nicht befohlen hat, ihre Lanzen in den Kantonnements zurückzulassen. Dagegen hat der Minister einen Jägerhauptmann, der durch seine Kalbfährigkeit einen gewaltsamen Zusammenstoß verhindert hat, öffentlich belobt.

Die kapitalistische Presse ist über den gerechten Minister wütend. Besonders laut flößen die von mehr oder minder anständigen Gründern ausgehaltenen nationalistischen Blätter. Die "Patrie" hat ein Interview mit dem aus dem Dechhus-Prozess berückichtigten General Mercier veröffentlicht, der natürlich findet, daß sein demokratischer Nachfolger die "Krone ruiniere". Wenn das Heer nicht zur Anrechterhaltung des Unternehmerrprofits verwendet werden soll, ist für diese Leute das Vaterland in Gefahr. —

Der sozialistische Parteitag.

Der zweite Kongreß der geeinigten sozialistischen Partei wird von 29. bis zum 31. Oktober in Châlons-sur-Saône tagen. Die provisorische Tagesordnung umfaßt außer den Berichten des Nationalrates und der Reaktion folgende Punkte: Die Wahlaktion der Partei bei den Kammer- und Senatswahlen im Jahre 1904, der Achtstundentag und der 1. Mai (bekanntlich hat die Arbeiterkonföderation in den Gewerkschaften eine Agitation eingeleitet, daß vom 1. Mai 1904 angefangen die Arbeiter nicht länger als acht Stunden arbeiten sollen), Organisation und Propaganda. —

Schweden.

Oskar II. und der Norweger.

Nach einer Mitteilung in "Politiken" hat Staatsminister Michelsen unter der Hand erfahren, daß Oskar II., sobald der schwedische Reichstag das starkfährliche Uebereinkommen angenommen hat, eine endgültige Antwort auf das Thronangebot Norwegens geben wird. Wie erwartet und in Norwegen auch allgemein gewünscht wird, soll die Antwort die sein, daß er seine Zustimmung dazu, daß ein Verabottereping den norwegischen Thron besteiigt, verweigert. Der König wird dann auch einige Abschiedsworte an Norwegen richten. Das mag lässend werden, Zweck wird es nicht haben. Oskar weiß ja, wie wenig die Norweger auf seine wohlgemeinten Worte geben. Im übrigen können sie zufrieden sein, daß ihr überreichiges Entgegenkommen abgelehnt worden ist. Die königlose Zeit, die sie seit dem 7. Juni durchgemacht haben, könnte wohl auch die prinzipiellen Monarchisten unter ihnen darüber belehrt haben, daß das Suchen nach einem neuen König überhaupt zwecklos ist. —

Die Revolution in Rußland.

Auslandsbewegung.

Moskau, 4. Oktober. Hier begann gestern der Ausbruch der Angelegten der elektrischen Straßenbahnen. Die Angelegten der Straßenbahnen verkehrten gestern morgen die Ausfahrt der Wagen aus den Depots zu verhindern. — Der Ausbruch der Schriftsetzer nimmt zu; er umfaßt bereits sieben große Druckereien.

Die Lage im Kaukasus.

Wie dem "Tag" telegraphiert wird, beginnt im Finanzministerium unter dem Vorsitz des Finanzministers Kozlowzew der Kongreß der

Raphtha-Industriellen aus dem Bezirk von Vaku. Die Vertreter erklären, die scheinbare Verschönerung der Tazaren und Armenier habe durchaus kein Ergebnis gehabt. Sobald der Statthalter Vaku verließ, begannen die Feindseligkeiten aufs neue, wobei die Kämpfe auch während der Nacht fortbauerten. An ein Weiterarbeiten in der Raphtha-Industrie kann nur gedacht werden, so äußert die Vertreter, wenn wirksame Schutzmaßnahmen von der Regierung aufgestellt und Nord, Diebstahl und Gewalttätigkeiten, die zu den alltäglichen Erscheinungen gehören, auch wirklich regelmäßig bestraft werden. Sonst würden sich in zwei bis drei Monaten die furchtbaren Drenel des verflochtenen Monats unbedingt wiederholen.

Russische Witter.

Man schreibt der "Russ. Korr." aus Petersburg, 27. September: Vor einem der bekanntesten Rechtsanwälters hier erschien in diesen Tagen eine Dame, die gegen den Polizeimeister von Chabrin eine Klage wegen Freiheitsberaubung anstrengen wollte. Es war Fräulein Smolka, die im mandchurischen Heere und auch früher schon in der Zeit der chinesischen Wirren als Dolmetscherin fungiert hat. Fräulein Smolka hatte in einem Restaurant zu Chabrin dem Polizeimeister v. Ziegler Bestechlichkeit nachgelagt. Als der Herr dieses erfuhr, ließ er sie unter der Beschuldigung, unbedeutend Männerkleider getragen zu haben, verhaften. Tatsächlich hatte Fräulein Smolka sich auf dem Kriegsschauplatz einer der männlichen ähnlichen Tracht bedient, ohne daß sie deswegen irgendwie belästigt worden wäre. Der Polizeimeister setzte seiner Brutalität die Krone auf dadurch, daß er ihr die Oberkleider abnehmen und sie in Unterfleiden in der Abteilung der männlichen Gefangenen bringen ließ. Hier sah Fräulein Smolka drei Wochen lang. Und sie hatte es nur der Humanität der Gefangenen zu danken, daß ihr das einigermassen gemilbert wurde. In dieser Zeit wurde das Gefängnis verschiedentlich revidiert, Fräulein Smolka aber wurde jedesmal vor der Revision beiseite gebracht, und erst als die übrigen Gefangenen den inspizierenden General auf ihr Vorhandensein aufmerksam gemacht hatten, erlangte sie ihre Freiheit wieder.

Die Leistungen des Polizeimeisters sind damit noch nicht erschöpft. Er hat der Dame eine ganz ungeheure Summe geboten, wenn sie mit ihm leben wolle. Wie kann ein Polizeimeister über einen so großen Betrag für solche Zwecke verfügen? Die Erklärung ist sehr einfach; es gibt in Chabrin eine ganze Anzahl von Opiumhäusern, die täglich eine bedeutende Summe für die Konzeption an das Oberhaupt der Polizei abführen müssen.

Selbstverständlich kann Fräulein Smolka auf eine Genugtuung nicht rechnen; die vorgelegte Behörde verweigert die Genehmigung zur gerichtlichen Verfolgung des wackeren Beamten.

Soziales.

Ein Schulfreik beschäftigte das Kammergericht. Für Böllin und Karlsdorf in Pommern bestand eine Gemeinde-Volksschule. Die Regierung hat diese einseitig auf und es wurde schließlich von den Familienvätern verlangt, daß sie ihre Kinder zum Unterricht nach dem nächsten Orte Anton schicken sollten. Das taten sie nicht. Es wurden darauf Schmalung und Genossen wegen nicht genügend entschuldigter Schulverhinderung ihrer Kinder angeklagt. Das Landgericht Stargard sprach sie jedoch schon deshalb frei, weil es der Meinung war, daß die einseitige Aufhebung einer bestehenden Gemeinde-Volksschule durch die Regierung (ohne Zustimmung der Gemeinde) unstatthaft sei. Das Kammergericht hob am 2. Oktober das Urteil auf und verwies die Angelegenheit noch einmal an das Landgericht zurück, abgesehen von den Sachen zweier Angeklagter, die ohne Zweifel vor der Bestrafung nicht vernarrt worden waren, wie es der sogenannte Landtagsabschied für Pommern vorschreibt. Das Kammergericht führte zur Hauptfrage aus: Nach dem preussischen Landrecht müßten die Eltern dafür sorgen, daß ihre Kinder den nötigen Schulunterricht erhalten. Wenn nun die Angeklagten ihre Kinder nach Aufhebung der Volksschule im Orte nicht zum Unterricht in den Nachbarort schicken wollten, dann hätten sie eben andere Vorkehrungen treffen müssen, den erforderlichen Unterricht zu ermöglichen. Darum komme es gar nicht darauf an, ob es ihr Recht war, zu verlangen, daß die Volksschule für Böllin-Karlsdorf bestehen bleibe. — Soweit die Sachen an das Landgericht zurückverwiesen seien, wäre nachzuprüfen, ob die im Landtagsabschied für Pommern vorgeschriebene Verwarnung richtig erfolgt sei. Das Landgericht könne aber auch etwaige Entschuldigungsgründe (weiter Weg bei Winterweiter usw.) berücksichtigen.

Zur Fleischnotfrage lag dem Nürnberger Gemeindekollegium ein Antrag des Magistrats vor, wonach an den Reichslangler und an das bayerische Ministerium das Ersuchen gerichtet werden soll, dahin zu wirken, daß sofort die Einfuhr von Schmalz und Schweinen aus Oesterreich, Italien, Rußland, Holland und Dänemark freigegeben, die Zollsätze auf Vieh und Fleisch wesentlich herabgesetzt und die Einfuhr von Fleisch und Fleischteilen, sowie von Weineisweizen usw. nach denjenigen Orten, wo eine geregelte Fleisch- und Trichinenschau besteht, gestattet werde. In der dem Antrage beigelegten Begründung wird der Mangel des Fleischkonsums in Nürnberg durch die staatlichen Aufstellungen der Schlachthofverwaltung veranschaulicht. Danach haben die Ochsenfleischungen im Januar 1893, im August 1893, die Schweinefleischungen im Januar 1893, im August 1893 betragen. Dem Antrage des Magistrats wurde zugestimmt. Bei dieser Gelegenheit stellte der Demokrat Wiedberger den Antrag, den Magistrat zu erlauben, er möge Seefische im großen beziehen und zum Selbstkostenpreise an die Bevölkerung abgeben. Verschiedene Freisinnige erhoben dagegen Bedenken, die eipen, weil die Verkehrsverbindungen Nürnbergs mit der See zu ungünstig seien, um den Seefischbezug zu ermöglichen, die anderen meinten, die Bevölkerung Nürnbergs sei an den Seefisch, genau noch nicht gewöhnt. Nur der Vorsitzende Hesse hatte den Mut, den wahren Grund zu sagen: er bemerkte, es sei doch fraglich, ob die Stadt das Recht habe, in das Erwerbleben einer Anzahl Steuerzahler derart einzugreifen und sie geschäftlich zu schädigen. Damit meint er die paar Delikatessenhändler, deren dadurch Konkurrenz gemacht würde und deren Interesse für die freisinnigen Stadträde Nürnbergs schwerer wiegt als das von Zehntausenden anderer Steuerzahler, die durch die Fleischsteuerung Ruht leiden. Der Antrag wurde schließlich angenommen, nachdem er dahin abgeändert war, daß der Magistrat nur ersucht wird, die Frage zunächst einmal zu "erwägen".

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 4. Oktober. (W. Z. V.) Die Bürgerchaft hat heute den Senatsantrag betreffend Herstellung eines Werkstoffes für die Stettiner Maschinenbau-Aktiengesellschaft Eulon angenommen.

Die Revolution in Rußland.

Kiew, 4. Oktober. (W. Z. V.) Der Kongreß der Pshchaler hat zahlreiche Verhaftungen zur Folge gehabt. Bei 50 Studenten wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen.

London, 4. Oktober. (W. Z. V.) Der englische Dampfer "Kobday" ist an der Mündung des Panissoi (Sibirien) gesunken. Der Kapitän teilt telegraphisch mit, daß das Schiff verlorene, die Mannschaft aber gerettet sei.

Wien, 4. Oktober. (W. Z. V.) Das Kriegsschiff "Gadaburg" kollidierte im hiesigen Hafen mit einem Landungsboot, wobei letzteres kenterte. Die Mannschaft wurde gerettet.

Sibien, 4. Oktober. (W. Z. V.) Die Weigerung der Bundesregierung, die Begung eines Kabels von Hohenlose (Deutsches Schutzgebiet) nach Kootkown (Luzensland) zuzulassen, wird in Brisbane, der Hauptstadt Queensland, sehr obfällig beurteilt.

Die Berichterstattung vom Jenaer Parteitag

wurde am Dienstagabend in den für die einzelnen Kreise einberufenen Versammlungen entgegengenommen. Es liegen die folgenden Berichte vor:

Im ersten Kreise

war die Parteiversammlung gut besucht und nahm zuerst die Berichterstattung des Parteitagdelegierten Wolderski entgegen. Ausführlich berichtete Wolderski über das neue Parteiprogramm, ging auf die von ganz Berlin gestellten Anträge des näheren ein und legte die Gründe für die Ablehnung derselben dar. Auch der Antrag, den „Vorwärts“ zum Organ der Berliner zu machen, sei leider abgelehnt worden, nachdem Wobbel ihn namens des Vorstandes bekämpft hatte. Wobbel habe aber gleichzeitig zugefagt, den Berliner einen noch größeren Einfluss auf die Gesamthaltung des Blattes einzuräumen. Zur Mailfeier übergehend freute sich Wolderski, daß die Anschauung der Genossen des ersten Kreises sich mit der in der von Fischer eingebrachten und einstimmig angenommenen Resolution decke. Durch die Annahme der von Wobbel eingebrachten Resolution zum Punkt Generalstreik habe der Parteitag den Genossen die Aufgabe gestellt, für die Stärkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation mit aller Kraft einzutreten, den Gegnern aber zeigen zu wollen, daß wir uns rüsten, um etwaigen Staatsstreichgehrungen mit Energie entgegen zu treten. Im Sinne aller Genossen habe der Parteitag wohl gehandelt, daß er die Differenzen zwischen „Vorwärts“, „Leipziger Volkszeitung“ und „Neue Zeit“ einer Kommission von 15 Personen überweisen habe. Aber auch mit dem dort erzielten Resultat können die Genossen zufrieden sein.

Noch kurz auf den parlamentarischen und Vorstandsbericht eingehend, schloß Wolderski seine Ausführungen mit der Bemerkung, nicht nur unsere Gegner sondern auch zum Teil in unseren Reihen wurde angenommen, daß größere Gegensätze zwischen Partei und Gewerkschaft dort zum Austrag kommen werden; er als alter Parteigenosse sei mit den Verhandlungen sehr zufrieden gewesen; es habe sich gezeigt, daß Partei und Gewerkschaft einig und fest stehen auf dem Boden des Klassenkampfes.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligten sich die Genossen Proh, Appel, Wahn, Knoop, Lucht, Wilde, Wendada, Künze, Karl Liebmann, Diegeler.

Ein Antrag, der erklärt, daß die Genossen des 1. Kreises sich mit den in Jena gefassten Beschlüssen einverstanden erklären und sich verpflichten, diesen Beschlüssen nachzukommen, findet einstimmige Annahme.

Ueber die Bedeutung der Brandenburger Konferenz referierte Genosse Schäfer. Zu Delegierten wurden die Genossen Fischer, Lucht und Strech gewählt. Nachdem der Vorsitzende auf die kommenden Stadtverordnetenwahlen und die Flugblattverbreitung am kommenden Sonntag hingewiesen hatte, schloß er die Versammlung um 1 Uhr.

Zweiter Wahlkreis.

Die Generalversammlung des Wahlvereins tagte in der Bodranerei. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Schlindbach in der üblichen Weise.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Die Brandenburger Provinzialkonferenz machte Werner einige einleitende Bemerkungen. Anträge lagen zu diesem Punkt nicht vor. Als Delegierte wurden die Genossen Schwemke, Milian und Ringel gewählt.

Darauf folgte die Berichterstattung über den Parteitag in Jena, den die drei Parteitagdelegierten erstatteten.

Zwanzig gab eine Darstellung der Verhandlungen über das Organisationsstatut, den Geschäftsbericht des Vorstandes und der Kontrollkommission. — Buchholz referierte über die Punkte: Parlamentarische Tätigkeit und Mailfeier. Er schloß mit dem Wunsch, daß die Genossen für die Durchführung der Mailfeier im Sinne der vom Parteitage angenommenen Resolution wirken mögen. — Rettes besprach die Debatte über den Massenstreik und die Behandlung der sonstigen Anträge. Der Redner gab der Ansicht Ausdruck, daß wie mit den Arbeiten und dem Verlauf des Parteitages voll zufrieden sein können.

Der erste Diskussionsredner Densel nahm auf die Massenstreik-Resolution Bezug und führte aus, mit dem politischen Massenstreik habe es eine andere Veranlassung wie mit einem gewerkschaftlichen Streik. Es sei deshalb notwendig, daß die Parteigenossen über das Wesen des politischen Massenstreiks aufgeklärt werden. Ueber die Einzelheiten desselben dürfe natürlich im voraus nichts gesagt werden, damit die Gegner nicht die Möglichkeit haben, sich darauf einzurichten, denn sonst könnte es so kommen wie bei den preussischen Landtagswahlen, wo wie auch vorher sagten, welche Schwächen des Wahlverfahrens wir auszunutzen würden und dann kam die Regierung her und half sich über alle diese Schwächen hinweg, ohne daß wir die Möglichkeit hatten, unsere vorher bekannt gegebenen Pläne auszuführen.

Richard Fischer, zu einer Darlegung über das allgemeine Bild des Parteitages aufgefordert, führte unter anderem aus: Nicht ohne eine gewisse Befürchtung habe man dem Parteitage entgegengekommen. Kamentlich die Presse hätte war es, von der unsere Gegner glaubten, daß sie zu heftigen Auseinandersetzungen auf dem Parteitage führen würde. In diesem Punkte sind die Gegner enttäuscht worden. Die Beratung der Presse hätte sei in die Kommission verwiesen worden, nicht weil wir Heimlichkeiten hatten, die wir verbergen mußten, sondern weil die Debatte einen stark persönlichen Anstrich angenommen hätte und das umfangreiche Material nur in einem kleineren Kreise gründlich geprüft werden konnte. Es kam nicht darauf an, zu untersuchen wer Schuld hat, sondern Mittel und Wege zu finden, wie es in Zukunft besser gemacht werden könnte. In diesem Sinne ist denn auch die Entscheidung ausgefallen. Wenn jetzt in der bürgerlichen Presse eine Episode aus den Kommissionsverhandlungen besprochen wird, um zu zeigen, wer in der Kommission recht bekommen hat, so ist das ein törichtes Beginnen, ebenso wie es töricht ist, zu fragen, wer in der Presse recht und wer unrecht hat. Man kann sagen, niemand hat recht bekommen, man kann auch sagen, alle haben recht bekommen. Man hat sich darüber geeinigt, in welcher Form Meinungsverschiedenheiten zum Austrag zu bringen sind. — Auch die Mailfeier war eine heikle Frage. Die Debatte auf dem Parteitage hat gezeigt, daß zwischen Partei und Gewerkschaft in der Grundanschauung volle Übereinstimmung herrscht. Das ist das Erhebende des diesjährigen Parteitages, daß er sich nicht auf den Standpunkt stellte, die Partei beschuldigt und die Gewerkschaften haben zu folgen, sondern daß beide gemeinsam den Weg suchten, der in der Frage der Mailfeier einschlägt. Niemand ist die Gemeinsamkeit zwischen der Partei und den Gewerkschaften, die man, was die Grundanschauung betrifft, getrost sozialdemokratische Gewerkschaften nennen kann, so deutlich zutage getreten wie auf diesem Parteitage. — So auch in der Frage des Massenstreiks. Die Resolution des Wiener Gewerkschaftskongresses hat ja großen Widerspruch gefunden. Ich glaube nicht, daß der Gewerkschaftskongress hat ausbrechen wollen, aber den politischen Massenstreik darf nicht geächtet werden. Damals war ja die Frage des politischen Massenstreiks noch nicht geklärt. Die Friedeburger Generalstreik-Idee stand damals im Vordergrund der öffentlichen Erörterungen. Was der Gewerkschaftskongress wollte, das war, es sollte dieser Gedanke nicht propagiert, seine Verwirklichung nicht empfohlen werden. Dabei konnte sich der Gewerkschaftskongress sehr wohl auf den Beschluß des internationalen Kongresses zu Amsterdam stützen. — Durch den Beschluß des Parteitages haben wir nun den Massenstreik unter unsere

Kampfmittel aufgenommen. Damit ist nicht etwa gesagt, wenn uns an einem bestimmten Zeitpunkt das Wahlrecht genommen wird, dann machen wir den Massenstreik. So etwas läßt sich nicht voraus bestimmen. Es wird immer von der jeweiligen Situation abhängen, ob man es für zweckmäßig hält, ein bestimmtes Kampfmittel anzuwenden. Was Wobbel in seinem Referat gesagt hat und was durch die Annahme seiner Resolution ausgedrückt wird, ist das: Es gibt Momente, wo der Arbeiterklasse nichts anderes übrig bleibt, als den Massenstreik für ihre politischen Rechte auf wirtschaftlichem Gebiet zu führen. Der Vortrage ist durch unseren Beschluß gesagt: Treibt die Sache nicht zum äußersten. Wir sind keine Hamamelde, die sich ruhig abschlächten läßt. Wenn ihr uns das Wahlrecht nehmen wollt, das ihr selbst als ein Sicherheitsventil bezeichnet habt, so probiert es nur, wir werden uns das nicht ruhig gefallen lassen. Das ist es, was der Parteitag der Regierung und der Bourgeoisie gesagt hat. Er hat aber auch der Arbeiterklasse gesagt: Macht euch mit diesem neuen Kampfmittel vertraut. Es ist notwendig, daß ihr wißt, der Moment kann kommen, wo die deutsche Arbeiterklasse ein Kampfmittel gebrauchen muß, das man in Deutschland bisher noch nicht angewandt hat. Wenn und unter welchen Umständen das geschehen wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Die Geschichte lehrt uns, daß oft an sich kleine Ursachen zum Ausbruch großer revolutionärer Bewegungen geführt haben. Es können Situationen eintreten, wo die Arbeiterklasse einen großen entscheidenden Kampf aufnehmen muß. — Auch auf wirtschaftlichem Gebiet sind schon Streiks geführt worden, welche die Führer für aussichtslos hielten, und dennoch wäre es in Anbetracht der Umstände ein Verbrechen gewesen, den Streik zu unterlassen. Die Arbeiterklasse hat ja Erfolge nicht nur durch ihre Siege, sondern auch durch Niederlagen. Jede Niederlage fahrt die Widerstandskraft der Arbeiter. Wenn auch mander revolutionäre Ansturm der Arbeiterklasse zurückgeschlagen wurde, so ist sie doch nie hinter den Ausgangspunkt des Vorstoßes zurückgeworfen, immer hat sie an Boden gewonnen, wenn auch das jeweilige Ziel des Kampfes nicht erreicht wurde. — Gewiß ist der Massenstreik kein Allheilmittel, aber er ist eine Waffe, die, richtig benutzt, dem Gegner Wunden schlägt, die nicht wieder heilen. Zudem wir den Massenstreik als Kampfmittel zur Verteidigung unserer politischen Rechte aufgenommen haben, haben wir der herrschenden Klasse gesagt: Bis hierher und nicht weiter reicht unsere Geduld. Wollt ihr uns ein wertvolles Recht nehmen, so versucht es, wir geben es nicht ohne Kampf aus der Hand. In diesem Sinne hat der Parteitag den Geist des Widerstandes gegen das Unternehmertum und die Regierung gefahrt, und dadurch wird er eine Bedeutung in der Geschichte der Partei haben, wie kein anderer. (Lebhafter Beifall.)

Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, welche sich mit der Haltung der Delegierten des Kreises sowie mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden erklärt und die Durchführung derselben als Pflicht der Parteigenossen erklärt.

Im dritten Wahlkreis

tagten die Genossen in der Berliner Ressource, Kommandantenstraße. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende Hoch davon Mitteilung, daß der parlamentarische Vertreter des Kreises, Genosse Wolfgang Heine, es bedauert habe, wegen eines Projektes in Stuttgart in der Versammlung nicht antreten zu können. Genosse Heine hatte gern vor den Genossen des Kreises seine Stellung zu den Verhandlungsgegenständen des Parteitages dargestellt. Er sei erbtig, dies in einer späteren Versammlung des Wahlvereins zu tun.

Nachdem Genosse Dimmid eine Uebersicht über die Tagesordnung der Provinzialkonferenz gegeben und den Organisationsentwurf für die Provinz Brandenburg („Vorwärts“ vom 3. Oktober) zur Kenntnis der Versammlung gebracht hatte, ohne daß jemand dazu das Wort wünschte, wählte man als Delegierte zur Konferenz die Genossen Engelicht, Loge und Gehrmann.

Die Berichterstattung über den Parteitag lag dem Genossen Wättner allein ob, da der eine Mitdelegierte, Genosse Wagner, an der Influenza erkrankt ist und der andere, Genosse Wuschil, total heiser war. Genosse Wättner beschränkte sich im wesentlichen darauf, in großen Umrissen die Verhandlungen und Beschlüsse des Parteitages zu skizzieren. Er glaubt behaupten zu können, daß die großen Fragen, die ihn beschäftigten, zur Zufriedenheit der über großen Mehrzahl der Parteigenossen erledigt worden seien. Was die spezielle Berliner Frage der Lokalisierung des „Vorwärts“ angeht, so hätten die Berliner darauf verzichtet im Interesse des Zustandekommens des neuen Organisationsstatuts. Die „Vorwärts“-Frage, hoffe er, werde auch so gut erledigt werden. Nach dem, was der Parteivorstand in der Richtung versprochen habe, würden Vorlesungen getroffen werden, die den Berliner Genossen einen größeren Einblick gestatteten. — Die Frage der Mailfeier fand nach einem vorzüglichen Referat Fischers durch die einstimmige Annahme der mit Zustimmung der Generalkommission gestellten Resolution eine für alle Beteiligten befriedigende Lösung. Eine Meisterleistung war die vierstündige breit angelegte Rede Wobels zum politischen Massenstreik. Trotz der vielfach auseinandergehenden Meinungen wurde die Resolution zu dieser für eventuelle Fälle ein neues Kampfmittel vorschlagenden Frage gegen wenige Stimmen angenommen. Auch die Erledigung des sogenannten Literatenstreites, dem in Wirklichkeit soziale Differenzen zugrunde gelegen hätten, hat den Redner befriedigt. Er erwartet davon Fortschritte nach der Richtung theoretischer Vertiefung. Zum Schluß sprach er nochmals seine Befriedigung über die Ergebnisse des Parteitages und über diesen selbst aus. Jetzt wäre es nun Pflicht der Genossen, energisch im Sinne der Beschlüsse des Parteitages zu wirken, insbesondere sich den Ausbau und die Stärkung der Organisation angelegen sein zu lassen. (Beifall.)

Auf eine Anfrage des Genossen Kräder, betreffend die Abstimmung des Delegierten Wuschil gegen die Resolution über den politischen Massenstreik, erwiderte Genosse Wuschil, bei seiner Deiserkeit laun verständig, daß er ohne gebundenen Mandat gewesen sei und den Mut gehabt habe, nach seiner Ueberzeugung zu stimmen. Er wünsche, daß im dritten Wahlkreis die Frage des Massenstreiks einmal für sich diskutiert werden möge.

Genosse Heilmann äußerte sich in längeren Ausführungen über die verschiedenen Verhandlungsgegenstände des Parteitages. Er ist besonders erfreut über den sachlichen ruhigen Verlauf des Parteitages. Er hoffe, daß dies in der Partei so bleiben möge bei Streitfragen und ein Dresden, das wegen seiner Debatte nicht als Jungbrunnen der Partei gelten könne, nie wiederkehren werde. Die Genossen müßten stets freundlich und brüderlich mit einander reden. — Zur jetzt angeklagten Reorganisation der Redaktion des „Vorwärts“ sieht Redner keinen Anlaß. Die Angelegenheit „Vorwärts“, „Neue Zeit“, „Leipziger Volkszeitung“ erachtet ihm durch den Kommissionsbericht auf dem Parteitage und durch dessen Beschluß vollständig erledigt. Die Art, wie jetzt die Redaktion des „Vorwärts“ geführt werde, finde seine vollste Billigung. Wenn eine Reorganisation notwendig wäre in der Parteipresse, dann nicht in erster Linie im „Vorwärts“. Der Bericht der fünfzehnerkommission habe absolut keinen Anlaß dazu gegeben. Wenn im Zentralorgan sich wirklich mal in gewissen Fragen neben der Wahrheit auch noch besonders die Minderheit äußere, wäre das gar nicht schlimm. Ein Zentralorgan, das ein richtiges Bild geben wolle, müsse allen Anschauungen, die innerhalb der Partei Raum hätten, auch innerhalb des Blattes Raum geben. — Von einer großen Begeisterung für die Mailfeier in heutiger Form ist Redner weit entfernt; er blüht die Gründe verschiedener Gewerkschaftsführer, die sich dagegen wandten, hält aber doch mit Rücksicht auf das einmal geschäftlich Gewordene den Beschluß des Parteitages für das in der gegebenen Situation allein richtige. Dagegen erachtet er die

Reflexion auf den politischen Massenstreik nach einträgiger Debatte für einen Fehler, wobei er die nötige Klärung vermisst. Er suchte dies eingehender nachzuweisen. Er geht davon aus, daß ein politischer Massen- oder Generalstreik ohne Muttergärten durch die Macht haben nicht in Deutschland möglich sei und daß er doch nur ein Mittel sein könnte, wenn es noch möglich wäre, Straßenkämpfe wie früher durchzuführen. Das sei aber ausgeschlossen. Im übrigen brauche gerade der, der ökonomisch-historisch denken gelernt habe, nicht allzu große Schreckgespenster der Entrechtung des Volkes sehen. Die Rechte, die in der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung Deutschlands begründet seien, könnten nicht ohne weiteres genommen werden. Wenn das so leicht wäre, hätte man uns längst das Reichstagswahlrecht genommen. Selbst wenn aber dies und jenes am heutigen Reichstagswahlrecht und am Koalitionsrecht gekürzt werden würde, könnte die stille Agitation — er erinnere an das Sozialistengesetz — doch niemals unmöglich gemacht werden. Die Resolution Wobels sei kein guter Schritt gewesen, möglich aber sei, daß sie unschädlich bleibe.

Genosse Gottfried Schulz wandte sich gegen Heilmann, dessen Ausführungen ihn ganz perplex gemacht hätten. Wenn es eben nicht mehr weiter gehe, dann müßten alle Mäder stillstehen. Wobbel meine auch nur, daß der Generalstreik das letzte Mittel sei.

Genosse Gehrmann: So nebenhändlich, wie Heilmann den Berliner Antrag auf Lokalisierung des „Vorwärts“ hinstellte, sei er durchaus nicht, denn sonst hätten nicht so viel Berliner dafür gestimmt. Es müsse anders werden. Trotz der Ablehnung hätten die Berliner einen Sieg erfochten, denn ihre Meinung solle mehr zum Ausdruck kommen, als bisher. Man stehe schon in Verhandlungen mit dem Parteivorstand, die die Regelung bezweckten. Heilmann sage, das Zentralorgan müßte alle Auffassungen bringen, auch die gegenteiligen. Ja, das ist nicht so war, seien ja zum Teil die Streitpunkte. Entweder seien andere Meinungen nur auszugswweise gebracht worden, oder mit stillen Polemiken.

Genosse Dr. Friedeburg schloß sich dem Vorschlag Wuschils an, in der nächsten Versammlung des Vereins einen Vortrag über politischen Massenstreik und Generalstreik halten zu lassen und dazu ein Referat. Hier wolle er nur erklären, daß er mit dem Jenaer Beschluß zufrieden sei insofern, als er darin ein Fortschreiten der von ihm vertretenen Ideen sehe. Er sehe aber doch nicht in dem politischen Massenstreik, wie er in Jena vertreten sei, das richtige, sondern noch wie vor in dem Generalstreik, wie er ihn propagiere, der sich dem anarchischen Generalstreik nähere und seinen Ausdruck finde in der Erklärung des Anarchosozialismus.

Heilmann erklärt gegenüber Gehrmann, daß er viele Parteiblätter lese und danach feststellen könne, es sei in Deutschland keine Parteizeitung, die jede Auffassung so loyal zu Worte kommen lasse wie der „Vorwärts“. Insbesondere erinnere er an den vollständigen Abdruck der Artikel Kautskys und der „Neuen Zeit“ und der Wehrings aus der Leipziger Volkszeitung. Die „Leipziger Volkszeitung“ dagegen habe aber nicht ein Wort gebracht von dem, was in der fraglichen Angelegenheit der „Vorwärts“ schrieb.

Genosse Kreplin führte aus, daß der Generalstreik in einem anderen Sinne auf dem Parteitage besprochen sei, wie es Heilmann nehme. Es sei durchaus nicht richtig, daß ein Generalstreik notwendig mit Straßendemonstrationen und Muttergärten verbunden sein müsse. Wobbel habe gerade darauf hingewiesen, daß bei einem Generalstreik Straßentrainees nicht notwendig seien, und dabei auf den Vergewaltigerstreik verwiesen. Der politische Massenstreik im Sinne der Beschlüsse von Jena sei nur zu verstehen als ein wirklicher Generalstreik.

Genosse Wättner: Die Gewerkschaften seien sehr wichtige Faktoren in der Arbeiterbewegung. Ihre jetzige Haupttätigkeit: die Forderung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, werde in Zukunft aber etwas beeinflusst werden durch die großen Kämpfe, die dem Proletariat bevorständen. Diese Kämpfe würden größer und heftiger sein als in den letzten 30 Jahren und würden den Charakter rein gewerkschaftlicher Kämpfe verlieren. Sie würden sich auswachsen zu Kämpfen um die Macht. Da seien neben starken gewerkschaftlichen auch starke politische Organisationen notwendig. Das meine die Resolution Wobels in erster Linie. Es sei auch nicht gesagt, daß der politische Massenstreik zu einem bestimmten Zeitpunkt einzutreten habe, sondern man solle die Kräfte revolutionieren und organisieren, damit im äußersten Moment eingegriffen werden könne. Heilmanns Deduktionen seien falsch. — Freilich schloß sich dem an.

Genosse Dietmer: Die Resolution Wobels sei so mit Eventualitäten gespickt, daß wir ruhig die Dinge an uns heran kommen lassen könnten. So seien übrigens die Verhältnisse nicht, daß man tagtäglich jahrzehntelang sich nur immer mit der Frage des politischen Massenstreiks beschäftigen und darüber anderes vergessen werde. Eine Schädigung in dieser Richtung sei nicht zu befürchten; dazu gäbe es denn doch in der Arbeiterbewegung zu vielerlei und bringendes zu tun. Die Frage des Generalstreiks aber in Wausch und Wogen mit ja zu beantworten, lehne er für seine Person vorläufig ab. Der wichtigste Teil an der Resolution Wobels sei der Aufruf zur Stärkung der gewerkschaftlichen und politischen Organisation. Und sehr richtig sei, daß infolge des Aufwandes der Frage wieder mal ein lebhafter Geist in die Massen der Genossen einbringe. Die Diskussionslust, die Lust zur theoretischen Vertiefung habe schöne Anregungen erfahren. Es sei ein empörender Zustand, daß die Arbeiterbildungsschule in den letzten Jahren mit so wenig Mitgliedern existieren mußte. Das werde hoffentlich besser werden. Als beweislose Behauptungen bezeichnet es Redner, daß angeblich von Gewerkschaftsführern kein Versuch gemacht werde, die Mitglieder mit sozialistischem Geist zu infizieren. Das geschehe sehr wohl. Weiter sagte er seine Meinung zu einer Reihe kleinerer Angelegenheiten, die den Parteitag beschäftigten. Die technische Herstellung der „Neue Welt“ rügte er als geradezu miserabel.

Nachdem Heilmann noch auf die Einwürfe gegen seine Ausführungen geantwortet und Kreplin die hohe Bedeutung der Bildungsfrage betont hatte, wurde gegen neun Stimmen folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden, insbesondere mit den Ausführungen des Genossen Wobels und seiner Resolution über den politischen Massenstreik.“ — Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Vierter Wahlkreis.

Der vierte Kreis hielt seine Versammlung im Gewerkschaftshaus ab. Die bevorstehende Provinzialkonferenz gab zu einer Debatte keinen Anlaß. Zu Delegierten wurden gewählt Goerke, Wächner und Schenk.

Ueber den Parteitag berichtete zunächst Warentin. Der Parteitag habe das größte Interesse bei den Genossen wachgerufen. Die Gegner seien allerdings gramam enttäuscht worden. Der Streit zwischen „Vorwärts“, „Leipziger Volksztg.“ und „Neue Zeit“ sei aus Rücksicht auf die Zeit des Parteitages in die Kommission verwiesen worden. Diese habe in ihrem Bericht keinen Zweifel darüber gelassen, daß dem Streite erste prinzipielle Differenzen zugrunde gelegen hätten. Das sei für uns Veranlassung, uns mehr mit prinzipiellen Fragen zu beschäftigen, damit alle Genossen reif werden, solche Differenzen richtig zu beurteilen. Ueber die Einwendungen, welche gegen das Organisationsstatut gemacht worden sind, bemerkte der Redner, daß es nicht so sehr auf den Nachhaken ankomme, als vielmehr auf den Geist, der es durchführt. Auch die Verhandlungen über die Mailfeier seien zum befriedigenden Abschluß gekommen. Diese sei historisch geworden und könne doch nicht nach Wunsch einzelner Gewerkschaftsführer wieder beseitigt werden. An uns sei es nun gelegen, den

*) Die neun Stimmen gegen die Resolution richteten sich nur gegen den zweiten Teil betreffend die Anerkennung des politischen Massenstreiks.

sozialistischen Geist in die Massen zu tragen. — Zentisch berichtete detaillierter über die einzelnen Punkte der Tagesordnung des Parteitag. Das Referat über den Organisationsentwurf habe ihn nicht in allen Punkten befriedigt. Die Berliner seien mit allen ihren Entwürfen unzufrieden. Sie hätten aber für Entlassung des Entwurfs des Organisationsentwurfes, da man von den Genossen aus Süddeutschland und Schleswig-Holstein, die nach Landesorganisationen verbunden sind, Opposition zu erwarten gehabt habe. Für die Streichung der §§ 29 und 30 habe er nicht gestimmt, da der Kreis keinen diesbezüglichen Antrag gestellt habe. Der § 15 sei eigentlich vom demokratischen Standpunkte nicht zu akzeptieren. Durch den neuen Organisationsentwurf erwachsen dem vierten Kreise bedeutende Konsequenzen, daß er nun auch eine einheitliche Organisation schaffen müßte. Nachdem Zentisch auf die Fortschritte der Partei hingewiesen, die im Klassenbericht und im Abonnementstand der Parteipresse zum Ausdruck kommen, und auf die bedeutende Differenz zwischen der sozialistischen Stimmzahl mancher Kreise, besonders auch in Süddeutschland, und der Zahl der organisierten Genossen aufmerksam gemacht hatte, behandelte er die Parteifrage, die durch den Kölner Gewerkschaftskongress ein eminentes Interesse erregt habe. Auf die Teilnehmer des Kongresses habe das Marx'sche Wort zugetragen, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein des Menschen bestimmt. Nur dadurch sei es zu erklären, daß Gewerkschaftsführer sagen könnten, die Gewerkschaft sei alles, die Partei nichts. Nebenher las eine Anzahl Sätze aus dem Referat von Bringmann bei Heller. Ein Parteigenosse kann nicht so sprechen. (Sehr richtig!) Wenn diese Worte auf der Tribüne den Munde entfliehen, ist das verzeihlich, wenn man sie aber unbedachtigt drucken läßt, so ist das doch sehr bedenklich. Hier sei der Beweis geliefert, daß einflussreiche Gewerkschaftsführer die Partei herabzusehen suchen. Richard Fischer habe ein sehr schäbliches Referat gehalten, das man bei seinem Temperament nur bewundern könnte. Robert Schmidt habe die Parteifrage dagegen nur vom rein rechtlichen Standpunkte behandelt. Ueber die Meinung Schmidts, daß es gut sei, daß die „Neue Zeit“ nicht viel Abonnenten unter den Arbeitern habe, wolle er öffentlich sein Urteil fällen. Wenn ein Reichstags-Abgeordneter das sagt, ist es doppelt bedauerlich. Wenn er Schmidt privatim antworten könnte, würde diesem die Antwort sicher nicht gefallen. Die angenommene Resolution habe keine enge Fassung bekommen, weil sonst verschiedene Parteigenossen aus wirtschaftlichen Gründen ihr nicht immer folgen könnten. Das Referat wurde mit Beifall aufgenommen. Darauf referierte

Kupfer über die Verhandlung des Massenstreiks. Sie sei der Höhepunkt des Parteitages gewesen. Das ausgezeichnete Referat Webels sei auch dadurch nicht beeinträchtigt worden, daß einige Redner recht kleinliche Bemerkungen daran geknüpft hätten, u. a. auch Sidelum mit der Frage, an welchem Nachmittag der Massenstreik losgehen sollte. Durch die Resolution sei der Massenstreik unter unsere Kampfmittel aufgenommen worden, unsere Pflicht sei es, ihn zu diskutieren und zu propagieren. (Bravo!)

In der Diskussion sprach zunächst Eugen Bräuner: Viel von der literarischen Diskussion sei Gehört gewesen. Es gebe manche Leute, die einen jeden Genossen niederhumpeln möchten, der eine andere Meinung habe. Aus der Fünfzehnerkommission habe die „Volkszeitung“, jedenfalls von einem Vertrauten, er beurteile den Verräter, die Mitteilung gebracht, daß Kautsky und Mehring gegen einen angeblichen Artikel Eisners polemisiert hätten, den Kautsky vor 13 Jahren selbst geschrieben habe. (Rufe: „Unwahr!“) Ich halte es vorläufig für wahr. (Lunche.) Von einer Neutralitätsdekret der Gewerkschafter könnte keine Rede sein. Wer von einem Verzicht des Klassenkampfstandpunktes angesichts der letzten großen Kämpfe, der hohen Aufwendungen für Streiks und des gewaltigen Kampfes in der Elektro-Industrie reden könnte, sei mit Binden vor den Augen durch das wirtschaftliche Leben gegangen. (Lebhafte Zwischenrufe. Rufe: „Auspehrung! Auspehrung!“) Die Gewerkschaften seien der Partei nicht in den Weg getreten, der Bortourf Jubels gegen die Arbeiter in der Mark Brandenburg treffe nicht zu. Die Parteifrage des Gewerkschaftskongresses lasse ja alles beim alten bis zum internationalen Kongress. Der Parteitag habe es auch nicht allen Genossen zur Pflicht machen können, zu feiern, da er auch mit den wirtschaftlichen Verhältnissen rechnen müßte. Während der Rede herrschte große Unruhe. Der Vorsitzende bittet, die Zwischenrufe zu unterlassen. Bezüglich des Massenstreiks habe man in Köln nur beschlossen, in Veräußerung der Tatsache, daß die Verhältnisse die Taktik regeln, sich nicht vorherein auf eine bestimmte Taktik festzulegen. Aus der Rede Bringmanns dürfe man nicht einzelne Sätze aus dem Zusammenhang reißen. Es könnte kein Gegenstand konstituiert werden zwischen Partei und Gewerkschaft, da in beiden Organisationen viel von denselben Personen ständen. (Lebhafte Rufe „Führer!“) Er unterstreiche das Wort Webels, wenn wir vorwärts kommen wollten, müßten wir vor allem organisieren und agitieren. (Beifall.)

Ernst Bräuner: Er sei der Meinung, daß der Zeitungsstreik literaturgemäß gewesen sei. Ob denn Kautsky der Meinung sei, daß er die Massen aufklärt habe durch die Diskussion in der „Neuen Zeit“. Man solle vgr allen Dingen populärer schreiben, dann würden die Genossen auch Lust zu prinzipiellen Erörterungen bekommen. Richard Fischer habe im Parteireferat einen eigenständigen Standpunkt eingenommen, als er meinte, daß nicht jeder Parteigenosse gewerkschaftlich organisiert sein könnte. Robert Schmidt habe sachlicher gesprochen als Fischer, Frau Riez oder Rosa Luxemburg. Man habe in der Parteifrage immer ein Ideal gesehen, aber die Verhältnisse seien stärker, trotzdem man nun 15 Jahre dafür gearbeitet habe. (Rufe: „Gegen!“ „Führer!“) Es müßte möglich sein, zwischen der Vertretung der modernen Arbeiterbewegung und der Partei eine Verständigung in der Parteifrage herbeizuführen. Redner bezweifelte, daß die Generalkommission der Parteitagresolution ihre Zustimmung erteilt habe. In den Gewerkschaften würde ständig gearbeitet für den Klassengedanken. (Lunche.) Manche Parteigenossen seien dagegen nicht zu bekommen, wenn sie den Mitgliedern die Theorie übermitteln sollten. Aus dem Referat Webels über den politischen Massenstreik habe er viel gelernt, aber Webel sei nicht auf die Konsequenzen eingegangen. Webel müßte doch zugeben, daß man in internationalen Kreisen nur darauf wartete, die Arbeitermassen vor die Bononette zu treiben. Es sei viel der Versuch Webels zuzuschreiben, daß manche Parteigenossen dem Massenstreik zugestimmt haben. Die Propagandierung des Massenstreiks sei heute unmöglich. Man könne solche Mittel nicht plötzlich festlegen. Es gebe in beiden Kreisen noch gewaltig an der Aufklärung. Wenn es sich jeder zur Pflicht machte, ein Agitator für seine Sache zu sein und seine Söhne zu Klassenkämpfern zu erziehen, so könnte und die Reaktion nicht mehr niederschlagen. (Beifall.)

Ernst Bräuner: In der Diskussion über den Organisationsentwurf nicht befriedigt. Bezüglich der Parteifrage dürfe man sich nicht der Illusion hingeben, daß keine Gegenstände zwischen Partei und Gewerkschaft vorhanden sind. Letztere behandeln die Parteifrage von einem anderen Standpunkte als wir. Charakteristisch sei es auch, daß manche Gewerkschaftsredaktoren prinzipiell keine Parteifrage bringen. Dem Streik Kautsky, Mehring und Eisners haben sachliche Momente zugrunde gelegen und seiner Meinung nach sei das Recht mehr auf Seiten Kautsky's gewesen. Allerdings sei er nicht damit einverstanden, daß man die Sache stillschweigend übergehen habe. Im allgemeinen habe der Parteitag gute Arbeit geleistet. (Bravo!)

Woytsch: In den literarischen Streitigkeiten sei Sachlichkeit und Gehört durchgehandelt worden. Er sei nicht so optimistisch, um anzunehmen, daß sie nun aufgehört werden. Die Masse der Partei habe daran aber keinen Gefallen. Das Schlimmste an der Parteifrage sei, daß man sie habe. Die Gewerkschaft nur und nicht die Partei habe heute dafür die Verantwortung und Unterstützung der Forderungen bei Maßregelungen. Sie sei darum auch in einer schwierigen Lage. Wenn aber die Feiler auf den Abend verlegt würde, so müßte sie einschlagen. Man solle alle Einwendungen ehrlich prüfen und bis zum internationalen Kongress einen Modus finden, vielleicht in der Form, daß die Partei einen Teil der Unterstützung übernehme. Das Referat Bringmanns habe er ganz gelesen. Er wolle ihn die Parteizugehörigkeit nicht

absprechen, aber es befänden sich bedauerliche Entgleisungen darin. Man dürfe nicht einseitiger Gewerkschaftler sein, sondern müsse sich durchdringen fühlen von der Notwendigkeit sozialistischer Aufklärung. Das Referat Webels über den Massenstreik könne man nur unterschreiben. Die Resolution dürfe nur nicht so ausgelegt werden, daß nur der Massenstreik propagiert werden solle. Er könne den großen politischen Führern den Vorwurf nicht ersparen, daß sie die Arbeiterklasse vielfach überschätzen. Nur durch Aufklärung könne sie dahin gebracht werden, den Massenstreik richtig anzuwenden. In den Gewerkschaften müsse der sozialistische Gedanke mehr gepflegt werden. Partei und Gewerkschaft seien gleich wichtig für den Klassenkampf. (Bravo!)

Nach dieser Rede wurde ein Verlagsantrag eingebracht mit der Begründung, daß bisher nur Vertreter der Gewerkschaften gesprochen haben und den anderen Diskussionsrednern dadurch die Möglichkeit genommen worden ist, noch an diesem Abend ebenso ausführlich zu sprechen wie die Vordredner. Die Rednerliste wies noch eine stattliche Anzahl Redner auf und so wurde die Versammlung einstimmig vertagt.

Fünfter Wahlkreis.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die im Allen Schäferhause tagte, war leider nicht so zahlreich besucht, wie man das der Tagesordnung entsprechend hätte erwarten können. Zunächst verlas der ständige Lepmann die Namen von 16 Personen, die sich seit der vorigen Versammlung zur Aufnahme gemeldet hatten. Gegen eine der Aufnahmen wurden später Einwendungen erhoben, die der Vorstand prüfen wird. Dann teilte der Vorsitzende mit, daß eines der ältesten Vereinsmitglieder, der Parteigenosse Max Lindemann vor 14 Tagen verstorben ist; die Anwesenden ehrten sein Andenken durch Erheben von den Plätzen.

Ueber die Aufgaben der Brandenburger Provinzialkonferenz sprach Genosse Davidsohn. Er wies zunächst darauf hin, daß in der Veröffentlichung der Tagesordnung im „Vorwärts“ insofern ein Fehler enthalten ist, als die Konferenz mit Rücksicht auf die betonte polizeitechnische Auffassung nicht um 10 sondern erst um 12 Uhr beginnen wird. Der Redner hob dann hervor, wie wichtig die zur Verhandlung kommende Landarbeiterfrage, und wie nicht minder wichtig die Beratung der Organisationsfrage und die Beschlüsse darüber sein werden. Nachdem er die hauptsächlichsten Bestimmungen des Statutenentwurfes erläutert hatte, sprach der Redner die Erwartung aus, daß durch die Annahme des Entwurfes endlich etwas Festes, Dauerndes für die Organisation geschaffen werde. — Als Delegierte zur Konferenz wurden einstimmig die Genossen Bernhard Wolf, Robert Fischer und Ehrhardt gewählt.

In der Berichterstattung über den Parteitag teilten sich die beiden Delegierten in der Weise, daß Wolf über alle Punkte mit Ausnahme der Parteifrage und des politischen Massenstreiks berichtete und diese beiden Punkte dem Genossen Davidsohn überließ.

Genosse Wolf bemerkte einleitend, daß die Hoffnungen der Gegner der Partei werde ein „Jena“ für die Partei werden, zu schanden geworden seien; innerlich gestärkt und gefestigt habe die Partei da. Der Bericht des Parteivorstandes habe kaum Veranlassung zu irgendwelchen wichtigen Einwendungen gegeben; mit Genugung könne man auf die Steigerung der Opferwilligkeit der Parteigenossen hinweisen. Was den Antrag der Berliner Parteigenossen, die Weltpolitik auf die Tagesordnung zu setzen, betreffe, so habe gerade auch Webel in seiner Begründungsbeweis, wie außerordentlich wichtig die Erörterung dieser Frage gewesen wäre. Nur der Kot gehörend hätten die Berliner Delegierten sich entschlossen, den Antrag fallen zu lassen. Auf die Beschlüsse über das neue Organisationsstatut eingehend bemerkte der Redner, daß gerade der fünfte Kreis einer derjenigen gewesen sei, der hinsichtlich der neuen Gliederung der Partei auf der Grundlage der sozialdemokratischen Vereine dahnbrechend vorgegangen sei. Der Redner beschloß sich sodann mit den wichtigsten der neuen Bestimmungen. Daß der Antrag, den „Vorwärts“ zum Zentralorgan der Berliner Genossen zu gestalten, in der Kommission begraben wurde, bedauerte er. Die Gründe, die der Parteivorstand mit so großer Schärfe dagegen vorgebracht habe, könne er nicht als stichhaltig anerkennen. Durch ein an alle Parteiblätter zu versendendes Korrespondenzblatt würde der Parteivorstand besser in den Stand gesetzt werden können, auf tatsächliche Fehler in der Presse hinzuweisen und seiner Auffassung Geltung zu verschaffen, als durch das Zentralorgan. Damit sollten selbstverständlich die Redaktionen der einzelnen Parteioorgane nicht des eigenen Denkens und Arbeitens entbunden werden. Im allgemeinen aber könne man sich, obwohl jener Antrag nicht angenommen sei, mit dem Organisationsstatut einverstanden erklären. Die Art der Erledigung der Parteifrage auf dem Parteitag bezeichnete der Redner als eine recht glückliche. Kamentlich sprach er seine Genugung darüber aus, daß die ungefähr 80 Berichtersteller bürgerlicher Blätter auf diese Weise um eine mit Spannung erwartete Sensation gebracht wurden. Eine Behandlung der Angelegenheit im Plenum hätte bei der Schwierigkeit und Vielseitigkeit der Fälle nur Verwirrung herbeigeführt, wäre zu einem Gehäß von literaten ausgeartet, ohne ein brauchbares Ergebnis zu zeitigen. Das Wichtigste in der angenommenen Resolution sei, daß den Parteigenossen nahegelegt werde, bei Parteidebatten stets das Parteigefühl und nicht andere Empfindungen überwiegen zu lassen. Theoretische Diskussionen seien notwendig, sie geben erst die rechte Grundlage für die praktische Arbeit in der Partei, dürften aber nicht in Plöhmereien ausarten. Man solle aber solche Fragen in der Tagespresse in populärer Form behandeln. Von den 90 000 Abonnenten des „Vorwärts“ hätten wohl kaum 500 die Parteidebatten mit der „Leipziger Volkszeitung“ verfolgt, noch richtiger verfolgen können. Nachdem der Redner noch kurz erwähnt hatte, daß der Antrag Davidsohn's zur Alkoholfrage ein Ergebnis erster Klasse erfahren habe, der Antrag des fünften Kreises auf Gründung eines internationalen Korrespondenzblattes aber nicht die zur Verhandlung nötige Unterstützung gefunden hatte, bemerkte er zum Schluß, daß der Parteitag mit allgemeiner großer Begeisterung die Nachrichten von der Eisener Reichstagswahl und von der Wahl eines Vertreters zum sächsischen Landtag aufgenommen habe.

Hierauf nahm Genosse Davidsohn zu seinem Bericht über die Parteifrage und die Generalstreikfrage das Wort. Er hob hervor, daß der fünfte Kreis seine beiden Delegierten in dieser Hinsicht mit einem gebundenen Mandat seinerlei Versammlung zuzustimmen, versehen hatte. Die Parteifrage sei nun diesem so abgefaßt worden, daß nicht nur sie, sondern auch der Abgeordnete des Kreises, Genosse Rob. Schmidt, dafür stimmen konnten und dafür stimmten. Der Redner erläuterte diese Resolution in ihren einzelnen Abschnitten und ihrer gesamten Bedeutung und hob es als ganz besonders erfreulich hervor, daß Genosse Fischer dem alten, bekannten Teil seiner Resolution einen so kräftigen neuen Passus vorangestellt habe. Man müsse die Rede Fischers gehört haben, um den stürmischen Beifall, der ihr folgte, und die Entschiedenheit der Annahme der Resolution zu verstehen. Besonders beachtenswert sei es auch, daß Fischer, indem er seine Ansichten über die Parteifrage darlegte, hinzugesagt, daß man diejenigen Parteigenossen, die etwas anderer Meinung seien, nun keineswegs deswegen als minder gute und opferfreundliche Genossen ansehen dürfe. In überaus loyaler Weise habe der Parteitag dann dem Genossen Robert Schmidt zu einer ausführlichen Darlegung seiner Ansichten Redezeit gewährt. Schmidts Position in der Debatte sei zu Anfang durchaus nicht ungünstig gewesen, er habe sie dann aber verfehlter durch seine Bemerkungen über die „Neue Zeit“, mit denen sich auch die Genossen des fünften Kreises nicht einverstanden erklären konnten. Ganz besonders wichtig sei, daß die Generalkommission der Gewerkschaften und der Parteivorstand sich über Form und Inhalt der Resolution geeinigt hätten. Ueber die Massenstreik-Resolution sagte Redner, daß es Regien, Schmidt und den auf ihrer Seite stehenden Genossen nicht gelang, die „Neue Posten“ aus der Webelschen Resolution herauszulassen.

Webel habe in seiner vierstündigen, einen unendlich weiten Rahmen umspannenden Rede wohl nicht immer und überall das Richtige getroffen. Aber man habe diese Rede mit dem Gefühl aufgenommen, sollten die in der Resolution erwähnten Zustände eintreten, alle Parteigenossen ihren Mann stehen werden. Besser sei es wohl gewesen, wenn dem Genossen Schmidt zu dieser noch wichtigeren Frage, statt zur Parteifrage, eine Stunde Redezeit gewährt worden wäre. Man dürfe nun aber nicht glauben, daß alle die, welche für die Resolution stimmten, auch begeisterte Anhänger der Massenstreikidee seien. Ueber manche Delegierte, die jahrelang dagegen gewesen seien, habe man sich wundern müssen, als sie nun plötzlich mit einem schächtleren Ja stimmten. Auch sei nicht anzunehmen, daß etwa die Genossen, die mit Nein stimmten, nicht, wenn der Gedanke der Resolution einmal vertieft würde, ihr Alles einsehen würden, um dem Proletariat zum Siege zu verhelfen. Im allgemeinen müsse man sich freuen, daß der Parteitag so war, wie er war, und auch in dieser Hinsicht einen konsequenten und scharfen Ausdruck gemacht habe.

Die Diskussion, die nun folgte, bezog sich größtenteils auf die Angelegenheiten der Presse und den Streit zwischen „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“.

Genosse Rohrmann erklärte sich damit einverstanden, daß der „Vorwärts“ Zentralorgan bleibe, aber nicht ganz einverstanden mit dem Beschluß der Fünfzehner-Kommission, durch den die Diskussion über die bekannten Streitigkeiten abgehauen werden sei. Der „Vorwärts“ habe mit Recht und in der Abwehr gegen die „L. V.“ gehandelt. Redner wünscht dringend, daß der Beschluß der Kommission nun auch befolgt werde. Die Reuerungen Schmidts über die „Neue Zeit“ seien nicht ganz unberechtigt.

Genosse Scholz ist über den Pressestreit entgegengesetzten Ansicht. Man glaube einseitig das, was im „Vorwärts“ darüber berichtet wurde. Ohne Kot sei die „Volksz.“ gereizt worden. Der Beschluß des Parteitages beweise, daß der „Vorwärts“ nicht so ganz recht gehabt hat; er sei schlechter dabei weggekommen.

Genosse Hirschfeld hält den Ton der „Volksz.“ nicht für richtig. Besser wäre es, wenn all diese theoretischen Streitigkeiten aufhörten, wenn diese Genossen doch lieber in die ländlichen Wahlkreise gehen und agitieren möchten.

Genosse Friedmann wundert sich, daß manche Artikel des „Vorwärts“ so ganz ohne Widerspruch geblieben seien, und versteht nicht, wie man über die ganze Streitfrage und die so sachlichen Artikel Kautsky's als Parteigegner aburteilen könne. Die Berliner Parteigenossen müßten sich mehr mit der Theorie befassen. Man müsse die „L. V.“ und den „Vorwärts“ lesen, um sich ein eigenes Urteil zu bilden. Die Artikel seien allerdings zu lang. Es könnte alles kürzer ausgedrückt werden, damit es den Genossen überhaupt möglich werde, solchen Diskussionen in der Presse zu folgen.

Genosse Wolf erklärte, die Auffassung, daß die „L. V.“ gerade als Sieger aus dem Streite hervorgegangen wäre, sei nicht richtig. Er habe den Eindruck gewonnen, daß die Kommission sei unparteiisch geurteilt habe. Der Ton der Parteidebatten sei im allgemeinen beurteilt worden. Zum Beweis dafür verlas der Redner die betreffende Resolution.

Genosse Ehrhardt findet, daß manches Beherzigenswerte in den polemischen Artikeln gefunden habe, manches, was für die Berliner Parteigenossen von großem Vorteil war. Heute schon bringe der „Vorwärts“ Artikel, die viel besser als die früheren seien. Die Diskussionen hätten schon ihre Wirkung getan, so daß man damit zufrieden sein könne.

Genosse Wolf bemerkte, auch in der Pressekommision sei man keineswegs mit dem „Vorwärts“ immer zufrieden gewesen, und das sei auch dort zum Ausdruck gebracht.

Genosse Herzer äußerte zur Frage des Massenstreiks, daß noch viel mehr Aufklärung nötig sei, um ein solches Kampfmittel mit Erfolg gebrauchen zu können. Webel habe allzu stark aufgetragen. Er, Redner, glaube nicht, daß die Massen, die doch zum Teil so schwer zu bewegen seien, bei den Wahlen ihren Stimmzettel abzugeben, so leicht für einen solchen Streik zu haben seien. Auch müsse man sich bei einer solchen Aktion sehr in acht nehmen vor der Art von Leuten, die da hinterher laufen, wenn die Sache auszieht. Es sei leicht gesagt, 14 Tage hungern, aber keiner könne es, und auch die Familie müsse ja mit hungern.

Genosse Kitter findet, daß Webel ganz recht hatte, als er in jenen Worten ausdrückte, daß man Entbehrung tragen müsse und werde, wenn es Grobes zu erreichen gelte. Man sage wohl, nicht alle würden am Generalstreik teilnehmen; wenn aber das Gefühl der Rechtlosigkeit, das Gefühl, daß es darauf ankomme, unsere Rechte zu verteidigen, die Masse ergreife, dann sei gewiß, daß keiner, der für den Sozialismus bisher ehrlich gekämpft habe, zurücktreten werde.

Genosse Rohrmann bezeichnete den Genossen Scholz als fanatischen Anhänger der „L. V.“ Redner erklärte, daß er nun mehrere Wochen die „L. V.“ gelesen habe, und er müsse der Legende entgegengetreten, daß sie das beste Blatt sei. Er müsse sagen, daß der „Vorwärts“ viel besser und dienlicher schreibe. Wer jene polemischen Artikel richtig gelesen habe, werde wohl wissen, wer der Hauptstänker war.

Genosse Scholz trat der Ansicht Herzers über die Massenstreikfrage entgegen. Es handle sich ja augenblicklich noch nicht um den Streik selbst, sondern zunächst um die Propaganda. Der gegenwärtige Kampf in den Elektrizitätswerken habe übrigens auch bewiesen, wie in Leuten, von denen man es durchaus nicht erwarten konnte, plötzlich ein instinktives Klassengefühl die Oberhand gewann, so daß sie sich mit ihren Massengenossen solidarisch erklärten. So werde es auch bei einem Massenstreik sein.

Genosse Warte meint, daß bei dem Streite zwischen „L.“ und „L. V.“ wohl auf beiden Seiten parteiisch vorgegangen worden sei. Mit der Resolution kann man zufrieden sein. Die theoretischen Artikel müßten so abgefaßt sein, daß einem das Lesen nicht durch Schimpfereien vereitelt werde. Durch die Kommissionsberatung sei die Sache in sehr glücklicher Weise erledigt worden. — Um als Beispiel für den Erfolg des Massenstreiks zu dienen, dazu dauere der Kampf in den Elektrizitätswerken denn doch noch nicht lange genug, man müsse erst den Ausgang desselben abwarten. Bei dieser Frage müsse man bedenken, daß doch erst ein geringer Teil des Proletariats organisiert sei und daß gerade das deutsche Unternehmertum zur Anwendung der allergemeinsten Mittel bereit sein würde. Besser sei es, wir suchten auf ruhigem Wege vorwärts zu kommen, und Klarheit über die ökonomischen und organisatorischen Kräfte zu verschaffen.

Hierauf wurde um 1/2 12 Uhr ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

In seinem Schlusswort antwortete Genosse Davidsohn auf verschiedene seiner Meinung entgegenstehende Äußerungen über den politischen Massenstreik und sprach sich mit Begeisterung über dieses Kampfmittel aus, was starken Beifall hervorrief.

Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß der Reichstags-Abgeordnete Schmidt in allen Abteilungen des Vereins über die Massenstreikfrage referieren wird, so daß auf diese Weise allen Mitgliedern Gelegenheit zu gründlicher Aussprache darüber gegeben wird. Wie Genosse Wasser bemerkte, wird der erste Vortrag Schmidts am nächsten Mittwoch bei Schulz, Vorkortstr. 15, für die erste Abteilung abgehalten.

Der Vorsitzende forderte zu eifriger Beteiligung an der Flugblattverbreitung am Sonntag auf.

Im sechsten Kreise

wurde die Berichterstattung vom Parteitag in einer außerordentlichen Generalversammlung vorgenommen. Zum ersten Punkt, Wahl von Delegierten zur Provinzialkonferenz, erstattete Mars zunächst den Bericht von der Konferenz zur Ausarbeitung eines Organisationsstatutes für die Provinz Brandenburg. Redner legt dar, daß erfreulicherweise das Mitstrahlen der Provinzdelegierten, das noch im vorigen Jahre in der Kommission vorhanden war, gesunken sei. Der im „Vorwärts“ veröffentlichte Entwurf habe einstimmige Annahme gefunden; die aus der Provinz gestellten Anträge zu dem Entwurf seien zurückgezogen worden. Die von der

Kreisbesprechung vorgeschlagene Genossen Heinrich Meißner, Hermann Guttman und Max Richter werden als Delegierte zur Provinzialkonferenz gewählt.

Die Berichterstattung vom Parteitage hatten sich die Delegierten geteilt. Präsidialer behandelte das neugegründete Organisationsstatut. Die auf dem vorjährigen Parteitage gewählte Kommission, zusammengesetzt aus Vertretern aller Landesparteien, hatte sich in mehreren Sitzungen mit der Schaffung des Organisationsstatuts beschäftigt; aber doch kamen zum diesjährigen Parteitage eine Menge von Anträgen, ein erfreulicher Beweis für das rege Interesse der Parteigenossen allerorts. 3 1/2 Tage hatte sich auf diesem Parteitage die Kommission mit der Durchberatung der Abänderungsanträge zu befassen. Im wesentlichen ist jedoch der Entwurf so geblieben, wie ihn die Kommission dem Parteitage zur Annahme empfohlen hatte. Nebenher erläuterte eingehend die einzelnen Paragraphen des Statuts. Es sei nicht möglich gewesen, den von Berlin gestellten Abänderungsanträgen Rechnung zu tragen. Die Hauptpunkte: Gliederung der Organisation und Regelung der Beitragsleistung, seien in der Kommission scharf bekämpft worden, allein die Mehrheit der Kommission einigte sich schließlich auf die jetzige Fassung. Gegen die Anträge, die eine gewisse proportionale Verteilung auf dem Parteitage verlangten, wurde eingewandt, daß diese Forderung zwar sehr bescheiden sei, aber dann müsse erst über die Uebernahme der Delegationskosten auf die Parteiliste beschlossen werden. Ebenfalls war es möglich, eine Änderung in der Verteilung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitage zu erreichen. Der Antrag der Berliner, der die Möglichkeit einer größeren Einwirkung auf die Gestaltung der Tagesordnung verlangt, fand dahin seine Erledigung, daß dem Parteivorstande anheim gegeben wurde, bei fristigen Punkten Korrekturen zu ernennen. Ablehnung fand gleichfalls der Antrag der meisten Berliner Kreise, den „Vorwärts“ den Berliner zum Lokalorgan zu geben, damit eine größere Einwirkung auf die Haltung des Berliner Genossen gewährt ist. Dagegen hat sich der Parteivorstand bereit erklärt, den Wünschen der Berliner Genossen in betreff der Haltung des Blattes weitgehend entgegenzukommen. Wenn wir unsere speziellen Wünsche nicht vorangestellt haben und für ein Blocc-Annahme des Statuts eingetreten sind, so haben wir es getan in der Ueberzeugung, daß wir mit diesem Organisationsstatut einen großen Schritt vorwärts kommen, da wir den Hauptwert in der Gliederung der Organisation erblicken.

Ernst gab den Bericht aus der Kommission, die sich mit den Polemiken und Differenzen zwischen „Vorwärts“, „Leipziger Volkszeitung“ und „Kantisch“ beschäftigt hatte. Er wünschte, daß allen Parteigenossen die Möglichkeit geboten worden wäre, diese Ausführungen anhören zu können, die bei aller Schärfe in strenger Sachlichkeit von statten gingen. Wäre die Diskussion in der Presse immer so geführt worden wie in der Fünfeckerkommission, dann wäre sie ein großer Gewinn für die theoretische Vertiefung der Partei gewesen. Die Kommission hat ihre Aufgabe nicht so eng umgrenzt, nur zu unteruchen, ob der Ton, der in den Pressepolemiken durchklang, immer der richtige war. Wir mußten den sachlichen Kern der Differenzen herausheben, ob die Polemiken sich in den Grundfragen bewegen, die in der Dresdener Resolution festgelegt sind. Den Ausgangspunkt der Differenzen gab der Artikel des „Vorwärts“ über die Professoren der Genossen Roland-Holt. Hier vertrat nach Ansicht Kantischs der „Vorwärts“ eine Auffassung, die eine Diskussion über den Massenstreik für überflüssig erklärte. In der Kommission standen sowohl Kantisch wie Eisner von ihren verschiedenen Standpunkten aus auf der Höhe. Gegenüber der Auffassung des „Vorwärts“ über die russische Revolution, die die Taten Einzelner besonders hervorhob, vertrat Kantisch den Standpunkt, daß nicht die Taten der Einzelnen in Betracht kommen, sondern daß man der gesamten Volksbewegung mehr Bedeutung beilegen müsse. Im Gegensatz zum „Vorwärts“, der dem Dresdener Parteitag keine Bedeutung beilegte und nur das persönliche Gezänk bedauerte, wies Kantisch die Wichtigkeit der Dresdener Tagung für die prinzipielle Klärung der Parteigenossen nach. Nicht literarischer Natur war es, das die Gemüter in der Presse erhitze, sondern tiefe sachliche Gegensätze. Wir waren in der Kommission der Meinung, daß Parteidiskussionen notwendig sind, daß aber diese Diskussionen nicht ausarten dürfen. Als die Genossen sahen, wie diese Artikel von den Gegnern ausgeschlachtet wurden, hätten sie ruhig werden müssen; man muß auch in der Diskussion Maß und Ziel kennen. Daneben muß aber jeder in unserer Partei das Recht haben, sachliche Kritik über zu können. Die Aufgabe unserer Redakteure muß es sein, Klarheit in den Köpfen der Genossen über die Aufgaben und Ziele unserer Bewegung zu schaffen. Nicht theoretische Diskussionen sollen aus der Bewegung verschwinden, wohl aber sollen pro gram matische Erörterungen nicht in der Tagespresse, sondern in der „Neuen Zeit“ erscheinen.

Die Resolution der Fünfeckerkommission spricht auch von den Pressekommisionen und deren Beizung. Nicht Literaten, wie es vielleicht den Anschein hat, sollen in diesen Kommissionen sitzen, wohl aber Arbeiter, die sich Kenntnisse angeeignet haben, und die einen klaren Blick für das Notwendige im Interesse der Partei besitzen. Man läßt sich manchmal über die Kleinarbeit, über die schlechte Orthographie der Genossen. Sollen doch diejenigen, die seitwärts stehen und lächeln, sich in Reih und Glied stellen und Besseres leisten. Hoffen wir, daß auch nach der Resolution gehandelt wird. Diese Auseinandersetzungen waren nützlich, denn sie haben unsere Waffen zur Befreiung des Proletariats geschärft. (Redakter Weisall.)

Ueber die samigen Tagesordnungspunkte des Parteitages referiert K r i s t n. Die Debatte über die Waise hat gezeigt, daß die Genossen die Stellungnahme der Gewerkschaftsführer zu dieser Frage nicht billigen. Die Annahme der Resolution machte es den Genossen zur Pflicht, nun auch eifrig eine würdige Waise für zu propagieren, die Arbeiterkrise, da wo es möglich, zur Geltung zu bringen. Zum Punkte Massenstreik haben wir ja schon Stellung genommen. Leider sei es eine Tatsache, daß die Unternehmer mehr Massenbeweistsein haben wie die Arbeiter. Das gegenseitige Befehlen der Arbeiter ist wie ein nicht notwendig. Schaffen wir Klarheit in den Köpfen, dann können wir sagen: Reiz auf zum fröhlichen Kampf!

In der Diskussion wendet sich K a s c h e w s k i gegen den Ausspruch Richard Fischers, daß es nicht als unbedingt notwendig für sich als Geschäftsführer erachtet, dem Vorkämpferverband anzugehören.

G u t t m a n n spricht zu den Ausführungen Ernsts, die einen Reiz mit der bisherigen Praxis bedeuten. Leider lege man der Theorie zu wenig Bedeutung bei. Bisher habe man immer der Kleinarbeit das größte Gewicht zugeschoben.

Ernst wendet sich gegen die Ausführungen Kaschewskys. Durch die Verhältnisse sei es bedingt, daß die meisten unserer Führer ihren speziellen Gewerkschaftsorganisationen entfremdet seien. Es sei auch wichtig, wenn Guttman sage, daß wir der Theorie zu wenig Bedeutung beilegen. Wenden müsse man sich aber gegen Pseudowissenschaft, daß Genossen, die viel gelesen und das Gesehene nicht verdaut haben, über Theorie sprechen. Nicht nur wer viel gelesen hat, sondern wer ein klares Urteil hat, gehöre in die Pressekommisionen.

K a l t e r ist mit der Ablehnung der Berliner Anträge einverstanden. Es sei falsch, daß den Anträgen bei der Veröffentlichung von den Genossen keine Begründung beigegeben werden könne. Die Stellung zur Waise sei eine befriedigende. Das Fallenslassen der Arbeiterkrise wäre die tiefste Verbeugung, die wir vor der Kapitalistenklasse machen könnten.

N i e t z s c h e polemisiert gegen die Ablehnung der proportionalen Vertretung, die durchaus nicht eine Uebernahme der Delegationskosten auf die Parteiliste bedeute. Es scheine ihm, als wenn man diejenigen, die die Waise schwächen wollen, mit Glacéhandschuhen anfasse. Bei dem Referat Webers über den Massenstreik, das ja vorzüglich war, konnte man doch zum Schluß das „Wein“ herausheben. Der Massenstreik werde nicht lange auf sich warten lassen; er wird uns ausfloktropiert werden. Dann müssen wir getüftelt sein, daß der Satz „Alle Hände strecken still“ zur Wahrheit wird.

W e i t z e w e n d e t sich gegen die Ablehnung der Kommunalisierung des „Vorwärts“. Dieser alte Wunsch der Berliner wird immer wieder kommen. Er sei der Auffassung, daß die Pressekommision nicht die Macht habe, die ihr zustehen müsse. Mit

dem Verlauf des Parteitages könne man einverstanden sein. Unsere heiligste Pflicht sei es, die in Jena gefassten Beschlüsse zur Durchführung zu bringen.

E r n s t gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß dieser Parteitag einer der besten war. Nebenher findet einen Widerspruch in den Ausführungen Webers über die Kommunalisierung des „Vorwärts“ und den Ausführungen des Parteivorstandes, der von Ueberzeugung mit diesem Antrage spreche. Bei der Abstimmung über den politischen Massenstreik habe sich der Gegenstand unter und gezeigt. Gewerkschaftler waren es, die gegen die Resolution stimmten. Wirken wir darauf hin, daß die Gewerkschaftsführer sich diese Resolution zur Richtschnur nehmen.

K r i s t n ist mit der Tätigkeit der Delegierten wie mit dem Verlaufe des Parteitages einverstanden.

L e d e b o u r meint, daß es ein Verstummen sei, daß nur Gewerkschaftler gegen die Resolution Webers gestimmt haben. Wäre der Gewerkschaftslorenz nicht vorausgegangen, durch den sich einzelne gebunden gläubten, hätten wohl alle Delegierten für die Resolution gestimmt. Es scheine ihm als wenn die Gegensätze zwischen Partei und Gewerkschaften im Schwimmen begriffen sind. In seinen weiteren Ausführungen geht Ledebour auf die Unterschiede, die zwischen Generalstreik und politischem Massenstreik zu machen seien, ein und definiert das Wesen derselben. Wir gehen zweifellos revolutionären Zeiten entgegen. Darum müssen wir den revolutionären Geist stärken und unser Bestes für die Befreiung der Arbeiter einbringen.

Zum Schluß der Diskussion sagt Ernst, wenn er dem Wunsche nachkommen sollte, über die Verhandlungen der Kommission zu referieren, er sehr lange sprechen müsse. Leider sei es nur möglich, einen Extrakt der Verhandlungen zu geben. — Auch er bedauere lebhaft, daß in der gewerkschaftlichen Bewegung zwei Richtungen bestehen. Der diese Richtungen zusammenführen könnte, würde sich ein großes Verdienst erwerben. In den Gewerkschaften müsse der sozialistische Geist, das Klassenbewusstsein befestigt und gefördert werden. Wenn es je eintreten sollte, den Arbeitern vorgegeben, alles sei durch die Gewerkschaften zu erreichen, wer sich in den Gewerkschaften mit der kapitalistischen Gesellschaft abfinde, würde geradezu Verrat an seinen Klassenangehörigen üben. Die Aufgabe Webers betraf das „Vorwärts“ beantwortet Ernst dahin, daß der Parteivorstand, resp. Mitgliedschaften, Kenntnis von diesem Antrage hatten. Für uns war maßgebend, daß die Haltung des „Vorwärts“ mit der Ansicht der Berliner Genossen übereinstimmen soll. Wir können kein Konzept für Parteitartikel geben, wohl aber verlangen, daß die Anschauung der Berliner im „Vorwärts“ zur Geltung komme. Abgelehnt hat der Parteitag diesen Antrag, aber er wird immer wieder kommen.

Vor Schluß der Versammlung fand noch folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die am 3. Oktober in den Germania-Sälen tagende außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis verurteilt das rigorose Verhalten der Unternehmer der Elektro-Industrie. Die Versammelten protestieren gegen die Unterdrückung, welche oben bezeichnete Handlungsweise der Unternehmer seitens der Regierung gefunden hat und erblicken darin ein einseitiges Vorgehen gegen die um ihr Recht kämpfenden Arbeiter und Arbeiterinnen. Zugleich sprechen die Versammelten den im Kampf befindlichen Arbeitern und Arbeiterinnen ihre vollste Sympathie aus und verpflichten sich hiermit, denselben die weitgehendste moralische und tatkräftige pekuniäre Unterstützung zu leisten.“

Gewerkschaftliches.

Eine Militärbehörde als Arbeitswilligenvermittlerin.

In dem Gebude des Bezirkskommandos in K a c h e n befindet sich ein Anschlag folgenden Inhalts:

„Arbeitsnachweis für Bauhelfer, Möbelschreiner, Bank-schreiner, Maschinenarbeiter! Lohnende und dauernde Arbeitsgelegenheit in und bei Düsseldorf. Es werden 800 bis 900 Arbeiter verlangt. Man wende sich an den Vorsitzenden des Arbeitervereins der Holzindustrie oder an den Obermeister der Schreinerinnung.“

Dann folgen eine genaue Adressen der beiden Ober-schwarzmacher.

In Düsseldorf sind bekanntlich seit einigen Monaten die Holzarbeiter ausgesperrt. Wir erheben auf das entschiedenste Einspruch dagegen, daß ein Bezirkskommando in dieser Weise der Sache der um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden, ja sogar im Verteidigungskampfe sich befindenden Arbeiter in den Rücken fällt.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Speicherarbeiter ist, ohne daß es zum Streik zu kommen brauchte, im Verhandlungswege zugunsten der Arbeiter beendet. Am Dienstag wurden die Verhandlungen zu Ende geführt mit dem Resultat, daß die Unternehmer sämtliche Forderungen der Arbeiter bewilligten. Demnach erhalten die Wäger jetzt einen Mindestlohn von 37,50 M. Der Stundenlohn für Speicherarbeiter beträgt mindestens 55 Pf. Arbeiter, die noch nicht auf Speichern tätig waren, bekommen anfangs 50 Pfennige und später ebenfalls 55 Pf. pro Stunde. Für Arbeiten, die außerhalb des Speichers verrichtet werden müssen, wird täglich eine Extrazulage von 1 M. gezahlt. Ueberstunden werden mit 10 Pf. Zuschlag, Sonntagsarbeit aber mit 1 M. pro Stunde vergütet. Die durch die jetzigen Vereinbarungen bewirkte Lohn-erhöhung beträgt für jeden Arbeiter durchschnittlich sechs Mark pro Woche. An den Tagen vor den hohen Festen wird zwei Stunden früher Feierabend gemacht ohne Lohn-abzug. Die Arbeitszeit ist eine zehnstündige. Falls wegen Arbeitsmangel Entlassungen stattfinden, sollen immer nur die zuletzt eingestellten Arbeiter entlassen werden. Jedoch steht es den Unternehmern frei, unter der während der letzten drei Monate eingetretenen Zeiten die Auswahl nach Belieben zu treffen. Schließlich wurde noch zugesagt die Freigabe des ersten Mai.

Da somit alle wesentlichen Forderungen der Arbeiter bewilligt worden waren, lag keine Ursache vor, in den Streik zu treten. Die Vereinbarungen wurden deshalb am Dienstagabend in der Versammlung der Speicherarbeiter einstimmig genehmigt. In diesem Falle zeigte es sich mal wieder zur Evidenz, was eine gute Organisation wert ist. Nur weil die Speicherarbeiter fast sämtlich organisiert sind, war es den Vertretern des Transportarbeiter-Verbandes möglich, eine derartige Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für sie lediglich im Verhandlungswege durchzusetzen.

Zur Lohnbewegung der Lederarbeiter (Weißgerber und Färber) erhalten wir vom Vorsitzenden des Vereins der Glacé- und Weißleder-Industriellen folgenden Schreiben:

1. Es ist nicht richtig, daß die Arbeitgeber keinerlei Zugeständnisse gemacht hätten. Dieselben haben bereits in der Sitzung des Einigungsamtes am 28. September Lohnzuschläge von 3 bis 4 Proz. anbieten lassen.
2. Eine Aussperrung seitens der Arbeitgeber ist nicht erfolgt. Die Arbeitnehmer haben den Tarifvertrag per 30. September gekündigt und das Arbeitsverhältnis am Abend des genannten Tages gelöst.
3. Der Vorsitzende des Vereins hat den Arbeitnehmern nicht erklärt, daß sie sich eine andere Kommission wählen sollten. Wir möchten hierzu bemerken, daß die Zukünftige offene Türen einrennt. Wir haben gar nicht behauptet, daß die Arbeitgeber keinerlei Zugeständnisse gemacht haben, sondern in unserer gestrigen Nummer berichtet, daß das Angebot ein solch minimales war, daß es von den Arbeitern als ein Lohn auf die gestellten Forderungen betrachtet worden ist. Wenn weiter gesagt wird, daß seitens der

Arbeitgeber keine Aussperrung erfolgt sei, so ist dies ein Spiel mit Worten. Wichtig ist, daß der Tarifvertrag am 30. September abließ. Wichtig ist, daß die Arbeitgeber erklärten, entweder arbeitet Jhr in Zukunft auf Grund eines Vertrages oder das Arbeitsverhältnis ist gelöst, so gehört schon eine ziemliche Dosis Naivität dazu, zu behaupten, man habe nicht zu dem Mittel der Aussperrung gegriffen. Wenn dies Arbeiter täten, so sind wir nicht sicher, ob nicht ein ständiger Staatsanwalt auf Grund des verletzten Kontrahatsparagrafen gegen sie vorgehen würde. Wir wollen aber die Hoffnung nicht fallen lassen, daß es baldigst gelingen möge, die Lohnbewegung zu einem befriedigenden Ende zu führen.

Die Stultateure haben als Lohnbewegungsziel und Richtlinie im gegenwärtigen Lohnkampf der Bauhelfer und -Spanner nebst ihren Hilfsarbeitern und als Grenzlinie für ihre Trübseligkeit folgendes mit der Streikleitung und dem Vorstand des Bauhelfer-arbeiterverbandes vereinbart:

1. Alle Arbeiten, welche eine Woche und länger vor dem zweiten Oktober durch Stultateure hergestellt wurden, gelten nicht als Streitarbeit, sofern die Arbeitsbedingungen und die dafür gezahlten Löhne nicht unter denen der Streikenden stehen.
2. Wenn jedoch die Arbeitsbedingungen niedriger sind als die Lohnforderung der Streikenden, müssen auch die Stultateure die Arbeiten bewilligen zur Eringung der allgemein aufgestellten Forderungen.
3. Die Stultateure verweigern jegliche Fertigstellung oder den Neuanfang von Arbeiten, die durch Streikende liegen gelassen wurden oder die bisher in dem Betrieb durch Streikende ausgeführt wurden, obgleich sie imstande wären, die Arbeit auszuführen, und selbst, wenn ihnen ein höherer Lohn gezahlt wird als die Streikenden fordern.
4. Da die Stultateure laut Tarifvertrag zum Heranschaffen des Materials entsprechender Hilfskräfte (Bauhelfer) bedürfen, so ist allen denen die Arbeitsberechtigung auszusprechen, welche sich nur als Hilfsarbeiter der Stultateure ausweisen und welche nicht unter den Löhnen arbeiten, die die Organisation der Bauhelfer-arbeiter vorsieht.
5. Die Stultateure versprechen, im Kreise ihrer Hilfskräfte dahin zu wirken, daß sich jeder im Verband der Bauhelfer-arbeiter organisiert, um die dort aufgestellten Arbeitsbedingungen einzuhalten.

Bei irgend welchen Zweifeln werden darum die Kollegen ersucht, sich streng an diese Uebereinkunft zu halten und sind Streikfälle sofort der Verhandlung zu melden.

Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Stultateure Deutschlands.

J. A. P. Krebs.

Die Eisenarbeiter Berlins sind in eine Tarifberatung eingetreten. Die Fabrikanten, denen der Tarifvorschlag unterbreitet wurde, suchen Arbeitskräfte aus der Provinz heranzuziehen. Es wird vor Zugung nach Berlin gewarnt. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Legitimations! Die Filialen Berlin I, III, IV und die Filiale Nordhof des Zentralverbandes deutscher Legitimationsarbeiter haben sich mit dem 1. Oktober zu einer Filiale verschmolzen. Die neue Filiale führt den Namen „Filiale Berlin“. Vorsitzender derselben ist R. Brillwitz, O. 34, Ebertstr. 10, erster Kassierer R. Wehmann, Liebigstr. 45. Zuschriften sind an ersteren zu richten. Der Vorstand.

Deutsches Reich.

Wieder eine Metallarbeiter-Aussperrung.

Aus Hannover meldet uns ein Privattelegramm: Die Maschinenfabrik Georg Egeßorf - Hannover - Linden sperrte gestern und heute 800 Mann aus, weil 10 Präser sich keine Lohnabzüge gefallen lassen wollten. Weitere Aussperrungen sollen folgen.

Der Streik der Damenschneider in Köln. Am Dienstag befanden sich die Damenschneider nahezu sämtlich im Auslande. Die Damenschneiderinnen in erheblicher Zahl zur Arbeitsniederlegung zu gewinnen, ist der Organisation bisher nicht gelungen. Die Forderungen lauten: Für selbständige Arbeiter Mindestlohn in der ersten Klasse 30, in der zweiten 33 M., für Anfänger 30 bzw. 27 M., für selbständige Arbeiterinnen 24 bzw. 18 M., für jugendliche Arbeiterinnen in beiden Klassen 6 M. Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden ausschließlich je einer Viertelstunde Frühstück- und Vesperpause. Für Ueberstunden wird bis zur Dauer von drei Stunden 50 Proz., für Nacht- und Sonntagsarbeit 100 Proz. Zuschlag gezahlt. Die Affordarkeit soll abgeschafft und Arbeit aus der Werkstatt darf nicht nach Hause mitgenommen werden. Die Arbeitgeber erkennen an, daß diese Forderungen nicht zu hoch sind, weigern sich aber, sie durch Tarifabschluss und Unterschrift anzuerkennen. Eine von der Schneiderinnung einberufene Unternehmerversammlung beschloß, einer Einladung der Arbeiter vor das Einigungsamt des lgl. Gewerbegerichts nicht Folge zu geben. Der Deutsche Schneiderverband und die „Christliche“ Gewerkschaft führen den Kampf gemeinsam.

Bedingungslose Wiederannahme der Arbeit beschlossen. Die Richter in Düsseldorf. Den Vertrag mit den Arbeitgebern lehnten sie ab.

Ausland.

Der Generalstreik in Rochford ist nach fünfzehnwöchiger Dauer mit dem Siege der Arbeiter beendet worden. Sie verlangten minimale Stundenlöhne für die verschiedenen Arbeiterkategorien von 55, 50, 42 und 40 Schilling, letztere für Handlanger, die Freiwilligkeit der Affordarkeit, Lohnzuschlag von 25 Proz. für Ueberstunden, 15 Proz. Werkzeugenschädigung für Diebstahl, Freigabe des 1. Mai, Anerkennung des Organisationsrechtes der Arbeiter, ferner sollen Waschvorrichtung, genügende Aborte, hinreichende Heizvorrichtungen und Trinkwassererleichterung erstellt, der Affordarkeit revidiert, die schwarzen Listen zurückgezogen und alle streikenden Arbeiter wieder eingestellt werden. Gätten die Unternehmer diese Zugeständnisse Mitte Juni gemacht, wäre der ganze Streik nebst den Demonstrationen, Militäraufgebot, Verhaftungen etc. vermieden worden. Die französischen Streikbrecher werden nun wohl auch wieder verschwinden müssen, nachdem sie ihre schmutzige Rolle der Raudreiherei vergeblich gespielt haben.

Die Gewerkschaftsbewegung der französischen Postbeamten. Man schreibt uns aus Paris: Die Unterbeamten des Post- und Telegraphendienstes haben Donnerstag und Freitag einen Kongreß abgehalten, auf dem der Antrag verhandelt wurde, die bisherige Vereinigung „Association Générale“ in eine Gewerkschaft zu verwandeln. Die höheren Beamten, namentlich der Provinz, hatten eine starke Preßion auf die Bediensteten ausgeübt und so kam es, daß die Mehrheit dem gewerkschaftlichen Prinzip feindlich war. Die am elendesten entlohnte Kategorie, die Landbriefträger, waren in der Versammlung äußerst schwach vertreten. Nach äußerst hitzigen Debatten wurde die Auflösung des bisherigen Vorstandes der Vereinigung, die die Aufrechterhaltung der „Association Générale“ ausdrückt und das Recht der gewerkschaftlichen Organisation nur „im Prinzip“ anerkennt, mit 444 gegen 189 Stimmen angenommen. Die Opposition, die zumeist aus Pariser Delegierten bestand, verließ die Versammlung und hielt hierauf in einem demnachbaren Café in Anwesenheit von 600 Postbeamten, die dem Kongreß als Gäste beigezogen hatten, einen improvisierten Protektkongreß ab. 77 Pariser und 30 Provinzdelegierte beschlossen, unverzüglich an die Gründung der Gewerkschaft zu arbeiten. Interessant ist, daß von sämtlichen Pariser Sektionen alle bis auf zwei entscheidende Anhänger der Gewerkschaft zum Kongreß delegiert hatten. Die „Association Générale“ bei der Herr Millerand so eine Art Protektor ist, ist heute somit nur ein Verein von Beamten der Provinz.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 9. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20: Vortrag des Herrn Dr. H. Luz über das Thema: „Chemie in der Küche“. Gäste willkommen.

WARENHAUS A. WERTHEIM Damen - Wäsche

Taghemden Vorderabschluss mit Spitze 1.45, Achselabschluss mit Spitze 1.55	Nachtjacken Dimiti mit Besatz 1.85 Mk.	Taghemden Achselabschluss mit Stickerei 1.70
Taghemden mit Handlangetten 2.25 Mk.	Nachtjacken Renforcé m. Stickerei 2 Mk., 2.50, halbfrei 2.60	Taghemden m. handgestickt Madeira-Passen 1.60, 2.45, 2.85
Taghemden mit Stickerei-Motiven 2.15 Mk.	Nachtjacken Barchent mit Besatz 1.55, 1.60 Mk.	Beinkleider Körper mit Stickerei, kurze Form 2.20
Taghemden mit Stickerei und Banddurchzug 2.25 Mk.	Nachtjacken Barchent m. Stickerei 2.10, 2.25 Mk.	Nachthemden mit Stickerei halbfrei 4.50
Taghemden mit Hohlsaum Stickerei u. Durchbr. 2.15 Mk.	Beinkleider Renforcé m. Stickerei 1.25, 1.80 Mk.	Ein Morgenjacken 4 Mk.
Beinkleider dazu passend 2.40 Mk.	Beinkleider Renforcé mit Stickerei kurze Form 1.65, 2 Mk.	aus dicken, bunten Baumwollstoffen
Taghemden mit Stickerei Ein- u. Ansatz 2.45, 2.60 Mk.	Beinkleider Barchent m. Spitze 1.40, mit Stickerei 1.50, 2.10	Bettwäsche
Beinkleider dazu passend 2.80, 2.60 Mk.	Beinkleider Barchent mit Stickerei kurze Form 1.55, 1.85	Deckbettbezüge Louisiana-Stuch Dimb 2.60, 3.60 4.50
Taghemden mit Spitzen-Garnierung 2.50 Mk.	Nachthemden m. farbigem Besatz oder Stickerei 3.35 Mk.	Kissenbezüge 80, 95 Pf. 1.30
Beinkleider dazu passend 2.75 Mk.	Nachthemden mit Stickerei-Volant 3.80 Mk.	Damast-Garnitur für 1 Deckbett und 2 Kissen 6.75
Ballhemden mit Spitzen-Garnierung 3.25 Mk.	Stickerei-Röcke 2.90, 3.65, 4.10, 6.75	Dowlas-Laken Größe ca. 150x225 cm 2 Mk., Größe ca. 160x225 cm 2.35
Beinkleider dazu passend 3.25 Mk.	Spitzen-Röcke 3.85, 6.75, 7.75	
	Weisse Barchent-Röcke 1.60, 2.15, 2.60	

Wäschestoffe

Hemdentuch Mtr. 30, 35, 40, 45 Pf.	Bettdamast Mtr. 60 u. 80, ca. 120 cm 95 Pf., 1.25
Louisianatuch ca. 81 cm breit Mtr. 38, 45, 50 Pf.	Lakendowlas ganze Breite Mtr. 85 Pf., 1.05
Louisianatuch ca. 130 cm breit Mtr. 72 u. 85 Pf.	Bettkörper ca. 84 cm breit Mtr. 85 Pf., 1 Mk., 1.20
Bettsatin Mtr. 48 u. 55 Pf., 130 cm breit 80 u. 95 Pf.	Bettkörper ca. 130 cm breit Mtr. 1.30, 1.60, 2 Mk.
Ein grosser Posten Gestreift, Velours-Barchent Mtr. 40 Pf.	

Bettstellen

Polsterbettstellen Persia-6.40 u. 8 Mk. Bezug 9 Mk.	Dreit-9 Mk.
Polsterbettstellen mit Sprungfedern 12.75, 16.50	
Eiserne Bettstellen mit doppelt Spiralföden 7 Mk. Bronz-zier 9.50	
Eiserne Bettstellen schwarz lackiert mit Rollen, besonders stark 13.50	
Eiserne Bettstellen mit Sprungfed.-Matratze 20, 21.50	
Eiserne Bettstellen Messing-verzier. 36.50, 43, 46 Mk.	

Ein grosser Posten: Wäsche-Stickereien

zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Tapiserie-Artikel

Küchenhandtücher grau mit Hohlsaum und Franse 80 Pf.	Frühstücksbeutel Satin Augusta, mit Satin garniert 30 Pf.
Tischdecken merzerisiert, ca. 60x60 cm breit 95 Pf.	Plättbrettbezüge " 1.40 Mk.
Tischläufer merzerisiert 1.05 Mk.	Plätteisenbezüge " 30 Pf.
Besenvorhänge Satin Augusta mit Satin garniert 1.45 Mk.	Rollkorbedecke " 80 Pf.
Küchenhandtücher " 1.05 Mk.	Wäschebeutel " 75 Pf.
Küchentischdecken " 95 Pf.	Klammernschürzen " 70 Pf.
Küchenspindecken " 35 Pf.	Lampenputztasche " 48 Pf.
Wasserleitungsschoner " 50 Pf.	Topflappentasche " 30 Pf.
Eimerspindecke " 45 Pf.	Ruhekissen mit Volant " 60 Pf.
Brotbeutel " 60 Pf.	Bestecktaschen für 12 Paar 1.05 Mk.

Schürzen

Weisse Tändelschürzen mit Stickerei 50 Pf.
Weisse Tändelschürzen mit Stickerei Ein- u. Ansatz 85 Pf.
Ecreu Tändelschürzen mit Spitze 1.25 Mk.
Weisse Tändelschürzen Stickereistoff 1.50 Mk.
Wirtschaftsschürzen Gingham m. Volant 1 Mk., 1.25 Mk.
Wirtschaftsschürzen extra weit mit Volant 1.50 Mk.
Wirtschaftsschürzen m. Achselband imit. Leinen 1.25, 1.50
Reformschürzen 1.75 Mk.
Reform-Hängeschürzen 1.95, 2.50 Mk.

Point-lace-Handarbeiten

darunter: Eisdecken Dutzend 2.25 Mk.	Decken 2.10, 2.45, 3.30, 4.50 Mk.
Schoner Stück 85 Pf.	Läufer 3.85, 4.65 Mk.

AUSSTELLUNG VON HERBST-NEUHEITEN

Damen-Kostüme, Paletots, Mäntel, Blusen, Jupons, Kinder-Kleider etc.

PELZ-KONFEKTION * DAMEN-HÜTE * PARISER UND ANDERE MODELLE.

Im neuen Lichthof am Leipziger Platz: Verkauf besonderer Posten

Kleider- und Seidenstoffe

zu ausserordentlich billigen Preisen.

Zwölfte Generalversammlung des Tabakarbeiter-Verbandes.

Montag, Nachmittag-Sitzung.

In Fortsetzung der Diskussion über den Bericht des Vorstandes und des Ausschusses beschäftigte sich u. a. K a l u t o - Dresden mit der Frage der Neufestsetzung der Mitgliedsbeiträge. Er findet es unverständlich, wie der Vorstand empfehlen könne, die unterste Stufe für Männer auf 25 Pf. herabzusetzen, da hierdurch die Verbandslasse geschwächt werden würde.

U l l i g - Dresden tritt zunächst für eine Erweiterung des Vorstandes ein. Auch er betont, daß erst die Unterstützungseinrichtungen es ermöglichen, den Kampfscharakter voll zum Ausdruck zu bringen; aber die Grundprinzipien des Verbandes müßten immer im Vordergrund bleiben.

C h e r k e - Nordhausen: Die Kantabalarbeiter seien auch der Meinung, daß der Kampfsfonds gestärkt werden müsse. Die Unterstützungseinrichtungen haben gezeigt, daß weit mehr, als man erwartet hatte, erzwungen werden kann, mit ihnen sei ein besserer Geist in die Agitation gekommen.

R a s h e m die Mandatprüfungskommission durch ihren Bericht sämtliche 70 Mandate für in Ordnung erklärt hatte, wendet sich K e d e l - Altona gegen die jetzige Form der Krankenunterstützung, die soviel Geld verheeren habe, daß für den Kampf nichts übrig geblieben sei.

H e n k e - Bremen ist der Ansicht, daß es bei Beurteilung der Unterstützungseinrichtungen darauf ankomme, ob diese als Selbstzweck betrachtet werden oder als Mittel, um den Kampfscharakter einer Gewerkschaft zu stärken. In letzterem Falle seien sie sehr zu begrüßen.

R a s h e m - Altona: Die Unterstützungseinrichtungen sind ein notwendiges Übel, das man nicht vermeiden kann, wenn man die Arbeiter zu einem Kampfmittel machen will. Man darf nicht übersehen, daß die Unternehmer dann das gleiche tun können; allerdings lägen bei den Tabakarbeitern die Verhältnisse infolgedessen etwas günstiger, als man bei Kleinunternehmern und Zwischenmeister sicher sei.

R a s h e m - Altona: Die Unterstützungseinrichtungen sind ein notwendiges Übel, das man nicht vermeiden kann, wenn man die Arbeiter zu einem Kampfmittel machen will. Man darf nicht übersehen, daß die Unternehmer dann das gleiche tun können; allerdings lägen bei den Tabakarbeitern die Verhältnisse infolgedessen etwas günstiger, als man bei Kleinunternehmern und Zwischenmeister sicher sei.

M a l l e r - Berlin weist auf die Erfolge hin, die man in Berlin mit dem Verbands-Arbeitsnachweise erzielt habe. Bei der Krankenunterstützung müsse eine Änderung eintreten. Mit Sektionen lasse sich eine bequeme Agitation entfalten.

Darauf wird die Sitzung auf Dienstag vormittag vertagt.

Aus der Partei.

Wegen Erkrankung hat Genosse B u r m einen längeren Urlaub angetreten und ist für dessen Dauer Genosse L e d e b o u r als sein Vertreter in die Redaktion der „Neuen Zeit“ eingetreten.

Die Breslauer Parteigenossen nahmen am Montag den Bericht vom Parteitag entgegen. Es entspann sich darauf eine längere Debatte, in der behauptet wurde, daß der Parteivorstand nicht mehr als ein Mann vertritt, sondern eine Gruppe von Leuten.

Einer von den Ältesten, Rechtsanwalt Otto Emil Freytag in Leipzig beging dieser Tage unter großen Ehrungen seiner Parteigenossen seinen 70. Geburtstag. Otto Emil Freytag, der Vorsitzende des Leipziger Anwaltsvereins und seit einer langen Reihe von Jahren Vorstandsmitglied der sächsischen Anwaltskammer, gehörte in den Jahren 1877 bis 1888 auch der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages an, in die er als Vertreter des Wahlkreises Stollberg-Land von der Sozialdemokratie gewählt wurde.

Von der „Dörschweizerischen Arbeiter-Zig.“ in St. Gallen ist nun die erste Nummer erschienen, um von nun an wöchentlich zweimal je am Mittwoch und Sonnabend zu erscheinen. Die Redaktion wird vom Genossen B e p o l d, Schriftführer, besorgt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Sein Sittlichkeitsvergehen. Wegen Vergehen gegen das Vereinsgesetz, so berichtet man und aus Halle vom 2. Oktober, hatte sich der Abgeordnete Genosse Thiele vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Er hatte, einer polizeilichen Aufforderung zuwider, die Mitglieder des Vereins Gewerkschaftskomitee aufgefordert, das Versammlungsort nicht zu verlassen.

Eigentümliche Ansichten bekundeten in einer Sitzung des Schöffengerichts Neudorf i. S. der Amtsanwälte und der Gerichtshof. Ein organisierter Vergewaltiger sollte in einer Versammlung die Mitglieder beleidigt haben. Der Amtsanwalt beantragte 10 M. Geldstrafe mit der fernerbaren Bedingung, daß der Angeklagte ein sozialistischer Agitator sei.

Aus Industrie und Handel.

Neue russische Anleihe. Nach langen Vermählungen scheint es nun doch der russischen Regierung gelungen zu sein, die französische Bankfinanz zur Übernahme einer neuen russischen Anleihe zu bewegen. Die der „Temps“ berichtet, sind von einem Pariser Komitee von Bankiers und Kreditinstituten kürzlich die Bedingungen einer neuen russischen Anleihe erörtert worden.

Hamburgs Seeschiffahrt hat seit Beginn des laufenden Jahres sich mehr und mehr gehoben. Bis Ende September sind in Hamburg nach Mitteilung des Handelsstatistischen Bureau 23068 Seeschiffe mit insgesamt 15 583 357 Netto-Registertons Rauminhalt angekommen und abgegangen.

als 1 021 175 Registertons. Dieses gewaltige Verkehrsplus fällt ausschließlich der Dampfschiffahrt zu, die Segelschiffahrt ist sogar um ein geringes schwächer gewesen.

Die amerikanische Baumwollenernte verspricht nach dem gestern vom Washingtoner Ackerbau-Bureau veröffentlichten amtlichen Bericht ein besseres Resultat als fast allgemein vor einem oder zwei Monaten erwartet und berechnet wurde. Das Bureau schätzt nämlich den Durchschnittsstand der Baumwolle auf 71,2 Proz. einer Normalernte.

Table with 2 columns: Oboberföhung and Ernteresultat. Rows for years 1901-1904.

Danach ist bei einer Schätzungsziffer von 71,2 Proz. auf einen Ertrag von mindestens 1 1/2 Millionen Ballen zu rechnen.

Die Lage des amerikanischen Eisenmarktes hat sich in den letzten Wochen noch günstiger gestaltet, doch fehlen, wie der „Frankf. Zig.“ aus New York berichtet wird, in manchen Zweigen Anzeichen der Schwäche nicht. Ein Gegenlag ist vorhanden zwischen der Festigkeit im Rohmaterial, in Schienen, Waggons und Platten und dem Niedrigliegen des Geschäftes in den meisten Zweigen der Blech- und Nöhrenindustrie.

Vermischtes.

Sturmwarnung. Wegen eines bei Schottland erschienenen, sehr tiefen barometrischen Minimums, das mit stürmischen Südwest- und Westwinden in östlicher Richtung fortschreiten dürfte, ist gestern mittag die deutsche Küste von Vorkum bis Greifswalder Die seitens der Seewarte gemeldet worden.

Vom Juge überfahren. Amlich wird aus Stendal gemeldet: Auf dem am westlichen Ende des Bahnhofes Wüste gelegenen Wegübergange wurde Mittwoch vormittag 5 Uhr 19 Minuten ein zweispänniges Fuhrwerk vom Schnellzuge 11 überfahren. Personen sind nicht verletzt. Die beiden Pferde wurden getötet. Die Schuld trifft den Schrankenwärter, der die Schranken für jenen Zug zu schließen verabsäumt hatte.

Amerikanische Bahnräuber. Aus Washington, 3. Oktober, meldet ein Kabel-Telegramm: Der ostwärts fahrende Zug der Great-Northern-Bahn wurde von drei Räubern aufgehalten. Sie sprengten den Postwagen mit Dynamit auf und raubten 50 000 Dollar. Der von dem Vorfalle benachrichtigte Bezirks-Scherriff ist mit 100 Bewaffneten zur Verfolgung der Räuber aufgebrochen, hat die Räuber gestellt und zum Kampfe gezwungen. Mehrere Mann wurden bereits getötet oder verwundet.

Theaterbrände. Aus Coimbra wird gemeldet: In Figueira da Foz (Portugal) brannten gestern zwei Theater während der Vorstellung nieder. Der Brand entstand durch den Kinematographen. Drei Personen sind verunglückt.

Vulkan-Eruption auf Samoa. Nach einer Drahtmeldung aus San Francisco, 3. Oktober, ist der Gouverneur von Deutsch-Samoa, Dr. S o l f, auf der Heimreise dort eingetroffen. In einem Gespräch teilte er mit, daß aus dem Vulkan Matafua auf Samoa seit zwei Monaten Ausbrüche erfolgen, die gegenwärtig noch andauern. Die Lava hat bereits einen 500 Fuß hohen Hügel gebildet. Der Gouverneur glaubt, daß die Topographie der Insel durch die Ausbrüche vollständig verändert werden wird.

Um einen Pfennig! Der Sergeant Wolf vom Bezirkskommando in Reichen jagte sich mit seinem Dienstgewehr in der Kammer eine Kugel in die Schläfe, so daß auf der Stelle der Tod eintrat. Fürst vor Strafe soll das Motiv zu der unseligen Tat gewesen sein. Wolf hatte vor Jahresfrist eine Quittung über einen kleinen Betrag, bei der er sich um einen Pfennig (!) geirrt hatte, durch den kürzlich zur Reserve entlassenen Soldaten Scheunemann neu ausstellen und gleichzeitig die Unterschrift nachmalen lassen. Der Reservist brachte den Vorfalle erst jetzt zur Kenntnis der Militärbehörde, weil er vom Sergeanten Wolf wegen einer Dienstvernachlässigung gemeldet worden war.

Nord und Selbstmordversuch. Aus Oberhausen (Rheinland) wird gemeldet: Im benachbarten Dümpfen feuerte gestern der Arbeiter G e l l e s h drei Revolverkugeln auf seine Frau ab, die, in den Unterleib getroffen, zusammenstürzte. Sodann gab er auf sich selbst zwei Revolverkugeln ab und verletzte sich schwer. Die Frau starb bald darauf. Das Ehepaar hinterläßt sieben unmündige Kinder. Der Grund der Tat liegt in fortgesetzten ehelichen Zwistigkeiten. Der Mann war ein Trunkenbold, die Frau führte einen lüderlichen Lebenswandel.

Unberthalt Millionen gestohlen. Aus New York wird berichtet: Einer der größten Bankendiebstähle, die je bekannt geworden sind, beschäftigt gegenwärtig die hiesige Polizei. Es handelt sich um einen Betrag von rund 1 500 000 M. in Bonds, die der 24 jährige Bureaubeamte G e n t y A m b r o s e von der Bankfirma Halle u. Steiglyh gestohlen hat. Ambrose, der auf dem Wege zur Kirche verhaftet wurde, hat bereits ein Geständnis abgelegt, welches die Wiedererlangung der Hälfte der entwendeten Wertpapiere ermöglichte, und auch die andere Hälfte dürfte bald den rechtmäßigen Eigentümern zugestellt werden können. Der Fall erregt in der Welt weit das größte Aufsehen, da aus den Umständen hervorgeht, daß das bei den New Yorker Banken herrschende System genaug zu solchen Verbrechen herausfordert, die durch die einfachsten Vorsichtsmaßnahmen verhindert werden könnten. Von seinem Vult in der Hanover National Bank nahm Ambrose einfach den Scheck, den er fälschen mußte, um die betreffenden Papiere in seinem Besitz zu bekommen. Anstatt des vorgeschriebenen Stempels verwendete er zur Nummerierung des gefälschten Schecks Feder und Tinte. Da er Entdeckung bei der Präsentierung befürchtete, sandte er einen kleinen Jungen von der Straße mit dem über 12 000 M. lautenden Scheck zur National City Bank, die ihn indessen anstandslos anngym. Die Entdeckung Ambroses gelang der Polizei, die keinen

anderen Anhaltspunkt hatte, schließlich durch methodische Verfolgung der einzigen Spur, die von ihm vorhanden war. Ambrose hatte sich zur Beglaubigung des Schödes einen Stempel anfertigen lassen, und das Papier damit abgestempelt. Die Polizei stellte nun Nachforschungen bei sämtlichen Stempelfabrikanten in New York an, und schließlich ermittelte sie auch den Verfertiger des Stempels, den Inhaber einer kleinen Werkstätte. Dieser gab ihnen eine Beschreibung des Bestellers, und dadurch gelang es schließlich, Ambrose auf die Spur zu kommen. Alle, die ihn kennen, sind durch diese Entdeckung aufs höchste überrascht, denn Ambrose war das Muster eines jungen Mannes, Mitglied des Christlichen Vereins junger Männer, regelmäßiger Kirchenbesucher und tief religiös gesinnt. Der Verhaftete redet sich jetzt darauf hinaus, er habe nur zeigen wollen, wie leicht man die Banken betrügen könne, und sei überzeugt, dadurch der Öffentlichkeit einen Dienst erwiesen zu haben.

Ein schweres Grubenunglück. Aus Köhlseid wird gemeldet: In Eigelstöpen stürzte gestern vormittag infolge Wasserandrucks ein Schacht ein. Drei Personen wurden getötet, zwei

Leichen konnten geborgen werden. Der Schaden der Gesellschaft ist sehr bedeutend.

Liebesdrama im Variété. In Niart (Frankreich) erschloß der Unterleutnant René Thomas in der Eldorado-Musikhalle während der Vorstellung seine frühere Geliebte, die Sängerin Rose Koel. Der Unterleutnant verfolgte das Mädchen, das ihn verlassen hatte, seit langem mit Drohungen. Er wurde deshalb wiederholt von seinem Regimentskommandeur bestraft. Vorgehen ließ er sich den Schürzenbart abkratzen, ging in die Musikhalle, nahm in einer Loge Platz und ließ der Sängerin durch einen Theaterdiener sagen, einer ihrer Verwandten lasse sie bitten, in die Loge zu kommen. Als das Mädchen erschien, reichte er ihr einen Brief, den sie lesen sollte, und während sie las, erschloß er sie. Der Leutnant verteidigte sich wie ein Rasender gegen die Theaterbesucher und Gendarmen, die ihn festnehmen wollten. Er verbarrikadierte sich und drohte mit dem Revolver. Aber endlich ließ er sich auf Zureden eines Priesters verhaften.

Eingegangene Druckschriften.

Die blutigen Ereignisse in St. Petersburg in den Tagen vom 9. bis 11. (22 bis 24.) Januar 1905. Dargestellt auf Grund von Zeugnisaussagen und juristisch beleuchtet durch den Kaiserhof der Petersburger Rechtsanwältin. Herausgegeben von der Redaktion der Russischen Korrespondenz. Berlin 1905. Verlag Siegfried Gombas. Preis 1 M.
Dritter Jahresbericht 1904 der Deutschen Bibliographischen Gesellschaft. Berlin. 46 Seiten. Verlag Dr. Houben. Berlin-Schöneberg, Kolonnenstr. 34.
Die Aristokratie in der Weltpolitik. Von Dr. Karl Wehrmann. Verlag von C. K. Schwesche u. Sohn. Berlin 1905. Preis 2 M.
Die Sozialdemokratie im Münchener Rathaus stellt sich ein bei Dietl u. Co. in München erschienenen Handbuch für Gemeindevorsteher, das bei dem Mangel an Literatur über sozialdemokratische Gemeindepolitik mehr als ein lokales Interesse besitzt und daher den Genossen wegen der Fülle des interessanten Materials empfohlen werden kann. Die 128 Seiten umfassende Schrift ist von allen Kolportieren und Parteibuchhandlungen zum Preise von 75 Pf. zu beziehen.
Geschäftsbericht des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz und Umgegend 1904/05. 32 Seiten. Verlag Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 5. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Oberhand. Das Rheingold.
Schauspielhaus. Macbeth.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Weihen. Der Opernball.
Walhalla. Eine tolle Nacht.

Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater).
Ein Wintermärchen.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmshäusliches Theater). Flachsmann als Erzieher.

Neutral. Zur indischen Wint.
Veffing. Benignes Erlebnis. —
Dammes Himmelsfahrt.

Reibens. Die Höhle des Löwen.
Alteins. Hidalla.

Tranon. Madame Torera.
Lustspielhaus. Bahnmacht in Valdny.
Thalia. Bis früh um fünf!

Carl Weiß. Der Weltumsegler wider Willen.

Belle-Alliance. Spezialitäten.
Luifen. Das Erbe.

Deutsch-Amerikanisches. Aber, Herr Dezog!

Rafino. Der Adelsnarr.

Apollo. Ein Abend in einem amerikanischen Tengel-Tangel. — Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten.

Metropol. Auf — ins Metropol!
Herrnsfeld. Die Weichhans.

Wintergarten. Rosario Guerrero.
Spezialitäten.

Holtes Caprice. Nach dem Japsenstreich. Soll und Haben.

Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage. Nach dem Japsenstreich. Soll und Haben.

Passage. Nach dem Japsenstreich. Soll und Haben.

Urania. Faudenstraße 48/49.
Mit der Camera im Ballon.
Nachm. 4 Uhr: Tierleben in der Wildnis.

Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Ein Sommernachtstraum.
Morgen u. folgende Tage:
Ein Sommernachtstraum.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:

Hidalla.
Freitag, Sonnabend: Hidalla.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Lore Hieraus: Der zerbrochene Krug.
Abends 8 Uhr: Hidalla.

Theater des Westens.
Station Zoolog. Garten. Kantstr. 12.
Donnerstag: Der Opernball.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Freitag bei aufgehob. Abonnement: Der Opernball.
Sonnabend nachm. 3 Uhr, n. Preise: Hygiene auf Lauris.
Abends 7 1/2 Uhr: Der Opernball.
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Indine.

Abends 7 1/2 Uhr: Der Opernball.
Montag: Der Opernball.

Luisen-Theater.
Zum erstenmal:

Das Erbe.
Freitag: Das Erbe.
Sonnabend: Wilhelm Tell.
Sonntag nachm.: Maria Stuart.
Abends: Das Erbe.
Montag: Der Mann im Monde.

Tranon-Theater.
Heute und folgende Tage:

Madame Torera (Madame L'ordonance).
Schwank in 3 Akten v. Jules Chancel.
Deutsch von Max Schoenau.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Das Ende der Liebe.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:

Die Höhle des Löwen.
Schwank in 3 Akten v. R. Hertenstein und B. Wilhans.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

Urania Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Prof. Pöschel:
Mit der Camera im Ballon.
Nachmittags 4 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.

Joëls Traum.
!! Pompeji !!
Die Ehre des Vaters!
Restaurant:
Dresdener Sänger.

Berliner Theater.
Sonnabend, den 7. Oktober 1905, abends 7 1/2 Uhr:
Eröffnungsvorstellung
Andalosis.
Dramatisches Gedicht in 5 Akten von Florian Enbl.
Sonntag nachm. u. abends: Andalosis.

Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19/20.
Direktion: Richard Schultz.
Heute und folgende Tage:

Eine tolle Nacht.
Vorher: Gr. Spezialitäten-Programm.
Anf. 8 Uhr. Kaufen liberal gestärkt.

Im Walhalla-Konzert-Tunnel:
Großes Konzert der
1. Wiener Original-Schrammeln
und
der weltberühmten Inzolerergesellschaft
„Der Obersteirer“.
Anfang 9 Uhr.
Entrée 1 r. c. l. Ende 2 Uhr.

Apollo-Theater.
Debüt der
Oktober-Spezialitäten mit:
Daisy Jeromé
Amerikos bester weiblicher Komiker,
der Liebling Amerikas!
Dazu:
Ein Abend in einem amerikanischen
Tengel-Tangel.
Hochzeitsabend und die Oktober-Spezialitäten.
Nächste Nachmittags-Vorstellung:
Sonntag 8 Oktober, nachm. 3 Uhr:
Bedeutend ermäßigte Preise.

Metropol-Theater
Präzise 8 Uhr
zum 27. Male:
!Auf — in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Dirigent Kapellmeister Max Roth.
In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

Walden a. D. × Miß Clifford a. D.
Bender × Giampietro
Josephi × Massary × Frid-Frid
Steidl × Lilly Walter.
Rauchen in all. Räumen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Theater Folies Caprice
Budapester Possen-Theater
132 Linienstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Nach dem Japsenstreich.
Militär-Humoreske von Satyr.
Vorher:
Soll und Haben
und der ausgezeichnete
Spezialitätenteil.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang 8 Uhr.
Ab 1. Oktober: Sonntag nachm. 3 Uhr Vorst. zu halb. Pr.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.
Schauspiel in fünf Aufzügen von William Shakespeate.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzieher.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzieher.
Komödie in drei Aufzügen von Otto Ernst.
Freitag, abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzieher.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zum Einstedler.
Dietrich: Augen rechts.

XI. Berliner Saison.
Zirkus Busch.
Zum 15. Male:
Mexiko.
Große Ausstattungs-Pantomime aus dem mexikanischen Pflanzleben.
Inszeniert vom Kommissionsrat Busch. Verfaßt und einstudiert von Herrn Burkhardt-Footitt. Tänze von italienisch. Hofballtänzer. Ottavi. Musik von Kapellmstr. Tschert.
Die Helden von Yala u. Port Arthur in ihren milit. infantorie-Exerzitionen.
Japanische Infanterie. Ausgesuchte Repräsentanten der Armee des Mikado.
Vier Securs Atletas.

Kasino-Theater
Volbringstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Glänzender Erfolg!
„Der Adelsnarr.“
Neu! Rheingold-Trio.
Mit dem dreifachstem Pfau u. c. c.
Sonntag nachmittags 4 Uhr:
„Ein Sohn des Volkes.“

Passage-Theater.
Anfang der Abendvorst. 8 Uhr.
Marshall
der Mann mit den Dänen.
Georg u. Gusti Edler
Zwölf Duellisten.
14 erstklassige Nummern.

Lustspielhaus.
Abends 8 1/2 Uhr:
Jahrmart in Pulsnitz.
Carl Weiß-Theater.
Gr. Hauptvorst. 132.
Der Weltumsegler wider Willen.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Die tolle Postkutsche.
Sonnabend nachmittags 3 1/2 Uhr:
Kindervorstellung: Die sieben Raben.
Abends 8 Uhr: Das Käthchen von Heilbronn.

Deutsch-Amerikan. Theater.
Heute Jeden Abend 8 Uhr!
zum Gastspiel Ad. Philipp
34. ABER!
Male: Herr Herzog
Jeden Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Halbe Preise!
„Ueber'n großen Teich.“

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernb. Rose-Theaters
Der Millionenbauer.
Vollständ. in 4 Aufz. v. Max Kreher.
Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 6 Uhr.
Entrée 30 Pf., numer. Platz 50 Pf.
Vorgangskarten haben Vorrang.
In Vorbereitung: Die Blinde von Paris.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater
Frankfurter-Allee 85.
Der ganze Osten lacht Tränen über
Die Berliner Range.
Voffe mit Gefang.
Neu! Der kleine Mann und die große Frau
Totale 20 Spezialitäten-Nummern.

Zirkus
Albert Schumann
Heute abend präzise 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend. Gala-Programm und zum 7. Male: Die größte Novität!
Der Tag des Englischen Derby.
Das Leben und Treiben nach dem Original auf das glänzendste inszeniert vom Dir. Alb. Schumann, einstudiert vom Balletmeister Pratesi. I. Bild: Im Rennstall des Lord Weatherdon. II. Bild: a) Der Favorit. b) Das Rennen. c) Qualifikation des Siegers. III. Bild: Auf dem Heimweg. Vorher: Die großartigen neuen Spezialitäten. II. a.: Das einzig existierende einen halben

Saltomortale schlagende Pferd.
Neu und höchst originell!
Damen-Fuß-Ringkampf,
12 Amerikanerinnen u. Engländerinnen
John und Louis Boller
mit ihren noch nie gesehenen
Vor- und Rückwärts-Saltomortalen
auf dem Zweirad.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bh. Börse.
Täglich 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Das brillante Oktober-Programm.
Romas
mit Ihren Viccamminies.
Serra Comp.
Berliner beste Illusion.
Ein Kater
Schwank
und neun erstklassige Nummern.
Familienarten sind in allen Barbier, Friseur u. Zigarren-geschäften sowie im Theaterbureau nützlichlich zu haben.

Gebüder
Herrfeld-Theater.
Zum 165. Male:
Die Meyerhains.
Komödie in drei Akten mit den Autorinnen
Anton und Donat Herrfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorberf. 11-2 Uhr.
In Vorbereitung:
Der Familientag.
Eine Großstadt-Komödie von Anton und Donat Herrfeld.

Otto Pritzkows
Berliner
Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Skelett-Mensch
der einzig existierende, ohne Konturierung, 22 Jahre alt, 55 Pf. schwer.
Mne-Mno-Mni ???
Entrée 20 Pf.
Von der Reise zurück. [2310b
Dr. A. Freudenberg.

Brennabor-Räder
und Jenensia-Räder auf
Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!
Sozial-Räder R. 65.—, Sozial-Luxus-Räder R. 100.— mit Freilauf
Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Handnummer „23“ zu achten.
23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Belle-Alliance Theater.
Eröffnungs-Programm.
Sensation Berlins.
The belle Astoria.
Leo Billward. The 3 Onleys.
Rose und Jehan.
Renards russische Hunde-Meute.
Wehlfried-Sextett.
Liane Leischner.
Sol-Do. James u. Maud Thomas.
Edi Blum.
Geschw. Mertens.
Fidello-Quartett.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf a. d. Theaterkasse 10—2, und bei A. Wertheim.
Sonntags 2 Vorstellungen
Nachm. 3 Uhr: Halbe Preise.

Wintergarten
Rosario Guerrero
Spanische Tänzerin.
Gebrüder Artois, kom. Reckkünstler.
Die mysteriösen Husaren.
Ludwig Amann. Mimiker.
Harndins Elektrisches Ballett.
Colle de Lossé Duo, Drahtseilakt.
London bei Nacht, Pantom. v. Karno.
Lina Marroder, die Goldamazonen.
„In Japan“, Ballettdivertissement.
Collins und Hart, amerikanische Exzentriker.
Nora Moore, englische Sängerin.
Der Biograph.

Colosseum
Theater u. Konzert-Etablissement.
Dresdenerstr. 97
an der Prinzenstraße.
Die sensationellen Attraktionen des Eröffnungs-Programms!
Im Konzertsaal:
„Schrammeln“ u. ungar. Kapelle.
Anfang 8 Uhr.
Ende des Konzerts 1 Uhr.
Sonntags 2 Vorstellungen.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang:
Wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.
Regelbahn noch frei.

Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Skelett-Mensch
der einzig existierende, ohne Konturierung, 22 Jahre alt, 55 Pf. schwer.
Mne-Mno-Mni ???
Entrée 20 Pf.
Von der Reise zurück. [2310b
Dr. A. Freudenberg.

Brennabor-Räder
und Jenensia-Räder auf
Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!
Sozial-Räder R. 65.—, Sozial-Luxus-Räder R. 100.— mit Freilauf
Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Handnummer „23“ zu achten.
23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Colosseum
Theater u. Konzert-Etablissement.
Dresdenerstr. 97
an der Prinzenstraße.
Die sensationellen Attraktionen des Eröffnungs-Programms!
Im Konzertsaal:
„Schrammeln“ u. ungar. Kapelle.
Anfang 8 Uhr.
Ende des Konzerts 1 Uhr.
Sonntags 2 Vorstellungen.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang:
Wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.
Regelbahn noch frei.

Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Skelett-Mensch
der einzig existierende, ohne Konturierung, 22 Jahre alt, 55 Pf. schwer.
Mne-Mno-Mni ???
Entrée 20 Pf.
Von der Reise zurück. [2310b
Dr. A. Freudenberg.

Brennabor-Räder
und Jenensia-Räder auf
Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!
Sozial-Räder R. 65.—, Sozial-Luxus-Räder R. 100.— mit Freilauf
Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Handnummer „23“ zu achten.
23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Colosseum
Theater u. Konzert-Etablissement.
Dresdenerstr. 97
an der Prinzenstraße.
Die sensationellen Attraktionen des Eröffnungs-Programms!
Im Konzertsaal:
„Schrammeln“ u. ungar. Kapelle.
Anfang 8 Uhr.
Ende des Konzerts 1 Uhr.
Sonntags 2 Vorstellungen.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang:
Wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.
Regelbahn noch frei.

Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Skelett-Mensch
der einzig existierende, ohne Konturierung, 22 Jahre alt, 55 Pf. schwer.
Mne-Mno-Mni ???
Entrée 20 Pf.
Von der Reise zurück. [2310b
Dr. A. Freudenberg.

Brennabor-Räder
und Jenensia-Räder auf
Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!
Sozial-Räder R. 65.—, Sozial-Luxus-Räder R. 100.— mit Freilauf
Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Handnummer „23“ zu achten.
23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Colosseum
Theater u. Konzert-Etablissement.
Dresdenerstr. 97
an der Prinzenstraße.
Die sensationellen Attraktionen des Eröffnungs-Programms!
Im Konzertsaal:
„Schrammeln“ u. ungar. Kapelle.
Anfang 8 Uhr.
Ende des Konzerts 1 Uhr.
Sonntags 2 Vorstellungen.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang:
Wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.
Regelbahn noch frei.

Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Skelett-Mensch
der einzig existierende, ohne Konturierung, 22 Jahre alt, 55 Pf. schwer.
Mne-Mno-Mni ???
Entrée 20 Pf.
Von der Reise zurück. [2310b
Dr. A. Freudenberg.

Brennabor-Räder
und Jenensia-Räder auf
Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!
Sozial-Räder R. 65.—, Sozial-Luxus-Räder R. 100.— mit Freilauf
Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Handnummer „23“ zu achten.
23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Colosseum
Theater u. Konzert-Etablissement.
Dresdenerstr. 97
an der Prinzenstraße.
Die sensationellen Attraktionen des Eröffnungs-Programms!
Im Konzertsaal:
„Schrammeln“ u. ungar. Kapelle.
Anfang 8 Uhr.
Ende des Konzerts 1 Uhr.
Sonntags 2 Vorstellungen.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang:
Wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.
Regelbahn noch frei.

Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Skelett-Mensch
der einzig existierende, ohne Konturierung, 22 Jahre alt, 55 Pf. schwer.
Mne-Mno-Mni ???
Entrée 20 Pf.
Von der Reise zurück. [2310b
Dr. A. Freudenberg.

Brennabor-Räder
und Jenensia-Räder auf
Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!
Sozial-Räder R. 65.—, Sozial-Luxus-Räder R. 100.— mit Freilauf
Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Handnummer „23“ zu achten.
23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Colosseum
Theater u. Konzert-Etablissement.
Dresdenerstr. 97
an der Prinzenstraße.
Die sensationellen Attraktionen des Eröffnungs-Programms!
Im Konzertsaal:
„Schrammeln“ u. ungar. Kapelle.
Anfang 8 Uhr.
Ende des Konzerts 1 Uhr.
Sonntags 2 Vorstellungen.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang:
Wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.
Regelbahn noch frei.

Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Skelett-Mensch
der einzig existierende, ohne Konturierung, 22 Jahre alt, 55 Pf. schwer.
Mne-Mno-Mni ???
Entrée 20 Pf.
Von der Reise zurück. [2310b
Dr. A. Freudenberg.

Brennabor-Räder
und Jenensia-Räder auf
Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!
Sozial-Räder R. 65.—, Sozial-Luxus-Räder R. 100.— mit Freilauf
Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Handnummer „23“ zu achten.
23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Colosseum
Theater u. Konzert-Etablissement.
Dresdenerstr. 97
an der Prinzenstraße.
Die sensationellen Attraktionen des Eröffnungs-Programms!
Im Konzertsaal:
„Schrammeln“ u. ungar. Kapelle.
Anfang 8 Uhr.
Ende des Konzerts 1 Uhr.
Sonntags 2 Vorstellungen.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang:
Wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.
Regelbahn noch frei.

Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Skelett-Mensch
der einzig existierende, ohne Konturierung, 22 Jahre alt, 55 Pf. schwer.
Mne-Mno-Mni ???
Entrée 20 Pf.
Von der Reise zurück. [2310b
Dr. A. Freudenberg.

Brennabor-Räder
und Jenensia-Räder auf
Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!
Sozial-Räder R. 65.—, Sozial-Luxus-Räder R. 100.— mit Freilauf
Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Handnummer „23“ zu achten.
23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Colosseum
Theater u. Konzert-Etablissement.
Dresdenerstr. 97
an der Prinzenstraße.
Die sensationellen Attraktionen des Eröffnungs-Programms!
Im Konzertsaal:
„Schrammeln“ u. ungar. Kapelle.
Anfang 8 Uhr.
Ende des Konzerts 1 Uhr.
Sonntags 2 Vorstellungen.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang:
Wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.
Regelbahn noch frei.

Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Skelett-Mensch
der einzig existierende, ohne Konturierung, 22 Jahre alt, 55 Pf. schwer.
Mne-Mno-Mni ???
Entrée 20 Pf.
Von der Reise zurück. [2310b
Dr. A. Freudenberg.

Dankjagung.
Allen Freunden und Bekannten, die an der Beerdigung meiner lieben Frau
Ida Barnick
geb. Gendrick
teilgenommen haben, sage ich meinen innigsten Dank.
Der trauernde Gatte
Paul Barnick nebst Tochter.

Dankjagung.
Für die vielen Beweise innigster Teilnahme bei der Beerdigung meines guten, lieben und sorglosen Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels, des Restaurateurs
Wilhelm Bandelow
sagen wir allen Freunden und Bekannten für die überaus zahlreich teilnehmende Beteiligung, dem Verein „Berliner Weiblervereine“, „Beerdigungsverein Berliner Hinterbliebenen“, Verein der Berliner Restaurateurs und Gastwirte, der Vereinigung der unbedeutenden Gemeindebeamten im Stadtbezirk 149, den Mitgliedern der 83. Armenkommission und Gutschriftungskommission 149 I unseren herzlichsten, tiefgefühltesten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankjagung.
Für die vielen Beweise innigster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben guten Frau, unserer teuren Schwester, Tante und Schwägerin, Frau
Auguste Wache
geb. Döppmann
sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie für die zahlreichen Kränze, Blumen und dem Gelangenen „Bilmersdorfer Lieberlei“ sowie dem Verein „Charlottenburger Schanzwirte“ unseren herzlichsten Dank. 2310b
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankjagung.
Für die vielen Beweise innigster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben guten Frau, unserer teuren Schwester, Tante und Schwägerin, Frau
Auguste Wache
geb. Döppmann
sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie für die zahlreichen Kränze, Blumen und dem Gelangenen „Bilmersdorfer Lieberlei“ sowie dem Verein „Charlottenburger Schanzwirte“ unseren herzlichsten Dank. 2310b
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 29/14* Haut- und Harnleiden. 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

4571L*
Nach beendeter Saison
Ausnahmepreis!
Reichgestickte
abgepaßte Portieren
Die Dekoration
komplette
(best. aus 2 Flügeln u. 1 Querb.)
in Viktoriatuch . 525 (Wert 8,50)
in Wollserge 565 (Wert 10,50)
in Plüsch . . . 1050 (Wert 16,00)
Eine Partie Wollportieren mit allerliebster Blumenkante per Schal 2 Mark.
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin Oraniensstr. 158.
Nach auswärtig per Nachnahme.
Pracht-Katalog ca. 600 Abbild.
sowie Extraliste gratis u. franko.
Extra billig!
div. Teppiche
mit kleinen Webefeldern!

25 Volks-Versammlungen

finden am

Donnerstag, 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,

in folgenden Lokalen statt:

Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23.
Marienbad, Badstr. 36.
Swinemünder Festsäle, Swinemünderstr. 42.
Feldschlößchen, Müllerstr. 142.
Wilkes Festsäle, Brunnenstr. 188.
Wernaus Festsäle, Schwedterstr. 23/24.
Fröbels Allerlei-Theater, Schönhauser Allee 148.
Schulz' Festsäle, Gelfortstr. 15.
Moabiter Gesellschaftshaus (beide Säle), Wickestr. 24.
Arends Brauerei, Turmstr. 25-26.
Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
Lipps Brauerei, Friedrichshain 22.
Kellers Festsäle, Köpenickerstr. 29.

Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21.
Boekers Festsäle, Weberstr. 17.
Litfins Festsäle, Memelerstr. 67.
Verbandshaus, Greifswalderstr. 222.

Rixdorf. **Thiels Festsäle**, Bergstr. 151.
Rummelsburg. **Ww. Weigels Festsäle**, Türschmidt-Strasse,
 Ede Goethe-Strasse.
Friedrichsberg. **Gursch' Festsäle**, Frankf. Chaussee 128.
Friedrichshagen. **Gesellschaftshaus.**
Köpenick. **Stadttheater.**
Oberschöneweide. **Wilhelminenhof.**
Charlottenburg. **Volkshaus**, Rosinenstr. 3.

Tages-Ordnung:

Die Aussperrung in der Elektrizitäts-Industrie und die Unterstützung der Unternehmer durch die Behörden.

Arbeiter, Mitbürger, Parteigenossen!
 Erscheint zahlreich in obigen Versammlungen, um Stellung zu nehmen zu der Ungeheuerlichkeit der verschiedenen Behörden, die in der offensivsten Weise bei der gegenwärtigen Aussperrung für die Unternehmer Partei ergreifen.
 Die Arbeiter sollen durch die Millionen-Firmen an die Wand gedrückt werden und die Behörden helfen dabei nach Kräften mit.
 Dagegen gilt es Protest einzulegen und ist deshalb der Besuch der obigen Versammlungen dringend geboten.

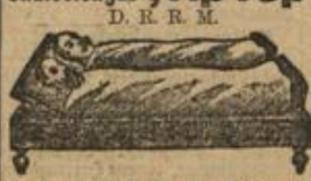
Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Alwin Körsten, Engel-Ufer 15.

152/11

Achtung! Klempner! Achtung!
 Sonnabend, den 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung aller bei Innungsmeistern Berlins und Umgegend beschäftigten Kollegen
 im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 3.
 Tages-Ordnung:
 Erwählung zum Gesellenauschuss und zum Innungs-Schiedsgericht.
 152/10
 Kollegen! Da diese Wahlen bei dem heutigen Stand der Verhältnisse für die gesamte Kollegenschaft von größter Wichtigkeit sind, wird das Erscheinen eines jeden auf das Bestimmteste erwartet.
 Im Auftrage des Gesellenauschusses: Max Gallrein.

Zentral-Verband der Töpfer.
 Filiale Berlin. 196/17
 Wir machen unsere Kollegen noch einmal auf die am Freitag, den 6. Oktober, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 4, stattfindende **Versammlung der Ortskrankenkasse der Töpfer** aufmerksam, in welcher die Delegiertenwahlen stattfinden. Krankentafelbuch oder Bescheinigung des Arbeitgebers gilt als Legitimation. Wir erwarten, daß unsere Kollegen vollständig erscheinen.
 Der Vorstand.

Chaiselongue, Tip Top' Chr. Häufler,
 D. R. P. M.

 Alte Schönhauserstr. 5.
Bettstühle v. 24,50 Mk.
 an
 ein- auch zweischläfrig.
 Chaisel-Bett „Herbert“ v. 17 Mk.
 an, mit Betthälter bis 65 Mk.
Reiche Auswahl in Metall-Bettstellen für Erwachsene u. Kinder zu billigen Preisen. 40311*

Stukkateure, Weißarbeiter!
 Freitag, 6. Oktober, abds. 8 Uhr, bei Franke, Sebastianstr. 39:
Außerordentliche Versammlung
nur für Zug- u. Weißarbeiter.
 Tages-Ordnung:
 Der Streit der Stukkateure und unser Verhalten dazu.
 Die Anwesenheit aller in diesem Fach tätigen Kollegen ist Ehrensache. Die Vorstandsmitglieder werden gebeten, zu einer Sitzung am demselben Tage pünktlich 6 Uhr bei Weidmann amoenend zu sein!
 Zentralverband der Stukkateure Deutschlands.
 Filiale Berlin. S. U.: P. Krebs.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin
 Sonntag, den 8. Oktober, abends 7 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:
 Vortrag des Schriftstellers **M. Maurenbrecher** über: **Arbeiter-Bildung.**
 Eintritt 20 Pf. Garderobe frei.
 Nach dem Konzert: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Zähne 2 Mk.
 an. Umarbeitung schlechtigender Gebisse. Reparaturen. Plomben 1,50 Mk. Zahnoperationen mit deutscher Ausbildung 1 Mk. Zahlreiche Anerkennungen. Beliebige Teilzahlung. Garantie für langlebigen Sitz. **Emil Schaefer.** Seit 9 Jahren nur **Urbanstraße 133**, vis-a-vis der Zigarrenfabrik.

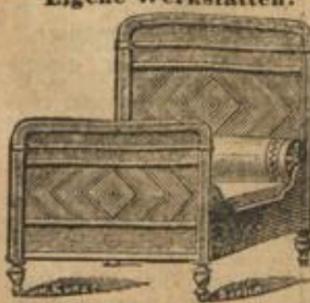
Soeben erschien Modell 1906
 mit bedeutenden Verbesserungen!

Zur Beachtung für die Berliner Arbeiterschaft!
 Seit fünf Wochen stehen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Siegalter Hutfabrik vormals Klein u. Co., G. m. b. H., im Streit, um eine Lohnerhöhung bis zu 50 Prozent abzuwehren. Die Firma verkauft ihre Produkte in eigenen Verkaufsstellen und befindet sich ihre Läden in Berlin:
Wilsnackerstraße 63,
Ritterstraße 19 a,
Friedrichstraße 250,
Große Frankfurterstraße 94.
 Die Firma verneint besonders mit der Arbeiterlandchaft. Die Streikenden appellieren an das Solidaritätsgefühl der Berliner Arbeiterschaft und erwarten, daß sie nicht eine Firma unterstützen, die wöchentliche Durchschnittslöhne von 6 Mark für Arbeiterinnen und 12-16 Mark für Arbeiter bis zu 50 Prozent herabdrücken will.
 Der Zentralverein für Hutarbeiter und Arbeiterinnen.
 Filiale Berlin.

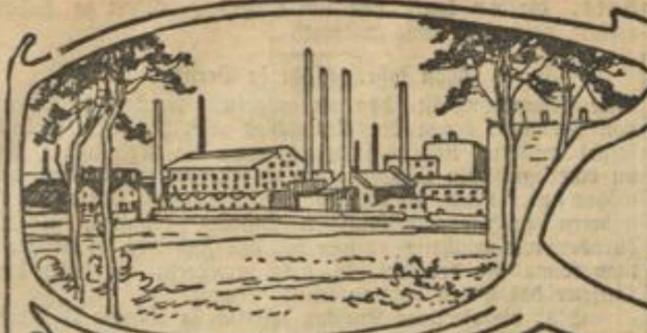
Hygienische
 Bedarfsartikel. Neuester Katalog m. Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
 Berlin NW., Friedrichstraße 91/92.

2 Ziehungen { 9. und 10. Oktober
 30. u. 31. Oktober
Metzer Dombau-Geld-Lotterie
 Hauptgewinne Mark:
100 000
30 000
20 000
 Für beide Ziehungen gültige
 Lose à 5 Mk., 1/2 à 2,50 Mk., Porto und Liste 50 Pf. extra, empfiehlt
Carl Heintze,
 Berlin W., Unter den Linden 3.

Kein Blaken! — Kein Rußen mehr!
 4 D. R.-Patente.
„A. B. C.“-Brenner
 für
Petroleum-Glühlicht
Mk. 5.50
 komplet m. Dauerstrumpf, Zylinder u. Docht.
 Brennt heller wie Gasglühlicht und verbraucht dabei nur für zirka 1 Pfennig
 Petroleum pro Stunde.
 Kein Verschneiden, kein Putzen des Dochtes; es gelangen nur auswechselbare Brennringe von großer Haltbarkeit zur Verwendung. Der Brenner ist so einfach, daß er von einem Kinde bedient werden kann, daher der Name „A. B. C.“
 Paßt für jede vorhandene 10^{1/2} u. 14^{1/2} Lämpen und mittels Zwischenring auch auf jedes andere Bassin.
Mustergültig in Handhabung u. Brennweise! Das rationellste Licht der Jetztzeit!

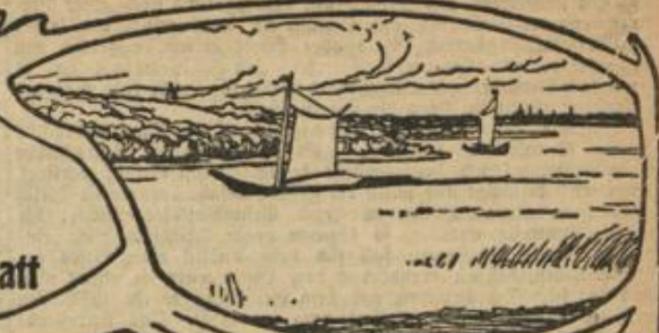
Eigene Werkstätten:

Möbelfabrik.
 Die besten und billigsten
Wohnungs-Einrichtungen
 kaufen Sie bei
Julius Apelt, Tischlermeister,
Berlin SO., Skalitzerstraße 6, am Kolbuser Tor.

Niederlagen:
 Herm. Arnhold, Alexandrinerstr. 110. O. Kahnt, Lützowstr. 13.
 O. Besold Ww., Alte Jakobstr. 51. Adolf Nevir, Unter den Linden 44.
 Louis Böttcher, Boxhagenstr. 32. O. P. Neuwendorf, Friedrichstr. 127.
 Thomas Goddson, Eichhornstr. 11. Paul Schenck, Reichenbergerstr. 30.
 M. Kirschhorn, Stralauerbrücke 3. H. Vettin, Brunnenstr. 34. 42/12*
 Karl Hesse, Brandenburgstr. 15.
Charlottenburg: F. Schröder, Schlüterstr. 50.
Ober-Schöneweide: J. W. Kantner, Elisenstr. 10.
Rixdorf: Emil Steinbach, Thüringerstr. 44.
Rummelsburg: Georg Reiner, Schillerstr. 35.
Steglitz: Alb. Busse Nachf., Schützenstr. 50.
 Ewald Buck, J. Dahlemann Nachf., Schloßstr. 50.
Weißensee: Gerlitz & Wolfram, Königshaussee 35.
Wilmersdorf: Franz Hinze, Bernhardtstr. 10.
 Friedr. Müller, Bruchsalstr. 14.



Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1933.

Nr. 233. Donnerstag, den 5. Oktober 1905.

Inserate sechsgepaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Der Anschlag auf die Fahrkarten-Verkäuferin

Fraulein Effenberg kam gestern zur Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts II. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Pusch, die Anklage vertritt Staatsanwalt Schmidt, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Karl Löwenthal und Dr. Werthauer. Es sind etwa 40 Zeugen geladen. Der Sachverständige, Gerichtschreiber Dr. Jeserich, hat angezeigt, daß er noch bei einem auswärtigen Schwurgericht unabhörlings ist und vor Donnerstag an hiesiger Gerichtsstelle nicht erscheinen kann. Der Vorsitzende wird sich wegen der möglichst frühzeitigen Entlassung des Dr. Jeserich telegraphisch mit dem dortigen Schwurgerichtsvorsitzenden in Verbindung setzen. Als Sachverständiger ist Professor Dr. Passar anwesend. — Die auf verächtlichen Rord und verächtlichen schweren Raub lautende Anklage richtet sich gegen den 27 Jahre alten, noch unehelichen Bauarbeiter Karl Schönborn, der einmal mit einer kleinen Geldstrafe von 3 Mark wegen Körperverletzung vorbestraft ist.

Der Ueberfall auf die Fahrkartenverkäuferin ereignete sich in der Nacht des 25. Februar auf der Fahrkartenverkaufsstelle am Zoologischen Garten. Die Tat wird dem Angeklagten zur Last gelegt. Dieser bestreitet auf das entschiedenste, der Täter zu sein. Die am Tatorte gefundene Wäsche sei nicht sein Eigentum. Er gibt genaue Daten über seinen Verbleib am Abend des 25. Februar. Den verschiedenen Einwürfen, die der Vorsitzende auf Grund der Befundungen mehrerer Zeugen in der Voruntersuchung gegen die Angaben des Angeklagten über seinen Aufenthalt am 25. Februar abends und die Vorgänge an den darauf folgenden Tagen macht, begegnet der Angeklagte wiederholt mit einem solchen Wortschwall und solcher Dreistigkeit, daß der Vorsitzende ihn wiederholt sehr energisch in seine Schranken zurückweisen und ihn dringend auffordern mußte, sich anständig vor Gericht zu benehmen. Er scheint zu glauben, daß er hier die Verhandlungen zu leiten habe, und verweist wohl ganz, daß er Untersuchungsgefangener sei, gegen den mit Disziplinarstrafen vorgegangen werden könne.

Die erste Zeugin ist die Ueberfallene, Fräulein Hedwig Effenberg.

Die jetzt 22 Jahre alte Zeugin gerät beim Betreten des Saales und beim Anblick des Angeklagten in eine hochgradige Erregung, die sich durch lautes Schluchzen kundgibt. Sie bekundet auf Befragen des Vorsitzenden, daß sie im Dezember v. J. bei der Hochbahn angestellt worden sei; sie habe erst im Bureau gearbeitet, und da sie eine gute Rechnerin sei, sei sie mit dem Schalterdienst auf der verkehrreichen Station Zoologischer Garten betraut worden. Infolge des Ueberfalles und der Beschädigung ihrer Gesundheit sei sie jetzt erkrankt, denn sie sei aus dem Dienste der Hochbahn entlassen worden. Als sie am 25. Februar nachts kurz vor 2 Uhr mit dem Kassemachen und dem Einbeuteln des Geldes beschäftigt gewesen, klopfte es plötzlich an die Tür und eine Stimme rief: „Machen Sie doch mal auf!“ Sie glaubte, daß es der Aufsichtsbote sei, als sie aber die Tür öffnete, stand nicht dieser vor ihr, sondern ein Mann in der Uniform eines Hochbahnschaffners, der in den kleinen Raum trat und sagte: „Ach, ich habe ja so starke Zahnschmerzen. Haben Sie nicht ein bißchen Watte da?“ Sie antwortete: „Ja, gewiß!“ Sie ging an ihr Tischchen und nahm dort etwas Watte heraus. Plötzlich erhielt sie einen heftigen Schlag auf den Kopf, sie weiß nur, daß ihr die Sinne schwand. Als sie wieder aufwachen konnte, sah sie den Menschen; sie schrie wieder laut und der Mensch lief eilig zur Tür hinaus.

Auf Anordnung des Vorsitzenden muß der Angeklagte aus dem Ansaalraum heraustraten, sich den Uniformmantel ansehen und die Dienstmütze aufsetzen und an die Zeugin herantreten. Er tut dies in sehr dreister Weise und sagt zu der Zeugin: „Kun bitte, Fräulein, sehen Sie mich recht genau an!“ Weitere, recht dreiste Nebenwendungen des Angeklagten unterbricht die Zeugin plötzlich mit dem kranzhaften Ausschrei:

„Ja, Sie sind's!“

Der Angeklagte sucht sie mit einem großen Wortschwall davon zu überzeugen, daß sie sich entschieden irren müsse.

Fraulein, wie können Sie denn so was sagen? Sehen Sie mich hübsch an! Woran wollen Sie mich denn erkennen?

Zeugin (erregt): Sie sind's! Ich erkenne Sie an dem großen Schnurrbart und den Augen!

Angekl. (dreist): Ach so, also jeder, der einen großen Schnurrbart hat, ist verdächtig!

Der Angeklagte war dabei so dicht an die Zeugin herantreten, daß der Vorsitzende den anwesenden Schuttmann beorderte, sich dicht neben den Angeklagten zu stellen. — Gegen die Zuverlässigkeit der Melognoisierung des Angeklagten durch die Zeugin erhebt Rechtsanwalt Löwenthal verschiedene Einwendungen, indem er auf deren Erregung, die mangelhafte Beleuchtung u. hinweist und darauf aufmerksam macht, daß die Zeugin bei den früheren Gegenüberstellungen immer gefagt habe, sie könne den Angeklagten mit Bestimmtheit nicht erkennen, wenn es ihr auch so sei, als ob er es sein könnte. Es werden die betreffenden Protokollierungen bekanntgegeben. Der Staatsanwalt stellt fest, daß die Zeugin in der Nacht, als um dieselbe Stunde, zu welcher der Ueberfall geschah, ein Lokaltermin an Ort und Stelle stattfand, bei der Vorführung des Angeklagten gefagt hat: sie könnte es fast beschwören, daß es der Täter ist! Jetzt ist die Zeugin der Ansicht, daß sie im Innern das Gefühl habe, daß es der Angeklagte ist.

Frau Effenberg, die

Mutter der Ueberfallenen,

kann nur sagen, daß ihre Tochter, als sie nach dem Ueberfall nach Hause gebracht wurde, sagte: sie würde den Täter nicht bestimmt erkennen können. Ihre Tochter sei nach dem Ueberfall sehr nervös geworden, sie sei sehr aufgeregt, schreie bei Aufregungen plötzlich auf, falle auch manchmal um. Auf eine Frage des Rechtsanwalts Löwenthal befragt die Zeugin, daß ihre Tochter von der Direktion der Hochbahn entlassen worden sei, keine Rente von dieser erhalte und Entschädigungsansprüche gegen sie zu haben glaube.

Bei Frau Sowe del hat der Angeklagte ebenso wie noch zwei andere Schlafburschen gewohnt. Anfang Februar wollte er rücken, sie inhibierte jedoch seinen Wegzug, indem sie mit Erfolg die Innehaltung eines Kündigungstermins geltend machte. Als sie von dem Ueberfall in der Zeitung gelesen, habe sie nach der Personalbeschreibung des Täters, ebenso wie ihre Tochter, das Gefühl gehabt, daß es am Ende Schönborn gewesen sein könnte. Dieser ist an dem am den 25. Februar folgenden Sonntag von ihr weggezogen. Am Tage darauf, also drei Tage später, sei die Polizei in ihre Wohnung gekommen und habe sich nach Schönborn erkundigt. Da habe sie sich

auf Befragen genau erinnert, daß Schönborn in der kritischen Freitag-Nacht erst nach 2 Uhr nach Hause gekommen sei. Es sei nicht wahr, daß er schon um 1 Uhr zu Hause war. Seitdem bei ihr ein Einbruchdiebstahl vorgekommen, handhabe sie die Sache so, daß, wenn die Schlafburschen später ausbleiben, sie den Schlüssel von innen in der Rückentür stecken lasse. Die Schlafburschen müssen dann, wenn sie heimkehren, durch die Küche durch und sie müsse ihnen die Tür öffnen. In der Freitag-Nacht sei sie aufgewacht und habe sich gewundert, daß Schönborn noch nicht zu Hause sei. Sie habe ein Streichholz angezündet und durch einen Blick auf die Wackeruhr sich überzeugt, daß es schon 2 Uhr war. Erst nach einiger Zeit sei Schönborn nach Hause gekommen und sie habe ihm im Dunkeln die Rückentür geöffnet. Ob er eine Mütze oder einen Hut auf gehabt, oder im bloßen Kopf gekommen, könne sie nicht sagen. Sie weiß auch nicht, wann der Angeklagte seine Uniform zu seinem Bruder geschafft hat. Ein Weil hat sie nie in seinem Weize gesehen. Die Zeugin bleibt trotz mehrfacher Vorhaltungen dabei, daß sie sich in der Zeit nicht täusche.

Rechtsanwalt Dr. Werthauer hält es für auffällig, daß eine Frau, die drei Schlafburschen beherberge, die doch ziemlich unregelmäßig nach Hause kommen, sich so genau erinnern wolle, wenn einer von diesen drei Tage vorher nach Hause gekommen sei. Wenn eine aus dem Schloße erwachende Frau bei dem Lichte eines Streichholzes einen Blick auf eine kleine Wackeruhr werfe, so sei es doch auch leicht möglich, daß sie die Zahl eins für eine Zwei ansehe. Auf Antrag des Verteidigers wird die Frau beauftragt, diese Wackeruhr an Gerichtsstelle zu schaffen. — Während der Aussagen dieser Zeugin schlägt der Angeklagte erregt und kopfschüttelnd mit der Hand auf die Schramme. — Präs.: Sie regen sich ja merkwürdig auf! Wenn Sie sich unschuldig fühlen, brauchen Sie sich doch nicht so aufzuregen. — Angekl.: Da soll man sich nicht aufregen, wenn einem vielleicht zehn Jahre Zuchthaus drohen und man hat nichts gemacht!

Der Zeuge Gastwirt Schieper weiß, daß an dem fraglichen Abend Schönborn mit zwei anderen Arbeitern in sein Lokal gekommen sei und dort bis etwa 10 Minuten nach 11 Uhr sich aufgehalten habe. Er hat mehrere Male den Besuch des Schönborn erhalten und bekundet, daß nach seiner Meinung dieser

zwei Mützen

befessen habe, von denen die eine mit Stalk bespritzt und die andere noch neuer war. Ob er an dem kritischen Abend eine Mütze oder einen Hut getragen, weiß der Zeuge nicht, behauptet dagegen bestimmt, daß Schönborn ein größeres Paket bei sich gehabt habe. Große und Manilowasi haben von einem solchen Paket nichts gesehen. Das Paket soll übrigens, wie Zeuge Sch. auf Befragen bekundet, kleiner gewesen sein, wie der zusammengelegte Dienstmantel des Angeklagten.

Der Angeklagte bestreitet entschieden, ein Paket bei sich gehabt, oder gar, wie der Zeuge Sch. behauptet, mit diesem über das Paket gesprochen zu haben.

Zeugin Sowa now, die Braut des Angeklagten, war früher Dienstmädchen bei einem Rentier Schälz. Sie hat öfter den Besuch des Angeklagten erhalten. Das auf dem Gerichtstische liegende Weiz kennt sie nicht. Den Angeklagten habe sie seit seinem Ausschleiden aus dem Dienst am 1. Februar nie mehr in Uniform gesehen, von seinem Mantel wisse sie nichts, ein Paket habe er nie zu ihr mitgebracht.

Weitere Erörterungen mit anderen Zeugen drehen sich um die Frage, ob vielleicht das Motiv zu dem Raubmordversuch darin zu finden sei, daß der Angeklagte befürchten mußte, von seinem Schuldner, dem er seine Spargelber geborgt, nicht die 600 M. zu erhalten, die er von diesem zum Zwecke der Heirat zurückverlangt hatte. Dem Angeklagten kann nicht widerlegt werden, daß er die Hoffnung haben konnte, das Geld von dem Schuldner zurück zu erhalten.

Ein als Sachverständiger herbeigeholter Kürschner aus der Kruppstraße stellt durch Messungen fest, daß wohl die Mütze, die in der Wäsche befunden wurde, dem Angeklagten passe, aber die am Tatort zurückgelassene Mütze

ihm zu klein sei.

(Die Anklage nimmt nicht an, daß der Angeklagte diese letztere Mütze sich angeschafft habe, um sie zu tragen, sondern, daß er sie sich zu dem verbrecherischen Zweck verschafft habe.)

Frau Sowe del stellt nunmehr ihre herbeigeholten beiden Wackeruhren, an deren Zuverlässigkeit, Gangart u. d. die Verteidiger verschiedene Betrachtungen knüpfen, auf den Gerichtstisch nieder. Große Heiterkeit erregt es, als in demselben Augenblick der Wacker der einen Uhr laut zu tönen beginnt. Frau S. soll zum Schluß der heutigen Sitzung beide Uhren genau gleich stellen und an Gerichtsstelle belassen, und dann soll morgen festgestellt werden, ob sich Differenzen zeigen.

Architekt Schönborn, ein entfernter Verwandter des Angeklagten, hat seinerzeit, als er die Geschichte von dem Ueberfall und die Personalbeschreibung des Täters las, an den Angeklagten gedacht und vermutet, daß dieser auch vernommen werden würde. Er schilderte den Angeklagten als einen fleißigen und sparsamen Menschen, der zu der kritischen Zeit bei ihm noch etwa 300 M. gut stehen hatte und auch von seinem (des Angeklagten) Bruder das nötige Geld zum Anschaffen der Hochzeitsmöbel bekommen haben würde.

Zeuge Preuß, der Halbbruder des Angeklagten: Der Mantel des Angeklagten sei seit Anfang Februar dauernd in seiner (des Zeugen) Verhauung gewesen. Es sei

ganz abgeschlossen,

daß er ohne sein Wissen während der Nacht einmal herausgenommen sein könnte.

Kriminalinspektor Trause hat die in der Mütze vorgefundenen Haare sorgfältig verpackt und an die Staatsanwaltschaft eingesandt. Die Recherchen haben sich speziell auch auf einen Mann namens Kühn erjert, von dem der Angeklagte behauptet hatte, daß die Personalbeschreibung auf diesen passe. Es habe sich jedoch ergeben, daß nach der Meinung der Beamten, die mit dieser Recherche weiter beauftragt wurden, dieser Kühn gar nicht in Frage kommen könne.

Es folgen noch mehrere Zeugen ohne wesentliches Interesse. Einige bekunden, daß der Angeklagte bei der Arbeit nur eine Mütze gehabt und beim Nachhausegehen stets einen Hut aufgesetzt habe.

Nachdem wird die Sitzung auf Donnerstag 9 1/2 Uhr vertagt.

Partei-Angelegenheiten.

Groß-Lichterfelde · Steglitz · Friedenau. Donnerstag, abends 8 Uhr, findet im Birkenwäldchen, Schützenstraße, Steglitz, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag.

Die Genossen der genannten Orte werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Wittenwalde. Sonntag, nachmittags 4 Uhr, findet bei E. Schmidt zu Wittenwalde eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt; wir bitten die Parteigenossen, zu dieser Versammlung auch ihre Frauen mitzubringen, denn die letzte Versammlung wurde gerade wegen der Frauen aufgelöst.

Boghen-Rummelsburg. Heute (Donnerstag) abends 9 Uhr im Lokale der Witwe Weigel, Türschmidtstr. 49: Volksversammlung. Tagesordnung: Der Kampf in der Elektrizitätsindustrie. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Das Gewerkschaftsblatt.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Kreisversammlung für den Reichstagswahlkreis Teltow-Deedlow-Storlow-Charlottenburg, die sich mit der Berichterstattung vom Parteitag beschäftigte, fand am Dienstag in Charlottenburg im dortigen „Volkshaus“ statt. Genosse Gruhl-Rosowas als erster Berichterstatter referierte im besonderen sehr ausführlich über die Verhandlungen, die sich auf das Organisationsstatut bezogen. Es entspricht nach seiner Annahme in der Hauptache den von unserem Kreise gefaßten Beschlüssen, namentlich die viel umstrittene Frage, den Ausschluß eines Genossen aus der Partei betreffend, sei jetzt in zufriedenstellender Weise geregelt. — Der zweite Delegierte, Genosse Wogheime r-Groß-Niederfelde, berichtet über die Verhandlungen in dem Streit zwischen „Leipziger Volkszeitung“ und „Vorwärts“. Prinzipielle Versuche gegen die Grundanschauungen der Partei seien von seiner Seite gemacht. Der Redner ist der Meinung, daß Streikigkeiten trotz der gefaßten Beschlüsse in Jena in dieser Hinsicht auch nicht verschwinden werden; nur möge man nicht immer eine so große Empfindlichkeit an den Tag legen. In bezug auf die Frage der Raiffeier und die des politischen Massenstreiks ist der Redner der Ansicht, daß die Gewerkschaftsmitglieder einen Teil ihrer Forderungen an anderer Überzeugung zu bringen haben. — Genosse Wölke-Rirdorf als dritter Delegierter hob zunächst den Punkt aus der Rede des Genossen Rollenbuhr hervor, der sich mit der Referentenfrage befaßte. Man solle nicht immer „große“ Redner bevorzugen, um volle Säle zu bekommen, sondern junge Kräfte ausbilden. Die Raiffeier habe durch die Rede des Genossen Fischer genügende Würdigung auf dem Parteitag erhalten. Die einzelnen Gewerkschaftsmitglieder denken ja auch ganz anders wie verschiedene Führer der Gewerkschaften, das haben zur Genüge die Debatten, die sich an den Kölner Gewerkschaftstagen angeschlossen, bewiesen. Bei der Frage des politischen Massenstreiks sei der Standpunkt von Vernstein und Friedberg genügend festifiziert worden. — Die Delegierte der Frauen des Kreises, Frau Jäger-Rirdorf, verbreitete sich über die Frage der Jugendorganisation und trat für Verbreitung der „Gleichheit“, sowie für eine intensive Agitation unter den Frauen ein. — In der Diskussion trat zunächst Genosse Jenste für den „Parlamentarismus“ ein und kritisierte das Bestreben der lokalen Gewerkschaften, die nur Uneinigkeit in die Massen einführen. Die Leute, die sich jetzt um Friedberg scharen, werden das Schiff auf den Grund bringen. Genosse Klemming ist unbedingt dafür, daß jetzt die Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaft überall geschaffen werde. — Genosse Schmidt bedauert, daß die proportionale Vertretung der Wahlkreise auf den Parteitag nicht in das Organisationsstatut aufgenommen sei. Bei dem jetzigen Beschluß haben Wahlkreise mit noch nicht 600 Wählern ebensoviel zu sagen, wie die Berliner und andere große Wahlkreise. Die Regelung der Raiffeier sei nur zu begrüßen. Auch mit der Aufführung der Frauen, die naturnotwendigerweise mit der Aufführung der Männer zusammenhängt, müssen sich die Genossen mehr befassen. — Genosse Schiffer meint, daß man dem Genossen Friedberg Dank schuldig sei, denn ohne seine Agitation für den Generalstreik wäre die Frage des politischen Massenstreiks nicht in Jena verhandelt worden. Friedberg suche nicht den Parlamentarismus zu beseitigen, sondern er wolle nur dessen Schäden heilen. Schiffer bekundet sich als Lokalorganisationsreferent und beklagt lebhaft, daß man seinen Freunden die Parteifrage nehmen wolle. — Genosse Habicht wendet sich gegen den Korredner. Dieser beurteile die Verhältnisse in den zentralorganisierten Gewerkschaften ganz falsch, eine Verumpfung sei nicht vorhanden. Man solle nicht unnützlich übertreiben. Wir müßten jetzt mehr für die Durcharbeitung der Massen sorgen, deshalb sei der Beschluß mit Freunden zu konsolidieren, daß die „Neue Zeit“ an die leitenden Genossen zu billigerem Preise abgegeben werden soll. — Genosse Gruhl erklärt mit Genehmigung, daß sämtliche Redner sich mit den Beschlüssen von Jena einverstanden erklärt haben und verbreitet sich zum Schluß noch über die proportionale Vertretung auf den Parteitag, wie sie Genosse Schmidt wünschte. — Der weitere Tagesordnungspunkt: „Wahl einer Delegierten zur Brandenburgischen Provinzialkonferenz“ wird dadurch erledigt, daß Frau Bäuml er-Schöneberg als solche ohne Widerspruch gewählt wurde. — Frau Thiel-Tempelhof als weibliche Vertrauensperson des Kreises teilte mit, daß am Mittwoch, den 11. Oktober in Charlottenburg eine öffentliche Frauenversammlung zwecks Gründung eines Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins für Charlottenburg, stattfindet. Der Vorsitzende, Genosse Paul Hirsch, berichtete ferner, daß am Sonntag, den 8. d. M. in Berlin nebst Vororten eine Flugblattverbreitung als Protest gegen den Fleischwucher erfolgt; er ersuchte um zahlreiche Beteiligung. Ferner weist er auf die Parteitagprotokolle hin, die jedenfalls an den nächsten Jahrestagen schon verabschiedet werden und zum Preise von 10 Pf. für Wahlvereinsmitglieder zu haben sind. Auch sollen die Genossen den Ausgesperrten der Elektro-Industrie ihre volle Sympathie entgegenbringen und sie nach Kräften unterstützen. Mit einem dreifachen Hoch auf die Partei endete die Versammlung.

Schmargendorf.

Die Gemeindevertretung im Vorort Schmargendorf hat die Anstellung eines Gemeinde- und Amtsbaumeisters mit einem Anfangsgehalt von 4500 M. beschlossen. Für den Posten ist der bisherige technische Beirat Regierungsbaumeister Schulz ausersuchen. Die Gemeinde beabsichtigt auch, elektrische Straßenbeleuchtung einzuführen, zu welchem Zweck ein Vertrag mit dem Elektrizitätswerk Süd-West abgeschlossen werden soll.

Friedrichsfelde.

Mit Vinsol vergiftet hat sich der Sattlermeister R. Habermann in der Berlinerstr. 55 zu Friedrichsfelde. Habermann ist ein Velleiter und geachteter Mann und scheint die Tat in einem Anfälle von geistiger Störung vollbracht zu haben. Er war Mitglied der frei-

willigen Feuerwehr und wohnte am Montagabend noch einer Versammlung der Wehr bis zum Schluß bei und verließ als letzter den Versammlungsraum. Bald aber kehrte er um, angeblich um nachzusehen, ob alles verläßlich sei. Im Spritzenraum hat er dann sein Vorhaben angeführt, dort wurde die Leiche früh morgens gefunden; neben ihr stand die Hydroklype.

Infolge der Choleraepidemie hat die Sanitätsbehörde hiesige Grundstücke besichtigt. Es sollen dabei beträchtliche sanitäre Mängel sich herausgestellt haben. Wenn Gefahr vorliegt, dann wird besichtigt und wenn die größte Gefahr vorüber ist, bleibt alles beim alten. Hätten wir eine Gesundheitskommission, die ständig Kontrolle ausübt, so könnten grobe Mißstände nicht einreichen. Einer der Herren soll sich beim Anblick eines Hofes geniert haben, daß er, trotzdem er vom Lande wäre, so etwas nicht gewöhnt sei. Der Brunnen auf dem Grundstück wurde geschlossen und der Anschlag an die Wasserleitung veranlaßt. Das betreffende Grundstück gehört der katholischen Kirchengemeinde.

Nowawes-Neuendorf.

Einen Selbstmordversuch unternahm in dem Ort der Stahnsdorferstraße in Neuendorf gelegenen Wäldchen der in den jüngsten Jahren stehende Schriftsteller Miledi. Er verließ freiwillig am Montagvormittag seine Arbeitsstätte in Neu-Babelsberg, nachdem er seinen Kollegen mitgeteilt hatte, daß er sich das Leben nehmen werde, welche Äußerung diese aber nur als Scherz auffaßten. Tatsächlich kaufte er sich einen Revolver, begab sich in den Wald und schoß sich eine Kugel in den Kopf, die ihn nur ungefährlich verletzte. Da der Genannte stark dem Alkohol ergeben war, dürfte ihm die Resignation über seinen Zustand zu diesem Schritte verleitet haben.

Eine Industrie-Ausstellung im Jahre 1906 in Nowawes stattfinden zu lassen, beschloß der Verein für Handel und Gewerbe in seiner kürzlich abgehaltenen Sitzung. Ist schon für eine Großstadt ein derartiges Unternehmen, wenn es etwas Bedeutsames werden soll, mit bedeutenden Schwierigkeiten verbunden, so muß ein solches Projekt in einem Orte von kaum 12 000 Einwohnern geradezu ein herabgesetztes Lachen hervorrufen. Allerdings hatte der genannte Verein bereits im Jahre 1901 ein derartiges Experiment ausgeführt, aber jeder Besucher dieser „Ausstellung“ wird sich erinnern, daß er in jedem Potsdamer oder Berliner Warenhause bessere Sachen in geschmackvoller Auslage gratis zu sehen bekommen konnte, als in dieser sogenannten Industrie-Ausstellung. Zwar wird jetzt in Potsdamer Zeitungen behauptet, die damalige Ausstellung sei glänzend verlaufen. Für die Klasse des genannten Vereins mag das wohl der Fall gewesen sein, da der Besuch ziemlich zahlreich war, im übrigen war es nichts anderes als ein gewöhnlicher Jahrmärktchen: daß es im nächsten Jahre etwas anderes werden wird, dafür sind gar keine Aussichten vorhanden. Der Zweck der Veranstaltung wird für die Arrangements auch erfüllt sein, wenn dieselbe mit demselben „glänzenden“ Resultat abschließt wie die erste „Industrie-Ausstellung“.

Potsdam.

Die gesicherte Existenz. Der Arbeiter Flemming, der bei der Potsdamer Expeditions- und Möbeltransportfirma Bentzer u. Sohn beschäftigt war, erhielt nach 32jähriger Tätigkeit daselbst plötzlich seine Entlassung mit der Motivierung: man könne ihn nicht mehr brauchen. Nachdem der Mann also seine besten Jahre dem reichgeordneten Unternehmer für einen Lohn zur Verfügung gestellt hatte, der ihn nie mehr als das Lüge Leben zu fristen erlaubte, wird er zum Dank dafür jetzt auf die Straße geworfen. — Leider ist der Bedauernswerte nicht einmal organisiert, da er sich, wie so viele seiner Verfassungskollegen, von den schönen Worten seines Arbeitgebers betören ließ und der Organisation fernblieb. Mögen andere hieraus lernen!

Ueber „Die Bedeutung der politischen Parteien“ sprach Genosse Max Kiesel-Berlin am Montag in einer Potsdamer Gewerkschaftsversammlung, die von den Malern einberufen war. Der Redner schilderte in charakteristischer Weise Entstehung, Zweck und Ziele der konservativen Partei, der Zentrumspartei und der Nationalliberalen, die er als die schlimmsten Feinde der Arbeiterbewegung kennzeichnete. Auch die anderen kleineren Parteigruppen, besonders die der Freisinnigen, wurden von dem Vortragenden auf ihren wahren Wert resp. Wert für die Arbeiterklasse zurückgeführt, die nur eine Partei als ihre berufene Vertreterin in dem Emanzipationskampfe des Proletariats anerkennen könne: die sozialdemokratische Partei. Im eigenen Interesse ist es daher Pflicht aller Gewerkschaftsmitglieder, sich der einzigen Arbeiterpartei anzuschließen, sich also auch politisch zu organisieren, um gemeinsam den großen Befreiungskampf gegen das Kapital zum Siege zu führen. — Der reiche Beifall, der dem Redner zu teil wurde, und die auf den Vortrag folgende Diskussion erbrachten den Beweis, daß derartige Vorträge eine gute Aufnahme bei den Gewerkschaften finden, weil sie eine oft empfundene Lücke im politischen Wissen des Arbeiters ausfüllen.

Mögen andere hiesige Gewerkschaften das hiermit gegebene gute Beispiel bald nachahmen. Auf diese Weise wird der sozialistische Geist, der den Gewerkschaften auf dem Parteitage in Jena mit Recht empfohlen wurde, bald seine Ausbreitung finden — zum Segen der gesamten Arbeiterbewegung.

Reinickendorf.

Der Wahlverein von Reinickendorf (Ost) hielt bei Kirch (Seepark) eine Mitgliederversammlung ab, in welcher Genosse Sassenbach über Monarchie und Demokratie sprach. Der Vortrag wurde mit vielem Beifall aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich Lorenz und Gursh im Sinne des Referenten. Letzterer forderte die Versammelten auf, auf die „Hohenzollern-Legende“ zu abonnieren. Nachdem beschlossen war, das Herbstvergnügen am 18. November in Leders „Schützenhaus“ abzuhalten, schloß um 11½ Uhr der Vortragende die zahlreich besuchte Versammlung.

Zehlendorf.

Weshalb säuerten, harten Baden die meisten westlichen Vororte Berlins für die Agitation darbieten, ist in Parteikreisen der Provinzen verhältnismäßig wenig bekannt. Sie gehören in den Augen der meisten fernher wohnenden Genossen ebenso wie die anderen Vororte zu Berlin, Groß-Berlin — und ganz Berlin gilt eben als sozialdemokratische Hochburg. Wer selbst im Westen wohnt und mitarbeitet, weiß, wie falsch das ist. Das macht natürlich, daß eine vorwiegend nicht proletarische Bevölkerung hauptsächlich hier ihre Wohnstätte hat.

Auch von Zehlendorf gilt das Gesagte, doppelt und dreifach so gar. Bis vor wenigen Jahrzehnten war es ein kleines und reines Bauerndorf. Seitdem hat es sich mit seinem Ortsteil Schlachtensee immer mehr zu einem großen, jetzt über 10 000 Einwohner zählenden Villenort verewandelt. Man kann diese Einwohnermasse wirtschaftlich und sozial in vier Gruppen teilen: die erste besteht aus der alten bäuerlichen Bevölkerung des Ortes mit ihrem Anhang aus Handwerker- und Kaufmannsdreien. Die zweite setzt sich aus den Villenbesitzern, Villenbewohnern und Baugrundstückinhabern zusammen, eine immer reiche, einflußreiche und an Zahl von Jahr zu Jahr wachsende Gruppe. Die dritte wird gebildet aus der großen Schar staatlicher, kommunaler und vor allem auch privatindustrieller Beamten und Angestellten jeden Ranges, die beinahe alle in Berliner Büros arbeiten, aber hier draußen wohnen. Und erst die vierte Gruppe bilden die Arbeiter und „kleinen Leute“, im Vergleich zu den anderen an Zahl wohl kaum den vierten Teil ausmachend. Dabei ist diese Gruppe durchaus nicht homogen, d. h. in ihrer Zusammensetzung aus sozial gleichartigen Elementen bestehend. In ihr sondern sich deutlich Untergruppen ab, die schwer zugänglich sind. So diejenige der bei den Bauern und bei der Gemeinde arbeitenden Tage-, Land- und Gartenarbeiter. Ferner die der Ausländer, Italiener, Tschechen, Polen, die namentlich neuerdings infolge des Ost-Westverkehrs sich zahlreich hier angesammelt haben. Dann diejenige der Postisten, Gärtner, Köchinnen und Eisenbahnarbeiter. So bleibt nun ein verhältnismäßig kleiner Bruchteil wirklicher, modernen Ideen zugänglicher, industrieller Arbeiter. Und auch der ist für die Organisation nur wieder teilweise zugänglich. Denn unter

ihnen gibt es eine nicht unbeträchtliche Anzahl sogenannter fluktuierender Elemente, d. h. solcher, die teils durch ihre Arbeitslosigkeit, teils aus Rücksicht auf kranke Familienglieder, teils aus Reizung zum Romantisieren, nur auf kurze Zeit, d. h. ein bis zwei Jahre am Orte bleiben, und, da sie damit bewußt gleich bei ihrem Abzuge rechnen, überhaupt am Orte nicht einwurzeln und für das, was in ihm vorgeht, kein Interesse bezeugen. Diejenigen, die für Agitation, Organisation und tätiger proletarischer Mitarbeit im Bereich kommen, sind namentlich Bauarbeiter: Maurer, Zimmerleute, Bauhilfsarbeiter, Bauarbeiter, Bauknechte usw. Doch auch unter denen war anfangs die Arbeit teilweise nicht ganz leicht. Denn auch sie, namentlich politisch schon Interessierte und Aufgestärkte, liebten es, ihre politische Anregung und Förderung in Berlin zu finden und zu finden. Dazu kam noch in den neunziger Jahren ein — wie noch heute erzählt wird — mitunter geradezu rücksichtsloser Druck seitens der Polizei, die es fertig gebracht haben soll, sieben Jahre lang jede Versammlung am Orte unmöglich zu machen.

Aus alledem wird es verständlich, daß bis Ende der neunziger Jahre nur einige wenige gewerkschaftliche Zellen existierten. Einen Wahlverein gab es nicht. Die paar Genossen, die miteinander Fühlung hatten, waren in Lichterfelde organisiert. Erst 1900 ist auch hier ein sozialdemokratischer Wahlverein gegründet worden. Er hat sich durch böse und gute Tage gehalten und heute die Zahl von 100 Mitgliedern überschritten. Um ihn herum haben sich dann die weiteren Organisationen konsolidiert. So fünf Gewerkschaften mit, wenn wir nicht irren, zurzeit über 300 Mitgliedern; so ein Kaufmannverein mit 160—170 Genossen; so endlich auch einige sportliche und sonstige Vereine: ein Rauchklub, der noch aus alten Tagen her besteht, ein Gesangsverein und ein Radfahrverein. Selbst ein kleines Gewerkschaftsamt existiert bereits. Seit 1902 beteiligen wir uns an den Gemeindevahlen, ohne natürlich schon einmal gesiegt zu haben. Doch sind die dabei erzielten Erfolge durchaus ermutigend.

Alle diese Fortschritte haben auch — der beste Gradmesser dafür, daß es wirklich Fortschritte sind — schon ihre Wirkung am Orte getan. Es besteht auch hier ein Ortsverein, der namentlich der Sammelpunkt hiesiger Willenbesitzer sowie der Beamtenkreise ist. Es soll nicht gelugnet werden, daß er im einzelnen manches Nützliche geleistet hat, das auch zu einem kleinen Teil der Arbeiterbevölkerung zugute kommt. Im großen und ganzen nützt und will er nützen natürlich dem hiesigen „besseren“ Bürgertum. Dieser Ortsverein veranstaltete noch in den Jahren von 1900 bis 1903 von Zeit zu Zeit öffentliche Gemeindevähler-Versammlungen. Da wir noch nie über einen größeren Versammlungsraum am Orte verfügen konnten, aber auch aus anderen Gründen benutzten unsere Genossen stets sehr ernsthaft und lebhaft die Gelegenheit dieser von anderer Seite einberufenen Versammlungen. Es kam zu oft recht interessanten und tiefgehenden Auseinandersetzungen, die aber den gegnerischen Herren doch allmählich auf die Nerven fielen. Seit einigen Jahren haben sie nicht mehr den Mut, solche öffentliche Gemeindevähler-Versammlungen zu veranstalten. Statt dessen haben sie sich immer enger mit dem Haus- und Grundbesitzerverein einerseits und dem inzwischen auch entstandenen Handwerkerverein andererseits verbunden, um bei jeder Gelegenheit gemeinsam gegen uns zu operieren. Natürlich unter der Parole, daß sie alle unpolitisch seien und verhalten wollten, daß die Sozialdemokratie Parteipolitik im Orte und in der Gemeindevertretung triebe. Aber sie haben damit nur auch ihrerseits die Erkenntnis in unseren Genossenkreisen gesät, daß es auch in unserem Orte nur ein Hüben und ein Dräben, also Klassengegensätze, gibt, die nicht vertuscht, sondern nur ausgekämpft werden können. Darum lebt je länger desto mehr eine fröhliche und zuversichtliche Kampfstimmung in den Kreisen unserer Genossen, die zu pflegen und zu vertiefen die Hauptaufgabe ist, da sie gerade an Orten wie Zehlendorf das Notwendigste ist. Denn bei der oben geschilderten Bevölkerungszusammensetzung wissen wir alle, daß wir noch auf lange Zeit in der Minorität bleiben werden. Aber die Genossen wissen auch, und es wird von Zeit zu Zeit immer von neuem wiederholt, daß auch Minoritäten große Aufgaben haben. Ist unser Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storfow-Charlottenburg einem sehr ausgedehnten Schicksalsfeld vergleichbar, wo zwischen unserem und dem gegnerischen Heere ununterschieden gekämpft wird, so stehen wir hier in Zehlendorf gewiß nicht an einem besonders entscheidenden Punkte des Schicksalsfeldes, wo Massen kämpfen; aber wir haben dennoch eine nicht unwichtige detaillierte Feldwachstellung inne, die wir energisch und voll Kampfreueigkeit halten und verstärken werden.

Berliner Nachrichten.

Die Verwendung von Feuerwehrmannschaften im Streifbrecherdienst

zeigt aufs neue, wie sehr es zu wünschen ist, daß die Feuerwehrlinien nicht „königlich“, sondern städtisch wäre. Heute gebietet über die Feuerwehrlinien der Polizeipräsident. Wäre sie städtisch, so hätte der Magistrat zu entscheiden, ob Feuerwehrmannschaften abkommandiert werden dürfen, um den im Lohnkampfe stehenden Arbeitern in den Räden zu fallen und zugunsten des Unternehmertums Streifbrecherarbeit zu verrichten. Nun sehen wir beim Magistrat ganz gewiß nicht viel mehr Sympathien für die kämpfenden Arbeiter voraus als beim Polizeipräsidenten. Aber der Magistrat steht wenigstens unter ständiger Kontrolle der Stadtverordneten-Versammlung, und wenn auch die freisinnige Stadtverordneten-Mehrheit mit solcher mißbräuchlichen Verwendung der Feuerwehrlinien wahrscheinlich einverstanden wäre, so würden doch unsere Parteigenossen im Stadtparlament einem unternehmerfreundlichen Magistrat derb genug auf die Finger klopfen.

Nach der gegenwärtigen Sachlage kann die Gemeinde nichts gegen die Abkommandierung der Mannschaften tun. Sie hat zwar die Kosten der Feuerwehrlinien zu bezahlen, aber alles übrige bestimmt der Branddirektor bezw. als sein Vorgesetzter der Polizeipräsident. Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung sind machtlos dagegen, daß durch die Streifbrecherdienste der Feuerwehrlinien die Feuersicherheit Berlins beeinträchtigt wird. Ueberflüssig groß ist das Feuerwehrlinien in Berlin gewiß nicht, und auch über zu lange Erholungsphasen kann sich kein Feuerwehrlinien beklagen. Wenn Mannschaften nach den Verken der A. G. u. s. w. abkommandiert werden, so muß ein Teil der Leute sich eine Schmälerung der dienstfreien Tage gefallen lassen. Es liegt aber auf der Hand, daß Mannschaften, die bei ihrer Rückkehr zur Feuerwache etwa nicht völlig ausgeruht sind, auf der Brandstelle nicht so leistungsfähig sein können, wie nach dem ungeschmälerteren Genuß der ihnen zukommenden Ruhepause. Wofür eigentlich bezahlt die Stadt ihre Feuerwehrlinien, wenn sie sich das bieten lassen muß? Auch für die Mannschaften selber ist die Mehrarbeit, die ihnen jetzt aufgenötigt wird, nicht unbedenklich. Ein unvollständig ausgeruhter Mann, der zur Brandstelle ausrücken muß, kommt dort leichter als sonst in Gefahr, zu verunglücken. Wer sorgt dann für ihn und die Seinen? Er kann dann sehen, wie weit er langt mit der elenden Pension, die er bei seiner vielleicht erst kurzen Dienstzeit hervorkriegt.

Wissen möchten wir, wie der neue Branddirektor über die Streifbrecherarbeit seiner Leute denkt. Man rühmt ihm nach, daß er sofort den Gamaschendienst eingeschränkt habe, mit dem sein Vorgänger Giersberg die Leute zu quälen pflegte. Branddirektor Reichel wird bald merken, daß die Unzufrieden-

heit, die er kaum erst um einiges gemildert zu haben meinte, rasch aufs neue aufblüht.

Man fährt schlecht in Berlin.

diese Behauptung ist schon oft aufgestellt worden, besonders von Fremden, denen der Unterschied zum Nachteil Berlins sofort auffällt. Und es sind nicht etwa die Kleinstädter, die an einer größeren Sicherheit im Straßenverkehr daheim gewöhnt sind. Leute, die aus London, New York, Chicago und anderen großen amerikanischen Städten kommen, klagen darüber, wie gefährlich es hier sei, den Fahrweg zu kreuzen; man könne sich des Gefühls nicht erwehren, als habe der Ausfahrer das Pferd nicht in seiner Gewalt.

Sind die Berliner Ausfahrer wirklich so schlechte Fahrer? Wenn man sieht, wie Passanten mitten im Wagenverkehr an einem beliebigen Punkte die Straße zu kreuzen versuchen, so kann man sich nicht wundern, wenn die Ausfahrer dem Publikum die Hauptschuld an den vielen Unglücksfällen beimessen. In den amerikanischen Städten ist der Wagenverkehr außerordentlich groß; jeder Dienstmann hat Pferd und Wagen, jeder Geschäftsmann hat sein „Buggy“ und jeder ist in großer Eile. Trotzdem haben die Straßenpassanten nirgends das Gefühl der Unsicherheit. Es ist ein bestimmtes System da, eine Ordnung, die von den Ausfahrern wie vom Publikum respektiert wird. Niemals kreuzt eine Person die Straße an einem beliebigen Punkte, sondern immer nur an den Straßenecken, wo es mit ruhiger Sicherheit geschehen kann. An jeder Ecke geben die Ausfahrer streng acht, fahren langsam und haben bis zur nächsten Ecke wieder den Fahrweg allein für sich. An vielbefahrenen Kreuzungspunkten, wo endlose Wagenreihen niemals eine Öffnung für die Passanten gestatten würden, steht in der Mitte der Straße ein Polizist oder auch deren zwei, die durch einfache Handbewegungen bald der einen Wagenreihe, bald der anderen und bald dem Publikum das Signal für den freien Weg geben, alles prompt und systematisch, ohne Gefahren und ohne langes Warten. Den Anordnungen der Polizisten wird unbedingt und unweigerlich Folge geleistet und sie stehen auf ihrem gefährlichen Posten in vollständiger Sicherheit. Es könnte nicht vorkommen, was kürzlich in Berlin passierte, als eine Greisin auf Krücken sich von einem Schuttmann über die Straße geleiten ließ und mißsam ihrem Führer überfahren wurde. Wenn man hier die Schuttmannposten beobachtet, so erscheint es, als stehet sie oft ratlos da gegenüber plötzlich großen Anforderungen im Straßenverkehr, als müßten sie selbst acht geben, daß sie nicht unter die Räder kommen. Es fehlt da an zweckentsprechenden Instruktionen. Man ist doch in allen möglichen anderen Dingen immer sehr verfahren auf Disziplin und Ordnung. Und der Berliner Wagenverkehr nimmt stetig zu und wird immer gefährlicher, besonders in den großen Geschäftsvierteln.

Obligatorische Fleischschau für Wild. Die „Allgemeine Fleischzeitung“ schreibt: Die obligatorische Fleischschau des gesamten Wildschweins, die wiederholt von uns gefordert wurde, erweist sich immer mehr als eine dringende Notwendigkeit zum Schutze der Gesundheit des konsumierenden Publikums. Bisher ist die Fleischschau nur für Wildschweine eingeführt; aber die Erfahrung hat gezeigt, daß anderes Wild, z. B. Hirsche und Rehe, in viel stärkerer Nähe mit Hunden befaßt sind als Wildschweine. Neues interessantes Material zur Beurteilung dieser Frage liefert die Untersuchung des Hgl. Polizeierztes A. Vorkmann in Berlin: Derselbe fand am 23. September er. im Walle eines Hirsches, und am 2. Oktober er. im Rücken eines Rehens gesundheitsgefährliche Finnen — Cystereus collusosus (die sonst hauptsächlich beim Schwein vorkommende Finne) — bei der Revision der Wildschände in der Zentralmarkthalle. Im letzteren Falle wurden zahlreiche lebende Finnen angetroffen. Bereits im Verlaufe eines knappen Jahres wurde vom Tierarzt Vorkmann 15mal die gesundheitsgefährliche „Schweinefinne“ in dem Fleische von Rehen und Hirschen gefunden. Ferner gelang es demselben, aus diesen Finnen bei einem Versuchshunde den dazu gehörigen Bandwurm des Menschen — Paenia solium — zu züchten und damit den einwandfreien Beweis zu erbringen, daß die Rehfinnen mit der Schweinefinne identisch ist. In Anbetracht dessen, daß die Kontrolle des Wildes in der Markthalle nur eine kurzfristige sein kann und die Polizei-Tierärzte auch nur einen Bruchteil desselben dabei zu Gesicht bekommen, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die große Mehrzahl des finnigen Wildes unentdeckt bleibt und dürfte der berechnete Prozentsatz von mindestens vier Prozent eher zu niedrig als zu hoch bemessen sein. Dies ist aber im Verhältnis zu dem Prozentsatz finniger Schweine, der an den Schlachthöfen ermittelt wird, ein außerordentlich hoher. Zum Beispiel sind am Berliner Schlachthof in einem Jahre nur 0,033 Proz. im Königreich Preußen 0,045 Proz. und im Königreich Sachsen nur 0,020 Proz. aller Schweine finnig befunden worden. In Anbetracht dessen erscheint die Einführung der obligatorischen Fleischschau des Wildschweins ein unabweisbares Gebot der Hygiene einerseits, andererseits jedoch auch eine Forderung der Gerechtigkeit gegenüber dem gesetzlich vorgeschriebenen Beschauzwang der Schlachttiere.

Eine „Halle“ nennen die Ausfahrer die Ecke an der Jerusalemstraße und Lindenstraße, gegenüber der Oranienstraße. Es bergeht kein Zug, an dem dort nicht ein oder mehrere Zusammenstöße mit Fußwerkern, besonders mit Straßenbahnwagen und Omnibussen erfolgen. Die Klagen, Beschwerden und Beschädigungen z. B. die schon dadurch entstanden sind, nehmen kein Ende. Die Unfälle, die täglich dort entstehen, sind weniger auf die Unvorsichtigkeit der Ausfahrer als auf die Schmierigkeit der Pflaster, besonders wenn Straßenbahnwagen mit Anhängern von der Jerusalemstraße um die Ecke kommen, zurückzuführen. Um den Unfällen vorzubeugen, müßte zunächst durch die Befürzung des Bürgerstreizes an der Kirche ein breiterer Fahrweg zum Ausweichen geschaffen werden, jetzt werden die Wagen förmlich wie in einer „Halle“ gefangen.

Die braven Krieger und die Wissenschaft. Die „Vottd. Kor.“ meldet: Der Kaiser wird in den nächsten Tagen der feierlichen Einweihung des aronautischen Observatoriums zu Lindenberg bei Beeskow beiwohnen. Nach Mitteilung der „B. O.-Z.“ sollen bei dieser Gelegenheit die Landwehr- und Kriegervereine des Kreises Beeskow-Storfow Spalier bilden.

Arbeiterüberfluß in „guten“ Zeiten. Im „Meißner Anzeiger“ steht zu lesen: Aus Anlaß der bevorstehenden Volkszählung laufen im königlich preussischen Statistischen Landesamt nicht nur täglich zahlreiche Anfragen und Gesuche wegen Beschäftigung sowie Einpfehlungen solcher Gesuche ein, sondern es werden Beamte der Behörde auch mündlich, sowohl während der Dienststunden wie selbst in ihrer häuslichen oder bei anderen Gelegenheiten fortgesetzt in oft dringender Weise dafür in Anspruch genommen. Es wird daher mitgeteilt, daß durch die vorhandenen Meldungen der Bedarf der gedachten Behörde an Hilfskräften bereits überreicht gedeckt ist. Mit Rücksicht hierauf wird zugleich gebeten, von Meldungen und Einpfehlungen der bezeichneten Art Abstand zu nehmen. Sollten sie sich trotzdem weiter häufen, so kann ihre einzelne Beantwortung nicht in Aussicht gestellt werden.

Die Existenz der industriellen Reservearmee wird bekanntlich nicht allein dem preussischen Statistischen Landesamt zu Gemüte geführt. Sie bildet die Basis des Unternehmertums, wenn Arbeiter sich bessere Lebensbedingungen erkämpfen wollen.

Älternestest über den Streik wurde am Mittwoch in den Straßen ausgebrüllt. Die Extrablatt-Fabrikation,

die — gleich gewissen bürgerlichen Zeitungen — stets „auf der Höhe der Zeit“ zu sein sich bemüht, hatte mit gewohnter, oft bewährter Frigidity den Kampf in der Elektro-Industrie auszufechten gewußt. Am Abend stürmten durch Berlin-Rord die bekannten Gestalten und brüllten: „Aufruf der Arbeiter der A. E. G.“ Die liebe Neugier, die ihnen nachhakte und froh war, für die üblichen 10 Pf. ein Exemplar des interessanten „Allerneuesten“ zu erbeuten, sah mit Enttäuschung, daß nur Altes darin stand, was seit gestern und vorgestern aller Welt bekannt war. „Aufruf an die Arbeiter Berlins und Umgegend“ ver kündete in riesigen Lettern die Ueberschrift des Blattes, und der Schwundel tat dann auch seine Wirkung. Es versteht sich von selber, daß die Arbeiterschaft keine Aufrufe das Stück zu 10 Pfennig in den Straßen ausbrüllen läßt. Als Redakteur und Verleger des Extrablattes zeichnete „Dölar Gebel, Berlin N. 65“. Den Druck hatte „A. Donat, Berlin, Bernauerstr. 48“ besorgt.

Ungefähr auf gleicher „Höhe“ mit dieser Schwindelleistung steht die Darstellung, die von bürgerlichen Mäthern über den Radau in Wobait verbreitet wird. Die einen sprechen von Zusammenrottungen der Streikenden, die andern nennen diesen albernen Krakeel eine Demonstration zugunsten der Streikenden. Daneben wird freisäweg gelogen, daß nicht nur in Wobait, sondern auch in der Brunnenstrasse Unruhen vorgekommen seien. In der ganzen Umgegend des Werkes an der Brunnenstrasse ist hiervon nicht das geringste bekannt.

Die Bräuterei, d. h. die Forderung der Bezahlung des im Gasthause bei Tische verzehrten Tischgebüdes, ist, wie gestern in einer Gastwirtherversammlung mitgeteilt wurde, noch keineswegs abgetan. Diejenigen Inhaber größerer Restaurants der Friedrichstadt, an deren Bezahlung bisher die Einföhrung der Bezahlung für das Gebüde scheiterte, haben nachträglich ihre Unterschrift gegeben, so daß jetzt alle Beteiligten sich verpflichtet haben, einmütig vorzugehen und falls in einer demnächst, freigelegt zur Entscheidung dieser Frage einberufenen, großen Gastwirtherversammlung der Beschluß gefaßt wird, das Tischgebüde nicht mehr gratis zu liefern, dem geschloffenen nachzukommen. Detont wurde noch, daß die hohen Fleischpreise zwar den Anstoß der Bewegung gegeben, sie aber keineswegs veranlaßt hätten. Der Gastwirt sei Geschäftsmann und könne nichts scheitern und noch länger ruhig zusehen, wie verschiedene seiner Gäste ihren Hunger mit Gratis-Beutchen stillen. In Süddeutschland muß das Brot in den Wirtschaften auch bezahlt werden und zwar in München und anderen großen Städten mit drei Pfennigen für das übrige recht ansehnliche Stück. — Wenn die Berliner Restaurantiers diesen Brauch nachahmen wollen, so kann das Publikum ihnen dazu in dem Maß behülflich sein, daß in Berliner Lokalen auch andere süddeutsche Bräute befolgt werden. In Süddeutschland kostet der halbe Liter Bier zu 11 Pfennige, in Berlin zwanzig Pfennige; wenn das Bier „echt“ ist, dreißig Pfennige. Ja, verschiedene große Lokale geben nur vier Pfennige Liter für diesen Preis und etliche Wiener Cafes gar nur drei Pfennige. Dann zählt man in München der Kellnerin zwei oder drei Pfennige Trinkgeld; in Berlin wird der Gast zuweilen schief angesehen, wenn er „nur“ zehn Pfennige gibt. Solange solche Zustände in „besseren“ Lokalen gang und gäbe sind, sollten die Wirthe sich über das Gratisbrot, das noch keinen der Herren arm gemacht hat, nicht weiter aufregen.

Ein Revolvententat auf seine Nichte beging gestern mittag 12 1/2 Uhr im Amtsgebäude zu Nieder-Schönhausen, Kaiser Wilhelmstraße 5, der am 29. August 1856 zu Berlin im Kreise seines geborenen Wirthemachers Friedrich Eugel. In dem erwähnten Hause wohnt sein Stiefbruder, der Glanzschmiedler Stein, bei dem der Wirthemacher sich aufhielt, nachdem er infolge des Todes seiner Frau sein Hauswesen in Heinersdorf verkauft hatte. Er ist trunksüchtig und zeigte seit einiger Zeit ein verstorres Wesen. Als die Familie beim Mittagbrot saß, sprang Engel plötzlich auf, zog seinen Revolver und feuerte von hinten einen Schuß auf seine Nichte ab. Bevor die Familie sich noch von ihrem Schreck erholt hatte, richtete Engel die Waffe auf sich selbst und schuß, von zwei Schüssen ins Hirn schwer verletzt, nieder. Die Nichte soll nur leicht am Hinterkopfe verwundet sein. Während Engel als Polizeigefangener nach der Charité befördert wurde, brachte man Grete Stein nach dem Krankenhaus in Weihensee.

Ein Raubfall im Eisenbahnzuge, der noch der Aufklärung bedarf, beschäftigt seit gestern die Behörden. Ein junges Mädchen, das von Heidelberg kommend, sich auf der Fahrt nach Danzig befand, wurde kurz vor der hiesigen Endstation von Herzschwäche befallen. Die Reisende hatte sich in benutzlosem Zustande befunden und war infolge dessen beim Eintreffen des Zuges in die Bahnhofshalle mit den übrigen Fahrgästen nicht ausgesiegen. Bei einer Revivifikation des leeren Eisenbahnzuges wurde das junge Mädchen aufgefunden und sofort in einem Krankenwagen nach dem städtischen Krankenhaus in der Ostkühnerstraße gebracht. Als es wieder zur Besinnung kam, vermochte es keine Paraphase in Höhe von 32 M. Es ist anzunehmen, daß der junge Reisende das Geld auf der Fahrt während der Bewußtlosigkeit gewaltsam entwendet worden ist. Ob das Mädchen vorher betäubt worden ist und ob vielleicht hierauf der krankhafte Zustand zurückzuführen ist, dürfte die Untersuchung ergeben.

Eine unheimliche Geschichte ist der hiesigen Kriminalpolizei von der Behörde in Verna mitgeteilt worden. Am 20. September morgens um 8 Uhr fuhr ein Schlächterlehrling mit dem Kade von Verna nach Schönau. Am Reitenfeld 29, in der Nähe von Schönau, rief ihn der Kutscher eines Fuhrwerkes an, der auf der Chaussee hielt. Der Schlächterlehrling stieg ab, ging um den Wagen herum und sah, wie der Kutscher sich im Chausseegraben, aus dem er eben seine Peitsche ausnahm, mit der Leiche eines drei bis vier Jahre alten Kindes zu schaffen machte. Die Leiche lag in dem flachen Graben, in der Nähe eines kleinen Gehölzes, nur mit dem Hemde bedeckt, auf dem Rücken. Das Demd war an der Vorderseite sandig, als wenn es erst mit dieser Seite unten gelegen hätte. Der Hinterkopf der Leiche war blutig, das Blut oben anscheinend schon geronnen, nicht mehr frisch. Der Kutscher forderte den Lehrling auf, die Leiche mit anzusehen und auf den Wagen zu legen, weil er sie nach Verna mitnehmen wolle. Vorher wickelte man sie in eine Pferdedecke ein, die innen mit einem wasserdichten Stoffe gefüttert war. Mit seiner unheimlichen Ladung fuhr der Kutscher im Trabe nach Verna, wohin seine Pferde bereits gerichtet standen. Als der Schlächterlehrling von Schönau nach Verna zurückkam, erkundigte er sich, wo die Leiche geblieben sei, und erfuhr nun, daß der Kutscher sie in Verna nicht abgegeben hatte. Auf seine Mittheilungen hin forschten nun die Behörden nach ihrem Verbleib. Es wird angenommen, daß man sie beseitigt hat, um ein Verbrechen zu verheimlichen. Das Fuhrwerk war ein Arbeitswagen, ein Sand- oder Steintwagen, der nur an einer Seite ein Brett hatte. Die Pferde waren beide abgetrieben, das hintere hatte an beiden Hinterfüßen weiße Flecken. Der Kutscher war ein Mann von etwa 25 Jahren. Er hatte blondes geschneiteltes Haar und einen blonden Schnurrbart und trug einen grauen Anzug, Schafstiesel und eine Mütze mit Schirm und großem Defel. Jede Mittheilung, die zur Aufklärung der dunklen Angelegenheit dienen kann, nimmt die Kriminalpolizei entgegen.

Ein Raubfall ist vorgestern hier am hellen Tage verübt worden. Die Verkäuferin in der Berliner Wurst- und Fleischwarenfabrik G. m. b. H., Petersburger Platz 8, Fräulein Dreiser, die täglich nachmittags 4 Uhr die Kassenentnahme nach dem Viehhof zur Viehhofkommission und Wechselbank trägt, wurde am Dienstag, wie die „Allgen. Reichszeitung“ berichtet, als sie eine Tasche mit 2000 M. in Gold, Silber und Papier bei sich hatte, unterwegs in der Jordanstraße von einem etwa 22-jährigen Manne angehalten, der sie fragte, ob sie Fräulein Dreiser sei. Auf ihre bejahende Antwort teilte ihr der Fremde mit, daß ihr Vater — ein Viehhändler von

auswärts, der gerade in Berlin war — plötzlich einen Blutsprung gehabt habe und beim Viehhofkommissionär Voigt, Jordanstraße 31, 3 Treppen, sich befinden und dort im Sterben liege. Der Kranke habe den sehnlichen Wunsch, seine Tochter noch einmal zu sehen; er sei der Sohn des Viehhofkommissionärs Voigt. Fräulein Dreiser begab sich zu ihrem Vater, wobei sie der junge Mann begleitete. Als sie auf der zweiten Treppe des bezeichneten Hauses ankam, stürzte sich der junge Mann auf Fräulein Dreiser, würgte sie am Hals, schlug sie mit der Faust ins Gesicht und versuchte, ihr die Geldtasche zu entreißen. Das kräftige Mädchen wehrte sich, schlug auf den Angreifer ein und stieß Hüfterufe aus, wodurch der Mörder von seinem Opfer losließ und die Treppe hinabeilte und entkam. Der Mörder ist ein schlanker, kräftiger Mann, mit schwarzem, kleinem Schnurrbart. Er trug einen modernen gestreiften Anzug. Schon seit einigen Tagen trug er sich offenbar mit dem Plan; er ist wiederholt am Viehhof vorbeigegangen, hat auch in der Fahrt unter allerhand Ausreden nach dem Viehhofkommissionär Voigt gefragt; er hat sich augenscheinlich mit den Verhältnissen des Viehhofs näher vertraut gemacht. Fräulein Dreiser ist schwer erkrankt.

Einem Selbstmordversuch unternahm gestern abend die 77-jährige Arbeiterwitwe Karoline Sch., bei ihrer Tochter in der Markstraße 29 wohnhaft. Sie sprang vor dem Hause Neu-Rölln a. B. 25 in den Spreekanal, wurde aber von dem Diener Hugo Schmidt aus Rummelsburg von einem Fischerhahn aus gerettet. Ein Schiffsman brachte die Lebensmüde sodann nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. Ein Verwundter mit ihrer Tochter hatte die alte Frau zu der That veranlaßt.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich vorgestern nachmittag in der Buchdruckerei von Möser in der Stallstraße. Der Maschinenmeister Harzer hatte an einer im Betrieb befindlichen Schnellpresse zu tun und griff mit der rechten Hand in das Lager der Maschine. Hierbei geriet er mit dem rechten Arm in das Getriebe, wodurch ihm dieser total zermalmt wurde. Der Verunglückte wurde nach der Klinik der Unfallstation am Mariannenplatz gebracht, wo ihm das verstümmelte Glied sofort abgenommen werden mußte.

Ein neuer „Spezialist“ macht jetzt die Tanzböden unsicher. Es ist ein Mann von 27 bis 29 Jahren, der flott tanzt, die Anderrwände des Abends nach Hause geleitet, ihr galant Schirm und Pompadour trägt und die Gelegenheit benützt, um daraus das Portemonnaie des Mädchens zu stehlen. Die Verfohlenern entdecken ihren Verlust erst, wenn sie wieder zu Hause sind. Der Dieb ist schlant gewachsen, hat dunkelblondes Haar und lidenhafte Zähne und trägt einen dunklen, gestreiften und punktierten Jacketanzug und einen hohen Stehragen mit rothschwarzfarbierter Krawatte. Einem Mädchen stahl er aus dem Pompadour auch noch Uhr und Kette. Gewöhnlich verabredet er mit der Verfohlenern noch ein Stehbüchlein.

Im Familiennobdach tödlich verunglückt ist der 40 Jahre alte Arbeiter Michael Ueicht aus Anabendorf im Kreise D. Krone. Ueicht, dessen Frau tot ist, kam am 18. v. Mts. vom Domitium Linde hinter Weihensee herbei und fand mit seinen drei Kindern im Alter von 5 bis 8 Jahren im Familiennobdach an der Friedelstraße ein Unterkommen. Am Sonntagnachmittag um 4 1/2 Uhr kehrte er schwerbetrunken zurück. Als er nun auf der Treppe zum zweiten Stock des Hofgebüdes einen Arbeiter Koslowki anrenpelte, versetzte ihm dieser einen Stoß, der an sich nicht bestig war, aber doch genügte, den Betrunkenen zu Fall zu bringen. Ueicht stürzte rücklings acht Stufen hinunter und schlug mit dem Hinterkopf auf den Steinbelag des Treppenaufganges. Scharbar hatte er sich nur wenig verletzt. Jedoch schon nach wenigen Stunden erkrankte er bedenklich, und gestern morgen um 7 1/2 Uhr starb er. Die Revierpolizei beschlagnahmte die Leiche, während die Kispverwaltung die drei Kinder dem städtischen Waisenhaus überwies.

Wegen eines größeren Dachstuhlbrandes wurde am Mittwochnachmittag gegen 4 Uhr die 1. Kompanie nach der Marienburgerstraße 2 gerufen. Das Feuer war aus noch nicht ermittelter Ursache in den Bodendeckelungen ausgebrochen und hatte an dem Anhalt derselben reiche Nahrung gefunden, so daß die Feuerwehre bei ihrer Ankunft schon einen ausgebreiteten Brandherd vorfand. Ueber die Treppenaufgänge und eine mechanische Leiter wurden mehrere Schlauchleitungen vorgenommen und damit durch kräftiges Wassergeben innerhalb zwei Stunden die Gefahr einer weiteren Ausdehnung beseitigt.

Einem Gaunertrick ist eine Kassirerin eines großen Warenhauses in der Leipzigerstraße gestern zum Opfer gefallen. An der Kasse erschien ein elegant gekleideter Herr, wies eine Geldrolle, die angeblich tausend Mark in Zwanzigmarkstücken enthalten sollte, vor und bat die Kassirerin, ihm das Geld gegen einen Zehndemarckschein einzutauschen. Die Kassirerin öffnete die Rolle an einer Seite und fand auch wirklich edle Goldstücke. Als dann nach Geschäftschluß die Rolle ganz geöffnet wurde, stellte sich heraus, daß nur an den beiden Enden einige echte Goldstücke vorhanden waren, der übrige Inhalt der Rolle sich aber aus wertlosen Spielmarken, die genau die Größe von Zwanzigmarkstücken hatten, zusammensetzte. Von dem Gauner fehlt bis jetzt jede Spur.

Ein Geisteskranker als Brandstifter. Gestern (Mittwoch) gegen abend wurde die Feuerwehre nach dem Hause Friedelstraße 61 gerufen. Es brannte dort im zweiten Stock des Erdgeschüdes die Wohnung der Witwe Warkisch. Ihr 18-jähriger Sohn, der schon einigemal im Irrenhause war, hatte in ihrer Abwesenheit Kleidungsstücke mit Petroleum getränkt und dann in Brand gesteckt. Zum Glück wurde die Gefahr von Hausbewohnern schnell bemerkt und so gelang es, die Flammen bald zu ersticken. Der junge Mann wurde polizeilich festgenommen und wird jedenfalls wieder einer Anstalt überwiesen werden. — Im übrigen hatte die Feuerwehre in den letzten 24 Stunden dann noch mehrere andere Brände abzuschließen. — In der Waisenstraße 30 stand ein Wädrereller in größerer Ausdehnung in Flammen, so daß es kräftiges Wassergebens bedurfte, um diese zu ersticken und auf den Keller zu beschränken. — Ein zweiter Kellerbrand mußte weiter in der Wilhelmstraße 46 unterdrückt werden; er war durch die Explosion einer Ketherlampe entstanden und vernichtete Pölder, Vestelungsstücke etc. — Im Sailer-Theater N., Chausseestraße, kam während der Abendvorstellung auf offener Szene durch Kurzschluß Feuer aus, das den Schirm einer Tischlampe erfaßte. Die Gefahr wurde leicht beseitigt. — Außerdem mußten noch in der Strahmannstr. 2, Pietenstraße 10, Alexandrinenstr. 31 und noch an einigen anderen Stellen kleine Brände erstikt werden.

Das dem Bauunternehmer Schultze gehörige Restaurant, gegen dessen Eröffnung die Behörde im baupolizeilichen Interesse eingeschritten ist, wird jetzt abgerissen, nachdem die Klage ein volles Jahr gebauert hat und Schultze in allen Instanzen abgewiesen worden ist.

Die Freie Volkshöhne. In der gestrigen Notiz über das Herbstfest der Freien Volkshöhne — das am 14. Oktober stattfand — hat der Druckfehlerkolumnist gewüthet. Es ist der belamte Wattleische Chor, der in diesem Konzert mitwirkte.

Gerichts-Zeitung.

Pastor und Lehrer. Der Pastor Leistikow als Ortsschulinspektor hatte den Lehrer G. in einem antilchen Bespruch vor dem Verlebe mit dem Schiffsführer Jügel gewarnt. Diesen nannte er einen Trinker und Krakeeler, erläuterte dies aber gleich dahin, daß er als Trinker schon den Ansehe, der, wie Jügel öfter stundenlang hinter einander in der Ansehe sigte und Bier trinke, daß er deshalb Jügel für einen Krakeeler halte, weil er ihm, dem Pastor, zweimal in unangenehmer Weise Opposition gemacht habe, einmal an einem offenen Grabe und einmal in der Schulgemeinde. Als der Lehrer erklärte, er werde seinem Freunde Mittheilung machen, äußerte der Pastor: „Das können Sie“, und: „Ein schöner Freund!“ — Der

Schiffsführer erhielt durch den Lehrer Kenntnis von der Angelegenheit und verklagte Pastor Leistikow wegen Verleumdung. — Nun erhob die Regierung den Konflikt zugunsten des Pastors als Ortsschulinspektors und machte geltend, er habe sich im Rahmen seiner Amtsbefugnisse gehalten.

Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte auch den Konflikt für begründet, so daß das Verfahren gegen Pastor Leistikow endgültig einzustellen ist. In der Begründung wurde gesagt: Das Oberverwaltungsgericht habe nur darüber zu befinden, ob dem Privatbesitzer in seiner Eigenschaft als Ortsschulinspektor, in welcher er Vorgesetzter des Lehrers G. sei, eine Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse oder eine Unterlassung einer Amtshandlung zur Last falle. Die Vorgesetzten hätten das Recht, den ihnen nachgeordneten Personen Mügen zu erteilen und Vorhaltungen zu machen. Der Besagte hätte also den Lehrer auch vor einem ungeeigneten Verlebe warnen dürfen. Der Vorgesetzte dürfe dabei auch die Dinge mit dem seines Grades richtigen Namen bezeichnen und könne auch Vorgänge zur Sprache bringen, die auf einen dritten ein schlechtes Licht würfen und objektiv ihn in der Achtung der Mitmenschen herabsetzen könnten. Nur dürfe der Vorgesetzte in den Ausdrücken und in den Behauptungen von Tatsachen nicht über das Maß des im öffentlichen Interesse durchaus Notwendigen hinausgehen. Das sei hier in den fraglichen, vom Pastor selbst erläuterten Ausdrücken nicht geschehen. Eine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse liege nicht vor. Sie würde jedoch vorliegen, wenn Leistikow den Lehrer ermächtigt hätte, dem Kläger Jügel alles mitzutheilen, was antilch erörtert wurde. Es sei jedoch anzunehmen, daß der Pastor die Worte: „Das können Sie“, nicht ernst gemeint habe, sondern daß sie ihm nur so herausgefallen seien. Wären sie ernst gemeint gewesen, dann allerdings hätte der Konflikt verworfen werden müssen.

Arbeiter-Zamartierkolonne. Heute abend 9 Uhr: 4. Abtheilung (Mittwoch) bei Gebr. Arnold, Frankfurter Chaussee 5; Vortrag des Herrn Dr. Hirschfeld über: „Transportverunglücke mit profanischen Liebesgen.“

Die Deutsche Bibliographische Gesellschaft hält am Sonnabend, den 7. Oktober, ihre diesjährige Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung: Vorstandsbuch und Besprechung der weiteren Publikationen. Versammlungsort: Restaurant „Großer Kurfürst“, Berlin W., Potsdamerstraße 124. Beginn abends 8 1/2 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

N. B. 14. 1. Nicht zu empfehlen. 2. Organisieren Sie sich in dem Generalverband der Handlungsgehilfen und Bechäftigten Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin, Neue Friedrichstraße 20. — P. R. Roslan. — S. Ch. Rein. — W. B. Ja. — Neumann, Adlerhof, Wir bitten Sie, die Angelegenheit jetzt erledigt sein zu lassen.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet: abends 7 Uhr.

C. G. S. Ihre Frau, aber auch Sie lassen aus dem Verträge. — P. 1. Sie haben kein Recht an Hinderlöcher, da kein „Grund“ vorliegt. Die Höhe des Hinderlohnes beträgt laut 113 100 M. 5 Proz., härder bis zum 1 Proz. — Mon. 1. Ja. 2. Rein. — P. G. Weihensee. 1. Strafbartel liegt nicht vor. 2. Die Verle sind und nicht bekannt. — A. R. 36. Nach der bestehenden Rechtsprechung wäre ein Prosch selber anschlüssig. — Z. 100. Der Mann ist voll schadenverpflichtig. Beispiele für solche Klagen finden Sie in dem dem „Rechtswort“ beigefügten Führer. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — Wobait 1000. Die Klageung wäre rechtmäßig, eine Klage daher launig anschlüssig. Das Gewerbegericht befindet sich Zimmerstraße 90. — P. 8. Gegen etwaige Verletzungen in einem Prosch wegen u. Unabkömmlichkeit, Unausführbarkeit eines Jengen u. dergl. ist die Partei und das Vericht in der Regel machtlos. Im Artum befinden Sie sich mit der Annahme, der Anwalt könne irgend ein Interesse an einer Beschleppung durch den Gegner haben. Zunächst berechnen sich die Gebühren nicht nach der Zahl der Termine; ob 2 oder 100 Termine stattfinden, ist für die Gebührensätze gleichgültig, der Anwalt hat schon aus diesem Grunde ein Interesse an schleunigster Beendigung der Sache und damit seiner Tätigkeit. Grundfalsch ist die häufig anzutreffende Ansicht, die Anzahl der Termine habe in Zivilprozessen auf die Kostenhöhe Einfluß. Die Gebühren des Anwalts beruhen nicht auf Zeit, sondern auf Aufwand von Terminen, dessen Vorlagen die Fragen bilden: Was verhandelt? Ist Beweis erhoben? Um welche Obekühnde streiten Sie die Leute? Ein sogenannter Armenanwalt erhält keineswegs vom Staat oder der Gemeinde Zahlung, sondern das, abgesehen von einem etwa später entstehenden Anspruch gegen seinen Klienten, nur einen Anspruch gegen den unterliegenden Gegner. Eine objektive Grundlage zum Anspruch gegen einen Armenanwalt besteht also keineswegs. Vielleicht kann in Ihrem Prosch Ihr Anwalt eine einseitige Verfügung im Interesse des Kindes ermitteln. Rechnen Sie mit ihm Rücksprache. — Müller. 1. Sie müssen zahlen. 2. Am 17. November läuft die Frist ab. 3. Das Gesuch ist an das Oberstehungsgericht zu richten. 4. Die Gemeinde hat mit Erhaltung oder Einziehung von Armenrechtlosen nichts zu schaffen. Der Anwalt leistet keine Dienste unentgeltlich. — G. R. 78. 1. und 2. In allen Fällen, in denen mehrere Personen Anspruch auf die Miete erheben, empfiehlt sich die Hinterlegung der Miete. Hinterlegungsstelle hier ist Anwaltsstraße 32. 3. Ob durch die Nichtunterlegung Ihnen Nachtheile remachen sind und ob E. zur Klage aus dem Verträge berechtigt ist, läßt sich nicht ersehen. — P. 2. Die rechtliche Stellung ist eine niedrige nach Ihrer Beschäftigung. (Dienstbote? Gewerbegehülfe? Handlungsgehülfe?) Dem Gewerbegehülfe gegenüber ist Abzug des Armentgeldes zulässig, dem Handlungsgehülfe gegenüber nicht. — Buchd. Rein. — Z. Stockholm. Darüber, wo ein dort gebornes Kind anzumelden ist, entscheiden die dortigen Verle, deren Einzelheiten nach dieser Richtung uns nicht bekannt sind. Neben Sie sich an dortige Genossen am Anknüpf. — Z. S. 122. 1. Ja. 2. Doch. — Walter A. B. 114. 1. und 2. Ja. — W. R. 41. 1. Ja. 2. Ja. Das Polzepräsidium. — P. R. 94. 1. Die Kosten sind zureichend berechnet. 2. Der Anspruch auf eine Rente der Gratifikation ist kaum durchführbar. — G. R. 29. Rein. — G. S. 2. Das Urteil behält 30 Jahre lang (von der letzten Bindung gerechnet) seine vollstreckbare Kraft. Bistiel vom Sohn abgezogen werden kann, ist von Fall zu Fall durch das Gericht zu entscheiden. — G. S. 48. August oder Alter allein befreien keineswegs von der Steuernpflicht, wenn die Voraussetzungen zur Bekreuerung vorliegen. — 1001. Die von Ihnen geschuldete Handlung kann als Sündbiederer, strafbar nach § 294, nicht unter 3 Monaten Gefängnis (Verjährungszeit 5 Jahre) betrachtet werden. — W. B. 77. Nur zur Rückgabe (Auszahlung) des Ringes und anderer Verlobungsgegenstände sind Sie verpflichtet. — G. R. 1890. 1. und 2. Ja. — 9988. Rein. — 100 Robert A. Rein. — Ausland 1906. 1. Die Kosten sind nicht zu erstatten. 2. Unverständlich. — R. M. D. 6 bis 20 M. für den Bestand bei der Entbindung, 1 bis 2 M. für einen Tage-, 2 bis 3 M. für einen Nachtbesuch, 5 bis 8 M. für eine Nacht, und 8 bis 10 M. für eine Tag- und Nachtwache werden vom Gericht als angemessene Bekreumengebühren erachtet. — 100. Einigen Sie sich nicht, so können Sie sich an das Nachlassgericht wenden. — Z. 3. in M. 1. Gefängnis ist zulässig. 2. Verjährungsfrist fünf Jahre. — Z. 3. 1. u. 2. Ja, falls kein Ehevertrage vorliegt. 3. Die Verjährung läuft dann erst von dem Zeitpunkt der Kenntnis.

Witterungsübersicht vom 4. Oktober 1905, morgen 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. Tag u. Nacht	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. Tag u. Nacht
Solmsende	753.2	3	2	Wolkig	6	Dapartanda	750.9	3	2	Wolkig	-4
Dampburg	753.5	3	2	bedeckt	6	Petersburg	743.3	3	2	1 Regen	4
Berlin	756.5	3	2	Wolkig	6	Scilly	758.2	3	2	5 bedeckt	13
Frankfurt a. M.	759.2	3	2	bedeckt	7	Aberdeen	738.2	3	2	2 bed. dd.	7
München	762.2	3	2	Wolkig	5	Paris	759.2	3	2	bedeckt	12
Wien	700.2	3	2	Wolkig	7						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 5. Oktober 1905.

Etwas wärmer, veränderlich, vorwiegend trübe mit Regenschauern und ziemlich starken westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 3. Oktober. Elbe bei Müllig + 0.27 Meter, bei Dresden + 1.64 Meter, bei Radeburg + 1.10 Meter. — U. u. v. t. bei Frankfurt + 1.30 Meter. — Oder bei Ratibor + 1.02 Meter, bei Breslau Oberpegel + 4.88 Meter, bei Breslau Unterpegel + 1.54 Meter, bei Frankfurt + 0.60 Meter. — Weichsel bei Braunsbrunn + 2.90 Meter. — Warthe bei Posen + 0.10 Meter. — Nege bei Ulf. + 0.99 Meter.

VORORT-ANZEIGEN

Annoncen-Annahmestellen:

Alt-Gliencke: Reinhold Schütz, Rudowerstr. 83.
Britz: Hermann Schliebitz, Jahnstr. 2.
Charlottenburg: Gust. Scharnberg, Besenheimerstr. 1 Ecke Goethestr. vorn l.
Dtsch.-Wilmerdorf:
 W. Nickel, Brandenburgischestr. 110 III. r.
Lichtenberg-Friedrichsfelde-Wilhelmsberg-Boxhagen-Rummelsburg-Stralau: Otto Seikel, O. 112 Kronprinzenstr. 50 l.
G. Snaur: H. Blühme, Viktoriast. 2.
Rixdorf: M. Heinrich, Prinz Handjerystr. 7, im Laden; Conrad, Hermannstr. 50.
Schöneberg: Wilh. Bäumer, Martin Lutherstr. 51.
Ober-Schöneberg: Otto Münzer, Deulstr. 4 II.

Nieder-Schöneberg: Bonakowsky, Hasselwerderstr. 1 d.
Johannistal: Franz Hünold, Bismarckstr. 7.
Adlershof: Paul Schmidt, Bismarckstr. 32 l.
Königs-Wusterhausen: P. Körte, Berlinerstr. 19.
Köpenick: Friedrich Woick, Grünstr. 29.
Friedenau-Steglitz: H. Bernsee, Schlossstr. 115.
Gartenhaus I, in Steglitz: Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: H. Mohr, Döppelstr. 32, und Fr. Scheithase, Ahornstr. 15 a.
Marlendorf: Hermann Reichardt, Chausseestr. 10.
Baumchulowweg: Stock, Ernststr. 1 II.
Treptow: R. Voigt, Eisenstr. 37, vorn III.

Neu-Weissensee: W. Reske, Sedanstr. 53, part.
Weissensee: Jul. Schiller, König-Chaussee 39 a.
Reinickendorf (Ost): Wilhelmsruh und Schönholz: Paul Girsch, Provinzstr. 108 im Laden.
Reinickendorf (West): Neuhof, Eichbornstr. 54.
Tegel, Borsigwalde, Dallgow und Waldmannslust: Paul Kienast, Borsigwalde, Schubartstr. 43.
Pankow: G. Fretwald, Florastr. 66.
Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hanksel-Abtate: A. Grätz, Eichwalde, Kronprinzenstr. 52 l.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 1.
Spandau: Köppen, Jagowstr. 9.

Die Insertionsgebühr

beträgt für die sechsgespaltene Kolonelle oder deren Raum

20 Pfennig.

Insertate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends geöffnet.

Inseraten-Aufträge

größerer Umfangs nach besonderer Vereinbarung durch die

Haupt-Expedition

Lindenstrasse 69.



METZNER Kinderwagen
 Korbwaren, Bettstellen
Größtes Lager Berlins
 Andreasstr. 23, Brunnenstr. 95
 Beusselstr. 67, Leipzigerstr. 54-55
 Verkauf Hof in Fabrikgebäuden.
1000 Mark zahlen jedem, der mir in
 Belohnung Berlin ein größeres
 Spezial-Geschäft in der
 Branche als das meiste nachweist.
 Katalog gratis.

Stempel-Verbit
 von 17072
Robert Hecht,
 Berlin S.,
 Crandstr. 142,
 liefert schnell und
 billig alle Arten
 Stempel
 in jeder
 Ausführung.
 Kautschuk-Typen, Versteck-
 zum Zusammenheften einzelner Wörter
 sowie ganzer Sätze von 1.50 RM. an

J. Baer
 Ecke
 Badstr. 28, Prinz-Allee
 Herren- und Knaben-
 Moden-Berufskleidung.
 Elegante Paletots und
 Joppen. Großes Lager
 in- und ausländischer
 Stoffe, zur Anfertigung
 nach Maß.
 Allerbilligste, streng feste Preise.*

Möbel-Halle
Harry Goldschmidt
 Moritzplatz 59.

Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften welche auch Konfektion führen. 4396L*

Extra-Abteilung
 verliehen gewesener
Möbel
 wöchentliche oder monatliche
Teilzahlung gestattet!
 Kein Abzahlungs-Warenhaus, sondern nur
 Spezial-Möbel-Geschäft.

Auf Teilzahlung!!
 kaufen Sie gut und reich
 wöchentlich 1 M. an
Teppiche, Steppdecken, Tische-
Bettwäsche etc., Portieren, Gardinen.
 35/24
 Polstermöbel, Sprechmaschinen
 6. Steinke, Bahnh. Warschauerstr.

Versuchen Sie schon
 das vornehmste u. absolut konkurrenz-
 losste Mittel zum Auf- oder Um-rep-
 parieren von Knaben-, Mädchen-,
 Damen- und Herren-Hartheroben,
 Portieren, Gardinen, Vorhängen,
 Säubern, Spülen etc. Eine kinder-
 leichte Anwendung, kein Ablächen an
 Haut oder Unterzeug, saubere Hände
 und Tücher sind Annehmlichkeiten, die
 Ihnen kein anderes Hausmittel
 bietet. Alle Farben sind unterein-
 ander mischbar und deshalb jede,
 auch die neueste Nuance bei einigem
 Farbverändern sofort herzustellen.
 Die gefärbten Stoffe sind waschbar.
Dr. Ed. Arnold's
Schottland-Farbseife
 erhalten Sie in den einlagigen Ge-
 schäften a 80 u. 50 Pf. Dr. Ed. Arnold,
 Chemische Fabrik, Berlin C. 54,
 Eppendorferstr. 8, 44632
 Elektromotor-Anlagen, Ingenieur
 J. Freund jr., Gitschinerstr. 109a.

Wilhelm Joseph

Berlin W.
 Großgörschenstr. I.

Schöneberg
 Hauptstr. 158.

Lieferant des Berliner Lehrervereins.

Lieferant größter Beamten-Vereine.

Hervorragendes Angebot zum Umzug.

Gardinen.
 Engl. Tüll-Gardinen, 2 x Band Meter 43, 38, 33, **27 Pf.**
 Relief-Gardinen, weiche, nicht appetierte Ware Meter 75, 65, 58, **45 Pf.**
 Abgepaßte Tüll-Gardinen pro Fenster 2.50, 1.95, 1.50, **98 Pf.**
 Spachtel- u. Band-Gardinen pro Fenster 16.50, 13.75, **10.50**
 Tüll-Stores, weiß u. crème, 2.75, 2.25, 1.95, **1.45**
 Spachtel- u. Band-Stores 8.50, 7.50, 6.75, **5.50**
 Spachtel-Rouleaux, weiß, crème, rot und altgold 2.45, 2.25, **1.75**
 Gardinen-Roste Meter **12 Pf.**

Teppiche.
Imitierte Perser
 Gr. 250/350 Gr. 300/300 Gr. 160/240 Gr. **4.50**
 18.75 12.85 7.45 120/200
Smyrna-Velours
 Gr. 250/350 Gr. 300/300 Gr. 160/240 Gr. **4.65**
 28.75 16.75 11.85 130/300

Steppdecken.
 Steppdecken aus Simili-Seide, alle Farben 5.50, 4.50, **3.45**
 Steppdecken aus reiner Wolle, alle Farben 9.50, 7.50, **5.50**
 Steppdecken, doppelseit., 12.50, 10.50, 8.50, **6.90**
 Tüll-Bett-Decken für ein und zwei Betten 4.75, 3.75, 2.85, **1.75**

Portieren und Tischdecken.
 Portieren vom Stück Meter 60, 45, 38, 30, **24 Pf.**
 Abgepaßte Portieren pro Schall 2.35, 1.75, 1.25, **98 Pf.**
 Portieren-Garnitur, 2 Schals, 1 Lambrequin 6.75, 5.50, **3.95**
 Plüsch-Portieren **10.50, 8.75**
 Tischdecken aus Filztuch, reich bestickt 3.50, 2.75, 2.35, **1.95**
 Plüsch-Tischdecken, bestickt und mit Borte 5.05, 5.50, 4.75, **3.45**
 Chaiselongue-Decken 6.75, 5.50, **4.75**

Außergewöhnlich preiswert:

Ein Posten Kostümstoffe in englisch. Geschmack, 15 verschiedene Dessins, 110 cm breit Meter **1.75 M.**
 Ein Posten Schotten für Kinder-Kleider und Blusen, zirka 50 verschiedene Dessins, doppelt breit Meter **98 Pf.**

Trotz der billigen Preise gewähre bis **10%** in Bar oder **Doppelte Rabatt-Marken.**
 auf alle Waren

Wichtig für Händler und Restaurateure!

Kein Laden! Kein Laden!

121V* 1000 Stück M. 30.—
 Diese in Original abgebildete Zigarre, Marke: **Coronilla**, welche nur aus gesunden Tabaken hergestellt und sich zum 5 Pf.-Verkauf gut eignet, kostet **M. 30 per Mille.**
 Ferner empfehlen wir unsere so beliebten Spezialmarken:
 La Fama Mk. 2.80 Esquisitos, sehr beliebt Mk. 4.50 Salud, feinduftig Mk. 7.50
 No. 66, Gelegenheitsk. 3.— Mexico, Fehlfarben 4.50 dieselbe II. Sortierung 5.20
 Regina 3.50 Eva, Kasino-Zigarre 5.— Galletto, Mexico Havana 10.—
 La Diana, schneid. Fass. 4.— Hansa, 10 Pf.-Qualität 6.50 dieselbe II. Sortierung 8.20
Kleine Mexiko-Zig., ca. 9 cm lang, Auswurf, außerordentlich beliebt, **M. 3.—.**
 Versand nicht unter 100 Stück einer Sorte, von 300 St. franko. — Nichtkonventionelles nehmen wir zurück.
Rauseher & Fabisch, Zigarren-Engros-Haus, Berlin NW. 30, Karlstraße No. 24, I. Etage, an der Friedrichstraße.
Ausführl. Preisliste franko.

Steppdecken
 kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik, 72 2/3 Vossstr. 72, wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet werden.
G. Strohmandel, Berlin 14, Illustrierter Preis-Katalog gratis.

Bruch-Pollmann
 empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensoren sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt, Elef. f. Orts- u. Hülsen-Frankentafeln
 Berlin C.,
30. Finien-Strasse 30.
 NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Belag, angenehm und weich am Körper.
 4462L*

Das älteste
Rester-Geschäft
 des S.-O. von 4460L*
Wilh. Mühlbach
 empfiehlt Rester von Plüsch, Krimmer, Göttinger zu Damen- und Kinder-Jackets zu den billigsten Preisen.
 Größte Auswahl in fertiger Konfektion.
10 Oppelnerstr. 10

Tuch-Fabrik-Reste!
 zu Herrenanzügen, Paletots v. 12 M. an, neueste Muster, nur reinwollene Aachener Stoffe, spottbillig. Gelegenheitskauf. Ludwig Engel, Franziskanerstr. 23, II (Alexanderplatz).
Wer — Stoff — hat
 fertige Herren- ohne Konkurrenz anzug, 20 M.
 2 Knorr, feinste Fut.
 Für gut. Sie belohnen goldene Medaille.
Ludwig Engel, Brenglauerstr. 23, II (Alexanderplatz) Geg. 1892.

Elegante Anzüge
Elegante Paletots
 Empfehle mein großes Lager:
 Jackett-Anzüge u. Paletots von 7.50, 9.—, 12.—, 15.—, 18.—, 21.— u. 30.
 Rock- u. Gebrock-Anzüge v. 18 M. an, in Tuch u. Sammeten v. 30 M. an. — Maßanfertigung. 24792L*
 Frack- und Gesellschafts-Anzüge werden verliehen.
Wilh. Seide, Berlin SO.,
 20 Dresdenerstr. 20, Ecke Oranienplatz.

Hüte und Mützen
 für Herren und Knaben.
 Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.
Landsbergerstr. 90, rechts.

40571L*
Ein Riesenposten
Mocketplüsch
 130 Cmt. Meter, von 4 65
 breit, a Meter, Mk. 4, san
 haltbarster hantfarbiger Möbel-
 stoff. Reste spottbillig!
 Proben franko.
Teppichhaus
Emil Lefèvre,
 BERLIN S., Oranienstr. 158.

Reste: Kostümstoffe, Mäntelstoffe, Astrachan
Konfektion:
Jackets + Röcke + Blusen
C. PELZ, Kottbuserstraße 4.

H. Zimmermann
 Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206
 Gold- und Silberwaren-Fabrik,
 Uhren-Großhandlung. 4122L*
 Eigene Werkstatt für Reparatur u. Reparatur.
 Strong reell. — Billigste Preise.